



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Ökomoderne Hegemonie im österreichischen
Klimaschutzdiskurs

verfasst von | submitted by

Lieselotte Judith Höfler BA

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2025

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Marion Löffler Privatdoz.

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Theoriedebatte und Forschungsstand	10
2.1	Theoriedebatte Neoliberalismus	10
2.2	Forschungsstand	12
3	Theoretische Grundlagen	15
3.1	Foucault	15
3.1.1	Gouvernementalität.....	16
3.1.1.1.	Vorläufer und geschichtliche Entwicklung der Gouvernementalität.....	16
3.1.1.2.	Zum analytischen Begriff der Gouvernementalität.....	19
3.1.2	Neoliberale Gouvernementalität	21
3.1.3	Macht und Wissen	26
3.2	Kritische Diskursanalyse.....	28
3.2.1	Verhältnis Diskurs, Wirklichkeit und Subjekt	28
3.2.2	Diskurs und Macht	30
3.3	Hegemonie nach Gramsci	32
3.4	Foucault und Gramsci – der hegemoniale Diskurs.....	33
3.5	Ökologische Modernisierung	34
3.5.1	Geschichte des ökomodernen Diskurses	35
3.5.2	Charakterisierung des Diskurses der ökologischen Modernisierung	36
3.5.3	Neoliberale Dimensionen des Diskurses der ökologischen Modernisierung	39
4	Methode	44
4.1	Kritische Diskursanalyse nach Siegfried und Margarete Jäger	44
4.1.1	Analysekategorien der KDA.....	45
4.1.2	Aussagen ≠ Äußerungen	46
4.1.3	Ablauf Kritische Diskursanalyse	46
4.2	Argumentationen über Topoi analysieren	48

4.2.1	Definition und Funktion von Argumentationen	48
4.2.2	Vereinbarkeit von KDA und Topos-Analyse – Ähnlichkeit von Aussage und Topos	50
4.2.3	Topos-Analyse in dieser Arbeit	50
4.3	Untersuchungsfelder	52
4.3.1	Untersuchungsfeld politische Entscheidungsträger*innen	52
4.3.2	Untersuchungsfeld soziale Bewegungen	54
4.4	Materialauswahl	55
4.4.1	Materialauswahl Diskurstrang regierende Entscheidungsträger*innen.....	56
4.4.2	Materialauswahl Diskursstrang soziale Bewegungen	59
4.5	Operationalisierung des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung..	60
5	Ergebnispräsentation.....	63
5.1	Ergebnispräsentation: Ökomoderne Deutungen und Argumentationen auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen	63
5.1.1	Klimaschutz ist eine Win-Win Situation für alle gesellschaftlich Beteiligten.....	64
5.1.2	Klimaschutz ist mit Wirtschaftswachstum vereinbar.	65
5.1.3	Technologische Innovationen sind die Lösung der Klimakrise.....	65
5.1.4	Klimaschutzmaßnahmen zahlen sich finanziell aus.	67
5.1.5	Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.....	68
5.1.6	Die Klimakrise kann erfolgreich bearbeitet werden, wenn man politische Entscheidungen auf Grundlage von (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen fällt.....	68
5.1.7	Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden.....	69
5.1.8	Klimaschutzmaßnahmen sollen einen ökologischen und ökonomischen Nutzen bringen.	70
5.1.9	Ökologische Schäden sollen hingenommen werden, wenn dadurch Wirtschaftswachstum oder Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder gestärkt werden können.	71
5.1.10	Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld erfolgen.....	72

5.1.11	Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.....	72
5.1.12	Das Kriterium der Kosteneffizienz soll die Wahl von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen.....	73
5.1.13	Die Natur soll für die Gesellschaft und ihre Institutionen nutzbar gemacht werden.	74
5.1.14	Mit kleinen reformerischen Schritten anstelle revolutionärer soll die Klimakrise bearbeitet werden.....	75
5.2	Ergebnispräsentation: Ökomoderne Deutungen und Argumentationen auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen	76
5.2.1	Klimaschutz ist eine Win-Win Situation für alle gesellschaftlich Beteiligten.....	78
5.2.2	Klimaschutz ist mit Wirtschaftswachstum vereinbar.....	78
5.2.3	Technologische Innovationen sind die Lösung der Klimakrise.....	80
5.2.4	Klimaschutzmaßnahmen zahlen sich finanziell aus.	80
5.2.5	Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.....	81
5.2.6	Die Klimakrise kann erfolgreich bearbeitet werden, wenn man politische Entscheidungen auf Grundlage von (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen fällt.....	82
5.2.7	Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden.....	82
5.2.8	Klimaschutzmaßnahmen sollen einen ökologischen und ökonomischen Nutzen bringen.	83
5.2.9	Ökologische Schäden sollen hingenommen werden, wenn dadurch Wirtschaftswachstum oder Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder gestärkt werden können.	84
5.2.10	Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden.....	84
5.2.11	Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.....	84
5.2.12	Das Kriterium der Kosteneffizienz soll die Wahl von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen.....	85
5.2.13	Die Natur soll für die Gesellschaft und ihre Institutionen nutzbar gemacht werden.	86

5.2.14	Mit kleinen reformerischen Schritten anstelle revolutionärer soll die Klimakrise bearbeitet werden.	87
6	Diskussion	89
6.1	Ökomoderne Argumentationen und Darstellungsweisen auf den diskursiven Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen: Überschneidungen und Differenzen	89
6.2	Risse im ökomodernen Konsens?	94
6.3	Beantwortung der Forschungsfrage: Ökomoderne Hegemonie	96
7	Fazit und Ausblick	98
8	Quellenverzeichnis.....	101
8.1	Literaturverzeichnis	101
8.2	Internetquellen	109
9	Abkürzungsverzeichnis.....	116

1 Einleitung

Die Klimaproteste, die 2018 um den Schulstreik von Greta Thunberg entbrannt sind, haben nicht vor den Toren Österreichs Halt gemacht. Im Gegenteil, sie führten im Dezember 2018 zur Gründung von *Fridays For Future* (FFF) in Österreich und besonders im Jahr 2019 zu öffentlichkeitswirksamen Großdemonstrationen. „Eine neue Generation der Klimagerechtigkeitsbewegung“ (Kolb 2023: 26) ist entstanden, die Fragen der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit thematisiert und die Aufmerksamkeit auf die Dringlichkeit des Handlungsbedarfs lenkt (ebd.). Die Klimabewegung hat seitdem in Österreich an Umfang und Diversität zugenommen. 2021 formierte sich in Wien ein lokales Bündnis gegen ein von der Stadtregierung geplantes Infrastrukturprojekt im Donauauengebiet. Aktivist*innen von *Lobau bleibt* und *Hirschstetten-retten* organisierten Baustellenbesetzungen und Demonstrationen, um den geplanten Bau einer Stadtautobahn und eines Tunnels zu verhindern, die sie als klimaschädlich und unzeitgemäß einstufen (Mathis/Shams 2024: 36). Als Reaktion auf die 2020 stattfindende De-Thematisierung der Klimakrise in Medien und Politik gründete sich die *Letzte Generation* (LG) in Deutschland und nicht wenig später in Österreich. Ihrem Anspruch als ziviler Widerstandsgruppe gerecht werdend zog die LG mit ihren Protestformen besonders 2023 in Österreich mediale Aufmerksamkeit auf ihr klimapolitisches Anliegen (Svetnik 2024: 2f).

Im Lichte dieser Ereignisse und Entwicklungen gewinnt man leicht den Eindruck, dass die österreichische Klimapolitik ein stark umkämpftes Feld ist, in dem zivilgesellschaftliche Akteur*innen alternative Ansätze und Forderungen formulieren, die grundlegend quer zum politisch-institutionellen Projekt von Klimapolitik liegen. Diese Arbeit zieht diese Einschätzung jedoch in Zweifel. Stattdessen vertrete ich die These der Hegemonie des Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimapolitik. Dem Philosophen Antonio Gramsci folgend wird Hegemonie vor allem in der Zivilgesellschaft hergestellt und reproduziert. Demnach behauptet die These einer ökomodernen Hegemonie, dass sowohl die politischen Entscheidungsträger*innen als auch die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen – d.h. soziale Bewegungen wie FFF oder die LG – einen Diskurs führen, der auf den gleichen ökomodernen Betrachtungsweisen, Problemdefinitionen und Lösungsstrategien gründet.

Der Grund für die These einer Hegemonie liegt jedoch nicht in den Entwicklungen der sozialen Bewegungen: Im August 2024 erklärte die LG ihren Protest in Österreich aufgrund fehlender Erfolgschancen und gesellschaftlicher Unterstützung für beendet. Auch in Bezug auf die Massenproteste von FFF vollzog sich 2020 eine Zäsur (ebd.): die Coronakrise drängte das Thema Klimaschutz in den Hintergrund der medialen Öffentlichkeit und erschwerte die Organisation von politischem Protest und Mobilisierung (Kumkar 2022: 3).

Die hier vertretene These einer ökomodernen Hegemonie innerhalb der österreichischen Klimapolitik gründet erstens auf zwei Erkenntnissen der gegenwärtigen Forschung zum Diskurs der ökologischen

Modernisierung: der wissenschaftlichen Feststellung von einer Übereinstimmung zwischen ökomodernen und neoliberalen Diskurs und einer internationalen ökomodernen Hegemonie. Zweitens beruht meine These auf der Beobachtung der neoliberalen Entwicklungen in Österreich, und drittens den theoretischen Überlegungen Michel Foucaults zu Diskurs, Macht und Gouvernementalität. Diese drei Ausgangs- und Anhaltspunkte meiner These stelle ich im Folgenden vor.

Bis Anfang der 1980er Jahre setzten die sozialdemokratischen Bundesregierungen unter Bruno Kreisky in Österreich auf eine keynesianische Nachfragepolitik und verfolgten Vollbeschäftigung als zentrales politisches Ziel (Penz 2010: 145). Vor dem Hintergrund des nahenden EU-Beitritts und eines immer stärker neoliberal ausgerichteten internationalen Settings wurden ab Mitte der 1980er neoliberale Reformen eingeleitet: Senkung der Staatsausgaben, Verschärfung der Arbeitslosen- und Pensionsversicherung, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Fellner/Grisold 2010: 104, 94), Schwächung des Mitspracherechts der Gewerkschaften, Privatisierungen und Ökonomisierungen von staatlichen Betrieben und Industrien (Penz 2010: 152, 141) kennzeichnen diesen Kurswechsel. Das Kabinett von Wolfgang Schüssel I und II in den Jahren 2000 bis 2006 vertiefte die bis dahin initiierten Veränderungen auf radikale Weise u.a. über die Pensionsversicherungsreform und das politische Ziel des Null-Defizits (ebd.: 160). Ein neoliberaler Diskurs in Bezug auf Verteilung und Sozialleistungen wurde in dieser Zeit dominant (Fellner/Grisold 2010: 105). Empirische Untersuchungen stellen seit Beginn des 21. Jahrhunderts weitere neoliberale Verschiebungen auf mehreren gesellschaftlichen Ebenen Österreichs fest, wie Schule, Universität und öffentliche Debatte (Pühringer/Stelzer-Orthofer 2013, Müller 2013, Patzner 2005). Auch die Grundsatzprogramme einflussreicher politischer Parteien (Österreichische Volkspartei (ÖVP), Sozialdemokratische Partei Österreich (SPÖ), Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ), die Grünen) haben neoliberales Gedankengut aufgenommen (Grimm 2018).

Wie hängen die neoliberalen Entwicklungen nun mit der österreichischen Klimapolitik konkret zusammen? Die Brücke stellt der Diskurs der ökologischen Modernisierung dar. Ebenjenen Diskurs betrachten Ulrich Brand und Anna Preiser als den dominanten Modus der Bearbeitung der Klimakrise der Staaten des Globalen Nordens (Brand/Preiser 2023: 63). Laut Timmo Krüger wird der ökomoderne Diskurs in einer neoliberalen Variante geführt (Krüger 2014: 92). Auch Angela Oels betrachtet die Dominanz des ökomodernen Diskurses im Feld der internationalen Klimapolitik als Folge und Ausdruck der Durchsetzung des Neoliberalismus (Oels 2010: 179).

Folgt man Foucault und begreift Neoliberalismus als eine Regierungsrationalität, dann entfaltet dieser neben Regierungstechniken auch über Diskurse Machtwirkungen (Foucault 2018). In Diskursen wird Wissen konstruiert und auf diesem Wissen beruhende Handlungsstrategien erlangen Geltung, andere bleiben unsichtbar/unsagbar und/oder erscheinen als unvernünftig (Jäger/Jäger 2007: 39). Insofern sind Wissen und Macht miteinander verschränkt. Als etablierte Regierungsrationalität wird der Neoliberalismus zur Bedingung und Legitimationsquelle politischen Handelns.

Foucaults Konzept neoliberaler Gouvernementalität berücksichtigend kann angenommen werden, dass ökologische Diskurse, die den Aussagen des dominanten - neoliberalen - Diskurses zuwiderlaufen, lediglich eine marginale Position einnehmen, da ihre Chancen im politischen Diskurs Gehör zu finden gering sind: Forderungen und Aussagen außerhalb des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung erscheinen als irrational und unplausibel. Der Theorie folgend kann davon ausgegangen werden, dass auch soziale Bewegungen ihre Forderungen und Kritiken auf Grundlage ökomoderner Deutungen und Wissensformen formulieren, anstatt ein alternatives Projekt zu artikulieren.

Neben diesen theoretischen Überlegungen und den historischen neoliberalen Entwicklungen macht auch die gegenwärtige Forschung die Annahme einer ökomodernen Hegemonie im österreichischen Kontext plausibel: Auf internationaler und EU-Ebene haben wissenschaftliche Untersuchungen bereits mehrfach eine ökomoderne Hegemonie im Politikfeld Klimaschutz festgestellt (Krüger 2015, Bedall 2014, Oels 2010, Brunnengräber et al. 2008, Rest 2011). Das heißt: nicht nur die politischen Entscheidungsträger*innen – beispielsweise in den Vereinten Nationen oder der EU – führen einen ökomodernen Diskurs und gestalten ihre Klimaschutzmaßnahmen dementsprechend, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie die NGOs Greenpeace oder der WWF.

Mehrere Studien kamen zu dem Schluss, dass über den Ansatz der ökologischen Modernisierung jedoch keine erfolgreiche – also nachhaltige – Bearbeitung der Klimakrise möglich ist (Brand/Preiser 2023: 65, Wissen/Brand 2022, Adler 2014). Vielmehr verengt der ökomoderne Diskurs den politischen Handlungsspielraum für Klimaschutz (Oels 2010, Krüger 2016).

Auch angesichts dessen drängt sich die Frage nach der Bedeutung des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimapolitik auf. Sowohl die Erkenntnisse der Untersuchungen auf internationaler Ebene als auch der Hintergrund einer vertieften Neoliberalisierung der österreichischen Gesellschaft und Politik, sowie Foucaults Diskurs- und Machtanalytik über den Begriff der Gouvernementalität führen mich zur These, dass die Forderungen und Argumente sozialer Bewegungen im Bereich Klimaschutz in Österreich innerhalb des vorherrschenden Diskurses formuliert werden, heißt: ein ökomoderner hegemonialer Konsens besteht. In der Theorie von Gramsci ist die Zivilgesellschaft das Terrain, auf dem Hegemonie nicht nur reproduziert, sondern auch herausgefordert wird und sich gegen-hegemoniale Projekte formieren könnten. Das berücksichtigend stellt sich diese Arbeit folgende Forschungsfrage:

Inwieweit verwenden die Akteur*innen in Österreich auf den Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen im Themenfeld Klimaschutzpolitik die gleichen ökomodernen/neoliberalen Argumentationen und Darstellungsweisen?

Mit dieser Frage verfolgt die Arbeit mehrere Ziele. Es soll festgestellt werden, ob der Ansatz der ökologischen Modernisierung, der, wie oben ausgeführt, eine nachhaltige Bearbeitung der Klimakrise

verhindert, die hegemoniale Betrachtungsweise von Klimaschutzpolitik in Österreich ist. Im Zuge dessen muss geklärt werden, inwieweit sich die Diskurse auf den zwei verschiedenen Ebenen – regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen – überschneiden oder Differenzen aufweisen: Verfolgen sie die gleichen Argumentationsstrategien? Basieren sie auf den gleichen grundlegenden Aussagen oder stellt der Diskurs der sozialen Bewegungen eine reale Alternative zur Hegemonie des ökomodernen Diskurses dar? Das heißt: Machen sie das sagbar, was durch/im neoliberalen Diskurs der ökologischen Modernisierung unsagbar ist? Politisieren sie, was im ökomodernen Diskurs als selbstverständlich vorausgesetzt wird? Fordern sie das ökomoderne Projekt heraus? Oder reproduzieren sie die ökomodernen-neoliberalen Wissensformen?

Zur Beantwortung der Forschungsfrage gliedert sich diese Arbeit wie folgt. Zu Beginn verorte ich die vorliegende Arbeit in der bereits vorhandenen Forschung. Dafür wird überblickshaft die weite Theoriedebatte zu Neoliberalismus vorgestellt. Im Zuge dessen gehe ich u.a. auf die These neoliberaler Hegemonie, der Kritik am Neoliberalismus und die Untersuchung des Neoliberalismus als Diskurs ein. Daran schließt die Präsentation des Forschungsstandes an, wo insbesondere die wissenschaftlichen Studien vorgestellt werden, welche den engeren Forschungsstand dieser Arbeit darstellen und die Forschungsfrage angeregt haben. Diese Untersuchungen widmen sich der internationalen ökomodernen Hegemonie (Krüger 2015, Bedall 2014), der Regierbarmachung internationaler Klimapolitik über die neoliberale Gouvernamentalität (Oels 2010) und der Entwicklung des klimapolitischen Diskurses in Österreich (Tronner 2004).

Das darauffolgende Kapitel stellt die theoretischen Grundlagen der Arbeit vor. Nach einer Einführung in Foucaults Begriff der Gouvernamentalität werden seine Überlegungen zur neoliberalen Gouvernamentalität erläutert. Dabei wird vor allem auf seine Vorlesungen von 1978 und 1979 am Collège de France Bezug genommen (Foucault 1978, 2018). Darüber hinaus wird Foucaults Verständnis von Macht und Diskurs einerseits mit seinen eigenen Schriften (Foucault 2021, 1982 und 2020) und andererseits mittels der Rezeption durch die Kritische Diskursanalyse (KDA) von Siegfried und Margarete Jäger erklärt (Jäger 2012, Jäger/Jäger 2007), um so der Verschränkung von Macht, Wissen und Diskurs nachzugehen. Am Ende des Kapitels folgt eine Einführung in Gramscis Hegemonietheorie. Foucault und Gramscis Theorien zusammendenkend wird der Begriff des hegemonialen Diskurses theoretisch bestimmt.

Im nächsten Kapitel steht der Diskurs der ökologischen Modernisierung im Zentrum. Nach einem kurzen historischen Blick auf den ökomodernen Diskurs werden die zentralen ökomodernen Deutungsangebote und Lösungsansätze vorgestellt. Dabei beziehe ich mich vor allem auf Krügers Bestimmung des ökomodernen Diskurses und fasse die von ihm herausgearbeiteten ökomodernen Grundannahmen und Hegemoniestrategien zusammen (Krüger 2015). Diese Darstellung des ökomodernen Diskurses ergänze ich insbesondere mit den Überlegungen von Joseph Huber (Huber 2011), einem Mitbegründer des

ökomodernen Ansatzes, um ein tiefergehendes Verständnis der ökomodernen Betrachtungsweise zu erhalten. Anschließend zeige ich, dass der ökomoderne Diskurs als neoliberal einzuordnen ist, indem ich auf einer theoretischen Ebene die neoliberalen Dimensionen des ökomodernen Ansätze herausarbeite, da in den bisherigen Forschungen der Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und ökomodernem Diskurs zwar behauptet aber nur ansatzweise herausgearbeitet wurde.

Im anschließenden Kapitel wird der methodische Zugang, mit dem die Forschungsfrage empirisch untersucht wird, vorgestellt: die KDA nach S. und M. Jäger und eine Topos-Analyse angelehnt an methodische Überlegungen der historischen Diskursanalyse. In einem ersten Schritt werden die analytischen Grundbegriffe der KDA eingeführt und die konkreten Analyseschritte (Struktur- und Feinanalyse) vorgestellt. Darauf folgt eine Klärung der Begriffe „Argumentation“ und „Topos“. Nachdem ich die Vereinbarkeit von Topos-Analyse im Sinne der historischen Diskursanalyse und KDA diskutiert habe, stelle ich die Vorgehensweise zur Untersuchung der diskursrelevanten Argumentationen vor. Daran anschließt ein Überblick über die Untersuchungsebenen „regierende Entscheidungsträger*innen“ und „soziale Bewegungen“. In diesem Abschnitt begründe ich auch die Entscheidung FFF (mehr oder weniger) stellvertretend für die im Bereich Klimaschutz aktiven sozialen Bewegungen in Österreich zu untersuchen. Im nächsten Schritt wird die Materialauswahl für die Analyse präsentiert und begründet. Abschließend folgt die Operationalisierung des ökomodernen Diskurses. Dieser wird auf deutende und normative Aussagen heruntergebrochen, um ihn im Material untersuchbar zu machen und der Frage nach ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen nachgehen zu können.

Das folgende Kapitel präsentiert die Ergebnisse der durchgeführten KDA und Topos-Analyse. Dafür werden die zwei Untersuchungsebenen getrennt voneinander behandelt. Zuerst wird je ein allgemeiner Einblick in den Diskursstrang Klimaschutz auf der diskursiven Ebene gegeben. Im Anschluss setze ich mich ausführlich mit den ökomodernen deutenden und normativen Aussagen auf den jeweiligen diskursiven Ebenen auseinander und arbeite so die vorhandenen ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen heraus.

Im Abschlusskapitel steht die Diskussion der Überschneidungen der ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen, die von Akteur*innen auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen und der sozialen Bewegungen verwendet werden, im Zentrum. Hier werde ich deutliche Gemeinsamkeiten sichtbar machen. Darauf folgt eine Auseinandersetzung mit den Stellen in den untersuchten Diskursen, an denen den ökomodernen Deutungsangeboten widersprochen wird. Diese zwei vorangegangenen Abschnitte berücksichtigend beantworte ich die Forschungsfrage und konstatiere eine ökomoderne Hegemonie in der österreichischen Klimaschutzpolitik. Dieses Ergebnis eines ökomodernen Konsenses verorte ich im Forschungsstand und nenne zudem Ansatzpunkte für

zukünftige Forschungen. Im Fazit werden Problemstellung, Ziel und Ergebnisse der Arbeit abschließend zusammengefasst.

2 Theoriedebatte und Forschungsstand

2.1 Theoriedebatte Neoliberalismus

Die Forschung zu Neoliberalismus ist ein überaus weites Feld. Ähnlich weit ist auch die Vielfalt neoliberaler Ausformungen, die abhängig vom historischen Zeitpunkt und geographischen Ort variieren: „Neoliberalism is not *one* thing. It evolves and diversifies“ (Hall 2011: 12, Hervorhebung im Original). Die folgende überblickshafte Einführung in die theoretische Debatte und die empirischen Forschungsrichtungen zu Neoliberalismus ist daher nicht ansatzweise vollständig, aber soll dazu dienen, eine Verortung der Themensetzung der vorliegenden Arbeit zu ermöglichen.

Wissenschaftler*innen verwenden den Begriff Neoliberalismus nicht einheitlich. Sowohl die Globalisierung der Märkte, die seit den 1970ern international dominante Wirtschaftspolitik als auch die Verbreitung der Vorstellung des Menschen als Humankapital wird darunter gefasst.

Ende des 20. Jahrhunderts konstatierten zahlreiche Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler*innen die Hegemonie des Neoliberalismus in den euroatlantischen Staaten (Bourdieu 1998, Schulmeister et al. 1997, Overbeek 1993). Für Joseph Stiglitz und Jürgen Habermas stellte die Finanzkrise 2008 jene Vorherrschaft jedoch massiv in Frage. Sie sprachen von einer Krise des Neoliberalismus (Biebricher 2022: 185). Dem gegenüber konstatierte Colin Crouch 2011 „das befremdliche Überleben des Neoliberalismus“ (Crouch 2011).

Seit einigen Jahren wird wieder, u.a. über den Begriff Post-Neoliberalismus, ein sich potenziell abzeichnendes Ende oder eine Transformation der neoliberalen Hegemonie diskutiert (z.B.: Reinke 2022). Wendy Brown konstatierte 2019 in ihrem Werk mit dem bezeichnenden Titel *In the ruins of neoliberalism*, dass der Neoliberalismus in den USA eine Welt hervorgebracht hat, die weit entfernt von den Visionen und Träumen neoliberaler Theoretiker*innen der 1930er ist. Ein Monster des Neoliberalismus ist laut Brown entstanden (Brown 2019: 17).

Während Neoliberalismus in seinen theoretischen Anfängen der 1930er Jahre noch als Selbstzuschreibung einer Gruppe von Intellektuellen diente (Ptak 2007: 18f), wird der Begriff seit Ende des 20. Jahrhundert von Sozialwissenschaftler*innen und Ökonom*innen vielfach kritisch gebraucht (Biebricher 2018: 1). Die Kritik am Neoliberalismus ist sehr vielfältig. Breit diskutiert wird der Neoliberalismus u.a. im Hinblick auf die Gefahr, die er für Demokratie darstellt (Brown 2021, Lösch 2007). Crouchs Buch Postdemokratie von 2004 stellt hierfür ein prominentes Beispiel dar, in dem die zunehmende Macht von transnationalen Konzernen thematisiert wird (Crouch 2008). Was für Crouch

Anfang des 21. Jahrhunderts eine Tendenz war, stellt für ihn 2021 ein Problem dar, für dessen aktive Bekämpfung er plädiert (Crouch 2021).

Ein weiteres Kritikfeld stellen die sozialen Verwerfungen dar, die als Folge neoliberaler Politik betrachtet werden (Penz 2010, Fraser 2023). Ausgehend von diesen entstand eine wissenschaftliche Beschäftigung mit den Wechselwirkungen von Populismus und Neoliberalismus (Butterwege 2007, Brown 2020, Cayla 2021).

Auch die ökologischen Auswirkungen des Neoliberalismus werden kritisch verhandelt. Über den Begriff der „imperialen Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) problematisieren Brand und Markus Wissen in ihrem gleichnamigen Werk von 2017 den Zusammenhang zwischen neoliberalen Kapitalismus und der ökologischen Krise, sowie ihrer unzureichenden politischen Bearbeitung. Sie zeigen, wie der destruktive Zugriff auf Natur in den gegenwärtigen Konsum- und Produktionsmustern eingelassen ist. Dabei begreifen sie Neoliberalismus nicht primär als Set von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, sondern diskutieren ihn u.a. auf der Ebene des Alltagsverständes (ebd.: 58f). In diesem Forschungsfeld wird auch die gesteigerte ökologische Abnutzung durch die neoliberale Globalisierung mit globalen Ungleichheiten zusammengedacht: die sozial und global ungleich verteilte Verantwortlichkeit an der Zerstörung von Natur wird kritisch thematisiert (Schaffartzik 2019: 304).

Sowohl aus sprachwissenschaftlicher (Hopfer 2016) als auch diskursanalytischer Sicht findet eine kritische Auseinandersetzung mit Neoliberalismus statt. Bereits Ende des 20. Jahrhundert formulierte der Soziologe Pierre Bourdieu eine scharfe Kritik am neoliberalen Diskurs, der sich in den europäischen Staaten etablierte (Bourdieu 1998). Auch die Politikwissenschaft widmet sich in ihrer Auseinandersetzung mit Neoliberalismus seinen diskursiven Eigenheiten und Formen (Bischof 2015, Brown 2021). In Sybille Bauriedls herausgegebenen *Wörterbuch Klimadebatte* befassen sich verschiedene Sozialwissenschaftler*innen kritisch mit dem gängigen Vokabular des globalisierten Klimadiskurses, über den eine neoliberale, strukturkonservative Agenda verfolgt wird (Bauriedl 2016).

Nach diesem Überblick über die Theoriedebatte zu Neoliberalismus kann die in dieser Arbeit vertretene These in der Forschung zu Neoliberalismus verortet werden. Die Annahme einer ökomodernen Hegemonie in Österreich schließt sowohl – in einem weiten Sinne – an die Forschungen zum Zusammenhang zwischen Neoliberalismus und der ökologischen Problematik an, als auch an die Studien, welche Neoliberalismus über eine diskursanalytische Perspektive untersuchen. Das in dieser Arbeit vertretene Verständnis von Neoliberalismus als Gouvernamentalität in Anschluss an Foucault wird im Kapitel zu den theoretischen Grundlagen vorgestellt.

2.2 Forschungsstand

Neben den empirischen Forschungen und der theoretischen Auseinandersetzung mit Neoliberalismus steht das Thema dieser Arbeit - die Hegemonie des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimaschutzpolitik – auf den Schultern mehrerer sozialwissenschaftlicher Forschungsrichtungen.

Da ist zum einen die Diskursforschung zu nennen, die bereits Ende des 20. Jahrhunderts ihren Blick auf die Umweltpolitik lenkte. Bedeutsame Studien dieser Zeit untersuchten die Diskurse der nachhaltigen Entwicklung und ökologischen Modernisierung (Dingler 2003, Hajer 1995).

Zum anderen gilt es auf einen Forschungsstrang innerhalb der Bewegungsforschung zu verweisen, welcher (neue) soziale Bewegungen zum Untersuchungsgegenstand hat. Dieser an der Frame Analyse von Snow/Benford 1988 orientierte Ansatz befasst sich mit den Deutungen gesellschaftlicher Phänomene, die von sozialen Bewegungen vertreten werden, und kommt auch beim Thema Klimapolitik zum Einsatz (z.B.: Bohl 2023). In diesen Forschungsbereich fällt beispielsweise die Arbeit von Elisabeth Frank, die das Framing zu Klimagerechtigkeit von FFF in Österreich untersucht (Frank 2024). Mit dem Ansatz der Frame Analyse arbeiteten auch Antje Daniel et al. (Daniel et al. 2020), um die Deutungsangebote und Lösungsvorschläge von FFF in Österreich zu erfassen. Weder Frank noch Daniel et al. blicken mit einer hegemonietheoretischen Perspektive auf die von ihnen herausgearbeiteten Framings, Lösungsvorschläge und Deutungen. Auch der ökomoderne Diskurs findet in den genannten Forschungen keine Berücksichtigung. Eine Untersuchung der Klimabewegung in Österreich unter Berücksichtigung von Hegemonie und dem ökomodernen Diskurs ist ausständig und soll von der vorliegenden Arbeit durchgeführt werden.

Im Forschungsfeld sozialer Bewegungen zum Thema Klimaschutz steht außerdem der vom Politikwissenschaftler Achim Brunnengräber herausgegebene Band „Zivilisierung des Klimaregimes“ (Brunnengräber 2011). Mehrere darin versammelte Beiträge betrachten soziale Bewegungen mit der Perspektive von Hegemonie und Diskurs und förderten Erkenntnisse zu Tage, auf die diese Arbeit aufbaut. Mareike Korte zeigt, wie sich soziale Bewegungen im Streben nach medialer Resonanz dem Diskurs, der auf institutionell-politischer Ebene geführt wird, anpassen (Korte 2011) und auch Jonas Rest stellt auf internationaler Ebene fest, dass NGOs wie Greenpeace und der WWF den hegemonialen Diskurs reproduzieren, indem sie beispielsweise die Bearbeitung der ökologischen Thematik durch marktbasierende Instrumente einfordern (Rest 2011). Barbara Unmüßig streicht in ihrem Beitrag die Heterogenität von Zivilgesellschaft heraus (Unmüßig 2011), sodass in der vorliegenden Arbeit nicht angenommen wird, dass ein Akteur wie FFF stellvertretend für alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen steht, die in Österreich innerhalb von Klimaschutzpolitik um ihre Deutungen und Interessen kämpfen.

Im Folgenden sollen die Werke vorgestellt werden, welche die Formulierung meiner Forschungsfrage angeregt haben und den engeren Forschungsrahmen dieser Arbeit bilden. Sie weisen Überschneidungen mit mehreren zentralen Elementen des hier behandelten Forschungsthemas auf, haben also klimapolitische Diskurse im Zusammenhang mit der neoliberalen/ökomodernen Hegemonie (in Oels Fall der neoliberalen Gouvernamentalität) zum Gegenstand.

Wie auch Brunnengräbers Sammelband – mit wenigen Ausnahmen der Beiträge – konzentrieren sich auch die nun vorzustellenden Arbeiten auf die trans- oder internationale Ebene. Sowohl Krüger als auch Philip Bedall nehmen eine hegemonietheoretische Perspektive in Anschluss an Ernesto Laclau und Chantal Mouffe ein.

Krüger konstatierte 2015 in seiner Dissertation die Dominanz des Diskurses der ökologischen Modernisierung in der internationalen Umwelt- und Klimapolitik (Krüger 2015: 75). In seiner historischen Analyse der Formierung der ökomodernen Hegemonie sowohl auf wissenschaftlicher als auch auf politischer und wirtschaftlicher Ebene interessiert er sich vor allem für die Momente der Ent- und Repolitisierung, die Prozesse der Diskursöffnung und -schließung im Rahmen von internationaler Klimapolitik (ebd.: 17). Sein Fazit lautet, dass mit der Etablierung des ökomodernen Projekts eine Entpolitisierung einherging. Antagonistische Positionen wurden marginalisiert und die ökomoderne Hegemonie, die sich in den 1990ern zu formieren begann, wird Stand 2015 von einem passiven Konsens der Bevölkerung mitgetragen (ebd.: 124, 115). Darüber hinaus stellt Krüger die Frage nach dem Stellenwert der Carbon Capture and Storage-Technologien für die weitere Entwicklung des ökomodernen Projekts. Auch wenn die Frage unbeantwortet bleibt, zeigt er anhand der Auseinandersetzungen um die Carbon Capture and Storage-Technologien „Risse und Brüche des ökomodernen Diskurses“ (ebd.: 342), von denen ausgehend, dass ökomoderne Projekt herausgefordert werden könnte.

Der Politikwissenschaftler Bedall unternahm 2014 eine Forschung zu Klimadiskursen mit Fokus auf soziale Bewegungen. Ähnlich wie Krüger konstatiert er darin die internationale Hegemonie des Neoliberalismus in der Klimapolitik. In seiner Arbeit untersuchte er die Entstehung eines gegen-hegemonialen Projekts auf zivilgesellschaftlicher Ebene im Vorfeld der Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen 2009. Dieses formierte sich rund um den damals neuen Anspruch auf Klimagerechtigkeit. Im Akteursspektrum der transnationalen sozialen Bewegungen und NGOs fanden ebenjene gegen-hegemonial formulierten Forderungen jedoch nur geringe Unterstützung. Zwei von drei untersuchten sozialen Bewegungen artikulieren „ihre Kritik nahezu immer vom Terrain des im hegemonialen Diskurs Sagbaren aus“ (Bedall 2014: 354).

Aus einer gouvernementalitätstheoretischen Perspektive stimmt Oels den Diagnosen von Krüger und Bedall Großteils zu. Sie zeichnet nach, dass Klimaschutz international seit den 1990er Jahren nicht allein über den Modus der Biomacht, sondern auch über die neoliberale Gouvernamentalität regierbar

gemacht und regiert wird. Während die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen von 1992 noch Elemente beider Regierungsweisen bzw. Machtmodi enthält, betrachtet Oels das 1997 beschlossene Kyoto Protokoll als klares Produkt der neoliberalen Gouvernamentalität (Oels 2010: 180). Dementsprechend werden (Emissions-)Märkte geschaffen und Performanz- und Freiheitstechnologien eingesetzt, welche ökonomische Subjekte produzieren (ebd.: 181). Auf der diskursiven Ebene führte diese neoliberale Wende laut Oels zur Durchsetzung einer ökonomischen Terminologie und des Diskurses der ökologischen Modernisierung (ebd.: 180). Weiters nahm Oels in den Blick, wie dominante Diskurse und davon abgeleitete Praktiken eine effektive Problembearbeitung begrenzen: bereits das Klimamanagement auf der Basis der Biomacht beschränkte den politischen Handlungsspielraum (indem die Klimakrise so stark als globales Problem dargestellt wurde, dass lokale Interventions- und Lösungsansätze unsichtbar wurden). Die Entwicklung hin zu einer neoliberalen Gouvernamentalität verkleinerte diesen Handlungsspielraum jedoch noch stärker, so Oels' Fazit (ebd.: 183).

Für diese Arbeit sind besonders zwei Thesen aus diesem Forschungsfeld relevant: Erstens, die Feststellung der ökomodernen Hegemonie auf internationale Ebene (heißt zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie NGOs und soziale Bewegungen tragen Großteils die klimapolitischen Deutungen und Maßnahmen der Entscheidungsträger*innen mit). Zweitens, der postulierte Zusammenhang von Neoliberalismus und ökomodernen Diskurs. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass Krüger, Bedall und Oels als erste oder einzige diesen Zusammenhang hergestellt oder die These einer ökomodernen/neoliberalen Hegemonie in der Klimapolitik aufgestellt haben. Neben Bauriedl, Brand und Wissen (siehe Theoriedebatte) spricht beispielsweise auch Brunnengräber vom „Klima-Neoliberalismus“ (Brunnengräber 2009b, zit. nach Rest 2011: 88) und bestimmte 2008 zusammen mit zwei Kolleg*innen die Klimapolitik der Europäischen Union als (neoliberale) Wettbewerbspolitik (Brunnengräber et al. 2008).

Weiters erachte ich die im Forschungsfeld vorgenommene Problematisierung der Erfolgchancen des neoliberalen/ökomodernen Projekts als bedeutsam: Laut Oels und Krüger verengt der ökomoderne Diskurs (in Oels Fall die neoliberale Gouvernamentalität) den politischen Handlungsspielraum zur Bearbeitung der Klimakrise und vermindert so die Chancen auf eine erfolgreiche Bewältigung.

Bezüglich der Forschungen, welche ökologische Diskurse und neoliberale Hegemonie in Österreich in den Blick nehmen, gilt es die Dissertation von Roman Tronner zu nennen, die 2004 veröffentlicht wurde. Ausgehend von der Diskrepanz zwischen beschlossenen Klimaschutzverträgen und dem Mangel nationalstaatlicher Umsetzungsprogramme stellt er die Frage nach dem in Österreich wirksamen¹ Diskurs über die Klimakrise, der – hier folgt er Foucaults Diskurstheorie – wiederum politisches Handeln

¹ Tronner spricht in Anlehnung an Foucault vom wirksamen, nicht vom hegemonialen Diskurs.

maßgeblich beeinflusst. Zwar fragt Tronner nicht explizit nach der (neoliberalen/ökomodernen) Hegemonie, dennoch stellt er mit seiner Studie einen diskursiven Trend in Österreich fest, der sich mit den oben vorgestellten Forschungen auf internationaler Ebene deckt: Der in mehreren österreichischen Diskursgemeinschaften dominante Diskurs der nachhaltigen Entwicklung – dem nach Tronnens Definition die Überzeugung einer ethischen Verpflichtungen des Menschen gegenüber dem Planeten und kommender Generationen zugrunde liegt – wird in den 1990er Jahren immer stärker von jenem der ökologischen Modernisierung ergänzt. Diese Entwicklung zeichnet sich insbesondere auf wissenschaftlicher und politischer Ebene ab – also beispielsweise in den Nationalratsdebatten (Tronner 2004: 220).

Zusammenfassend kann zum engeren Forschungsstand gesagt werden, dass Tronner bereits Anfang der 2000 Jahre in Österreich eine Diskursverschiebung hin zur ökologischen Modernisierung festgestellt hat. In den folgenden Jahren haben u.a. Krüger, Bedall und Oels auf internationaler Ebene die Hegemonie des ökomodernen Diskurses nachgewiesen und ihn als neoliberales Projekt verstehbar gemacht. Eine Betrachtung der Klimaschutzdiskurse zivilgesellschaftlicher und regierender Akteur*innen im Kontext Österreichs unter dem Blickwinkel der ökomodernen Hegemonie ist ausständig und soll durch diese Arbeit vorgelegt werden.

3 Theoretische Grundlagen

3.1 Foucault

Foucault zählt zu den wirkungsreichsten Intellektuellen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Seine Rezeption findet bis heute disziplinenübergreifend statt. Auch zahlreiche wissenschaftliche Unternehmungen im Themenfeld Neoliberalismus arbeiten mit Foucaults Konzepten (z.B. Bröckling et al. 2000, Brown 2021). Mit erstaunlicher Weitsichtigkeit hat er bereits Ende der 1970er die neoliberale Gouvernamentalität beschrieben, die eben erst begonnen hatte zum führenden Programm der europäischen Länder zu werden (Brown 2021: 55). Sozial- und kulturwissenschaftliche Diskursforschungen nahmen seine Überlegungen zur Verknüpfung von Wissen und Macht zum Ausgangspunkt ihrer Analysen. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse und die in dieser Arbeit als Methode dienende KDA stehen hierfür exemplarisch (Jäger 2012: 15).

Für diese Arbeit sind einerseits Foucaults Macht- und Diskurstheorie und andererseits seine Beschäftigung mit dem Neoliberalismus und dem damit verbundenen Begriff der Gouvernamentalität relevant. Im Folgenden wird daher in einem ersten Schritt der Begriff der Gouvernamentalität in den Blick genommen, deren analytischen Dimensionen über ihre historische Entstehung herausgearbeitet werden. Im Anschluss daran wird der Neoliberalismus, den Foucault über den Neologismus der Gouvernamentalität denkt, expliziert. In einem zweiten Schritt wird Foucaults Verständnis von Macht

und deren Verhältnis zu Wissen vorgestellt. Eine tiefgehende Bestimmung von Diskurs und seinem Zusammenhang mit dem Subjekt wird dann im daran anschließenden Kapitel zur Theorie der KDA vorgelegt.

3.1.1 Gouvernamentalität

Mit dem Neologismus Gouvernamentalität erweiterte Foucault seine Analytik der Macht und artikulierte eine Kritik am damaligen politikwissenschaftlichen Machtverständnis und dessen Beschränktheit auf die Souveränität (Oels 2010: 172). Anstelle streng-hierarchischer, der Tradition des Rechts verpflichteter Machtverhältnisse lenkt Foucault die Aufmerksamkeit auf Führungsverhältnisse, in denen Individuen und Kollektive indirekt gesteuert werden. Die Begriffe Gouvernamentalität und Regierung fungieren als Scharnier, um das Verhältnis zwischen staatlichen Machtpraktiken und historischen Subjektivierungsprozessen nachzuvollziehen (Lemke 2014: 261). Foucault integrierte damit zwei bis dahin in seiner Arbeit eher unterrepräsentierte politische Ebenen in seine Machtanalyse: den Staat und das Subjekt (Gertenbach 2007: 19).

Während Gouvernamentalität zu Anfang bei Foucault als deskriptiver Begriff einer spezifischen historischen Form der Machtausübung fungierte, entwickelte er sich immer mehr zum analytischen Schema, um Regierungsweisen und -technologien im Sinne von Fremd- und Selbstführung und Subjektivierungsprozessen begreifbar zu machen (ebd.: 20f). Um uns der Analyseperspektive zu nähern, wird im Folgenden zuerst die historische Entwicklung der Gouvernamentalität zum modernen Typus von Macht nachgezeichnet. Anhand dieser Entwicklungen diskutiere ich in einem zweiten Schritt die analytischen Perspektiven des Begriff.

3.1.1.1 Vorläufer und geschichtliche Entwicklung der Gouvernamentalität

Nach Foucault „leben [wir] im Zeitalter der Gouvernamentalität“ (Foucault 1978: 172). Im modernen westlichen Staat verschränken sich Machttechniken der Totalisierung und der Individualisierung. Letztere sind eine Neuaufnahme der alten pastoralen Machtform, welche den Vorläufer der Gouvernamentalität darstellt (Foucault 1982: 247). In seinem Aufsatz *Omnes et singulatim* von 1979 widmet sich Foucault dem pastoralen Modus von Macht, ausgehend vom Interesse die Entwicklung der Machttechniken, die zur Regierung und Leitung von Individuen verwendet werden, nachzuvollziehen (Raffnsøe et al. 2011: 303). Im Folgenden wird zuerst dieser Vorläufer der Gouvernamentalität anhand seiner Historie verständlich gemacht:

Den Ursprung der Modalität von Pastoralmacht findet Foucault in den antiken orientalischen Kulturen und der Gottesvorstellung in hebräischen Schriften, wo die Figur des Hirten eine zentrale Rolle spielt. Demgegenüber ist die Vorstellung des Hirten als guter und geeigneter Führer im antiken Griechenland von sehr geringer Bedeutung (Foucault 1979: 190f). Im Unterschied zum politischen Denken der

Griechen regiert der Hirte im Sinne der Pastoralmacht eher eine Herde anstelle eines Territoriums. Es ist der Hirte, der die ansonsten zerstreuten Individuen zu einer Herde vereint. Die Gemeinschaft besteht nur durch seine Anwesenheit fort. Um seiner Pflicht als Hirte nachzukommen, das Heil sowohl der Herde als auch eines jeden Einzelnen sicherzustellen, muss er jeden Einzelnen kennen und von diesem Wissen ausgehend die Leitung der Herde ausführen. (ebd.: 192f).

Die Modalität von pastoraler Führung aus den antiken orientalischen Kulturen eignete sich das Christentum ab dem 3. Jahrhundert an und wandelte mehrere Aspekte davon ab (ebd.: 200-203). Das gesamte Mittelalter hindurch war das Pastorat in dieser veränderten Form in kirchlichen Auseinandersetzungen präsent. An diesen macht Foucault ein starkes Verlangen fest pastorale Beziehungen zu verwirklichen. Als praktische Regierung wurde die pastorale Macht im Mittelalter jedoch nicht ausgeübt (ebd.: 205).

Die dargestellten Grundzüge des Pastorats stellen bereits die entscheidenden Entwicklungslinien der sich mit dem ausgehenden Mittelalter entwickelnden Gouvernamentalität dar: die Steuerung von Verhalten, die Bedeutung von Wissen zur Ausübung von Macht, Individuen bzw. Kollektive als Gegenstand der Regierung. Der folgende Abschnitt widmet sich nun Foucaults Ausführungen zur Etablierung der Gouvernamentalität.

In der frühen Neuzeit beginnt für Foucault die Entwicklung der Gouvernamentalität. In seinen Vortrag am Collège de France 1978 *Die Gouvernamentalität* nimmt er der Geschichte der Gouvernamentalität folgend eine Entwicklung in den Blick, die Mitte des 16. Jahrhunderts ihren Anfang nahm und bis zum Ende des 18. Jahrhunderts andauerte. In dieser Zeit, so Foucault, wird von mehreren Punkten der Gesellschaften aus die Problematik des Regierens aufgeworfen: den Diskussionen um Kindererziehung, dem re-aktualisierten Stoizismus und der Reformation liegt die Auseinandersetzung mit den Fragen des sich selbst Regierens, Regierens und Regiert-werdens zugrunde (Foucault 1978: 148f). Zu den bis dahin zahlreichen politischen Schriften in Form von Ratgebern für den Fürsten traten nun Abhandlungen, die sich vor allem Niccolò Machiavellis Werk *Der Fürst* zum Gegenspieler nahmen und „an die Stelle dieser Abhandlung über die Geschicklichkeit und das praktische Wissen des Fürsten etwas anderes und demgegenüber Neues setzen, nämlich eine Kunst des Regierens“ (ebd.: 153).

Foucault entnimmt diesen Schriften vier zentrale Gegensätze zwischen der Souveränität und der Regierung, in denen sich die neue Machtform der Gouvernamentalität bereits abzeichnet: Erstens arbeiten die Schriften die Kontinuität zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Formen von Regierung heraus, anstelle die Unvergleichbarkeit und Singularität des Fürsten und seiner Macht herauszustellen (ebd.: 154). Regierung heißt die Machtausübung nach dem Vorbild der Ökonomie zu gestalten – im damaligen Begriffsverständnis von Ökonomie: Die Aufmerksamkeit und Beziehung des Familienvaters zu seiner Familie und seinem Haushalt soll in die Führung des Staates übertragen werden,

der nun den Gesellschaftskörper, die Individuen und ihre Lebensweise überwachen und kontrollieren muss wie ein Hausherr seine Güter und Familienmitglieder im Auge behält und führt. (ebd.: 156).

Zweitens bezieht sich die Regierung auf die zu regierenden Menschen und ihre Beziehungen zu diversen Dingen wie ihren Besitztümern, Land, ihren Sitten und Handlungsweisen, Geburten, Unfällen und Todesfällen (ebd.: 158). An die Stelle des Territoriums, über das Souveränität ausgeübt wird, tritt der „Komplex von Menschen und Dingen“ (ebd.: 159), welche von einer rationalen Regierung – um beim dritten Gegensatz anzukommen – ihrem jeweils angemessenen Zweck zugeführt werden (ebd.: 158f). Während die Souveränität ihren Zweck in sich selbst findet bzw. in der Herstellung eines Gemeinwohls, das in der Unterwerfung der Menschen mittels ihres Gehorsams gegenüber dem Gesetz aufgeht, ist es das Ziel der Regierung einer Vielzahl an Zwecksetzungen mit Blick auf die Menschen und ihr Leben nachzukommen (160f).

Viertens charakterisiert das Regieren gegenüber der Souveränität eine entschieden neue Haltung und Verpflichtung desjenigen, der regiert. Dem Familienvater gleich steht der Regierende in den Diensten der zu regierenden Menschen und Dingen (ebd.: 162). In diesen vier Gegensätzen zwischen souveräner Machtausübung und Regierungskunst werden bereits zentrale Momente der Gouvernamentalität sichtbar.

Die in den Schriften diskutierte Regierungskunst manifestiert sich zum ersten Mal Ende des 16. Anfang des 17. Jahrhunderts im Umfeld der sich etablierten Staatsräson, der die Überzeugung zugrunde lag, der Staat solle und könne nach rationalen, ihm eigenen Gesetzen regiert werden, die keine Ableitung göttlicher Gesetze sind (ebd.: 163). Den Zweck, um die Einführung der Regierung zu rechtfertigen, fand die Staatsräson in der Erhaltung und Stärkung des Staates (Foucault 2018: 436). Doch erst als die Statistik den spezifischen Charakter der Bevölkerung und die ihr eigenen Probleme sichtbar machte – beispielsweise in Form von Sterbe- und Geburtenraten – und damit die Bevölkerung „als eine Gegebenheit [...] hervorbringt“ (ebd.: 171), hielt die Regierung als Führungsform neben der Souveränität und der Disziplin Einzug in die Politik. Die Ökonomie – im Sinne der wirtschaftlichen Führung des Familienvaters über seinen Haushalt und Familie – war nicht länger Modell der Regierung, sondern wurde ihr Instrument, um die Bevölkerung zu regieren. (Foucault 1978: 166f). Die Bevölkerung mit ihren Interessen und Bedürfnissen wurde zur Zielscheibe und zum Interventionsfeld, „das schlechthin letzte Ziel der Regierung“ (ebd.: 168): basierend auf genauen Beobachtungen galt es Geburtenrate, Bevölkerungsströme etc. zum Besseren zu lenken.

Im 18. Jahrhundert vollzieht sich demnach laut Foucault „der Übergang von einer Kunst des Regierens zu einer politischen Wissenschaft, der Übergang von einem von den Strukturen der Souveränität dominierten Regime zu einem von den Techniken des Regierens dominierten Regime“ (ebd.: 169) und diese Übergänge erfolgen im Umkreis der Bevölkerung. Der entstehende gouvernementalisierte Staat macht mit Blick auf die Bevölkerung von den Instrumenten Gebrauch, die von der - in diesem

historischen Zusammenhang geborenen – politischen Ökonomie informiert sind (ebd.: 171). Weder die Souveränität noch die Disziplin verlieren deswegen als Herrschaftsformen an Bedeutung, sondern bilden mit der gouvernementalen Führung ein Dreiergespann an Führung (ebd.).

Im etablierten „Regierungsstaat“ (ebd.: 172), und später im Wohlfahrtsstaat, setzt sich die Pastoralmacht in veränderter Form fort. An die Stelle des jenseitigen menschlichen Heils trat das Wohl der Menschen im Diesseits als Ziel pastoraler Führung. „Gesundheit, Wohlergehen (im Sinne eines angemessenen Lebensstandards und ausreichender Ressourcen), Sicherheit und Schutz vor Unfällen aller Art“ (Foucault 1982: 249) wurden über eine ausdifferenzierte und gestärkte Verwaltung der Pastoralmacht sichergestellt: u.a. Medizin, Familie, die Polizei (in ihrer Form des 18. Jahrhundert) und das Bildungswesen übernahmen pastorale Funktionen (ebd.: 249). Im gouvernementalisierten Staat geschieht die Steuerung von Verhalten dezentral an verschiedenen gesellschaftlichen Punkten.

Die geschichtlichen Wurzeln und die Entwicklung der Gouvernamentalität führten Foucault von der Antike, übers Mittelalter und die Neuzeit bis in den modernen gouvernementalisierten Staat. In der historischen Darstellung der Etablierung gouvernementaler Macht werden zentrale analytische Perspektiven von Foucault sichtbar, die für die vorliegende Arbeit relevant sind. Wie bereits in der Einleitung erwähnt fungiert der Begriff Gouvernamentalität bei Foucault sowohl als Benennung einer historischen Entwicklung als auch später als ein Analyseraster (Gertenbach 2007: 20f). Diesen analytischen Gehalt des Begriffs stelle ich im folgenden Kapitel vor.

3.1.1.2 Zum analytischen Begriff der Gouvernamentalität

Die historische Abhandlung der Geschichte der Gouvernamentalität hat zentrale Analyseperspektiven von Foucault deutlich gemacht, insbesondere auf die Verhältnisse zwischen Staat und Subjekt und zwischen Macht und Wissen. Diese Perspektiven fasse ich im Folgenden nacheinander zusammen und füge noch weiterführende Überlegungen Foucaults zur Selbstführung hinzu.

Wie in den obigen Ausführungen zur modernen Form von Pastoralmacht deutlich wurde, ist Machtausübung in Form von Regierung nicht auf den Bereich des Staates beschränkt, sondern findet dezentral in der Gesellschaft statt. Damit wird Foucaults Perspektive auf Staat verständlich: Staat ist kein zeitloses Realitätsobjekt, sondern wird innerhalb und durch bestimmte historische Machtformen und Regierungspraktiken konstituiert (Lemke 2014: 262). Diese Regierungspraktiken beziehen sich vor allem auf die Bevölkerung, um individuelles und kollektives Verhalten indirekt und dezentral zu steuern. Foucault begreift das Subjekt also als historisches, dessen Geschichte mit der Geschichte der Regierungsformen und der Staatsbildung eng verbunden ist (ebd.: 261). In seinen Schriften und Vorlesungen Anfang der 1980er geht Foucault noch intensiver auf das Subjekt ein und denkt zu den gouvernementalen Praktiken und Technologien der (Fremd-)Führung auch die der Selbstführung hinzu. Regierungstechnologien leiten die Praxis der Subjekte, aber letztere besitzen eine relative Freiheit auf

erstere zu reagieren, sich selbst innerhalb eines historischen Macht-Wissens Komplexes zu interpretieren und zu führen (Prinz 2020: 41). Subjekte fügen sich einerseits in vorherrschende Deutungsangebote des Selbst und haben gleichzeitig auch einen Handlungsspielraum gegebene Moralvorschriften zu interpretieren und umzusetzen (ebd.)

„Das historische Subjekt ist demnach weder vollständig von seinen äußeren Bedingungen geformt noch vollständig selbstbestimmt, sondern bildet sich an der Schnittstelle von diskursiven und machttechnologischen „Fremdführungen“ auf der einen und den Praktiken der „Selbstführung“ auf der anderen Seite aus.“ (ebd.: 42)

Mit der Perspektive der Gouvernamentalität kann das Subjekt also als unterworfenen, Regierungstechniken ausgesetztes Subjekt verstanden werden. Gleichzeitig findet Führung dezentral in der Gesellschaft statt und umfasst auch Praktiken der Selbstführung: Gegenverhalten ist möglich. Die hier angeschnittene Freiheit als Bedingung von Macht diskutiere ich im Kapitel Macht und Wissen noch im Detail.

In den historischen Ausführungen wurde außerdem deutlich, dass die Regierung von Menschen und Kollektiven eng mit Wissensformen verbunden ist. Die Statistik hat die Bevölkerung durch die Wissensproduktion hervorgebracht und damit zum Interventionsfeld von Regierungstechniken gemacht (Foucault 1978: 171). Im modernen Staat basieren die Regierungstechniken auf der Wissenschaft der politischen Ökonomie. Regierung als reflektierte Praxis gründet bereits in der Form der Pastoralmacht auf der Generierung von Wissen über die Subjekte der Führung. In der Perspektive der Gouvernamentalität führt Foucault also die Untersuchung der Beziehung von Wissen und Macht fort (ebd.: 261). Diese Verbindung wird im Kapitel zu Macht und Wissen ausführlich besprochen.

Zusammenfassend ermöglicht die Gouvernamentalität als analytische Perspektive Machtverhältnisse als indirekte Führungsverhältnisse in den Blick zu nehmen. Regierung findet dabei nicht allein vom modernen gouvernementalisierten Staat ausgehend statt, sondern dezentral als Leitung von Verhalten in der Gesellschaft. Die Gouvernamentalität regiert über indirekte Lenkungsmechanismen, bringt über Diskurse bestimmtes Wissen hervor und produziert dabei bestimmte Subjekte, wie beispielsweise in der liberalen Gouvernamentalität „„freie“ Bürger mit Rechten, Interessen und Bedürfnissen“ (Oels 2010: 176), die wiederum über bestimmte Techniken regiert werden und regierbar sind. Mit dieser Interpretation von Gouvernamentalität folge ich mehreren Wissenschaftler*innen die den Begriff eben nicht auf eine historische Machtform beschränkt denken, sondern als Analyseraster für unterschiedliche Regierungsrationalitäten, ihre Technologien, die damit verbundenen Diskurse und Subjektivitäten (Oels 2010, Dean 2003). Das anschließende Kapitel widmet sich Foucaults Ausführungen zur neoliberalen Gouvernamentalität.

3.1.2 Neoliberale Gouvernamentalität

In seinem zweiten Teil der Vorlesungsreihe am Collège de France zur Geschichte der Gouvernamentalität führt Foucault die Frage nach der Entstehung der Biopolitik zur Auseinandersetzung mit dem Liberalismus und dem Neoliberalismus. Diese Beschäftigung ordnet er in den zeithistorischen Kontext einer (weiteren) Krise der Gouvernamentalität, die sich besonders in einer bereits länger gegenwärtigen Staatsphobie ausdrückt (Foucault 2018: 113). Den Neoliberalismus, dessen spezifische Rationalität und Regierungskunst er herausarbeitet, begreift er als „eine neue Programmgestaltung der liberalen Gouvernamentalität“ (ebd.: 138). Diese neue Regierungskunst, so konstatierte er 1979, ist bereits „für die meisten Regierungen kapitalistischer Länder zum Programm geworden“ (ebd.: 211).

Foucault führt den Neoliberalismus auf zwei Hauptformen zurück, die sich in ähnlichen historischen Kontexten und gegen den gleichen Gegner formierten: auf der einen Seite des Atlantiks der deutsche Neoliberalismus, worunter Foucault den Ordoliberalismus und die Freiburger Schule versteht, und auf der anderen der amerikanische Neoliberalismus der Chicago School. Beide reaktivieren den Liberalismus als Kritik am und Gegenprojekt zum interventionistischen Staat im Sinne John Maynard Keynes. Auch personelle Überschneidungen (vor allem Friedrich Hayek und Ludwig von Mises, Vertreter der österreichischen Schule) verbinden die zwei Strömungen miteinander. (ebd.: 116f).

Foucault arbeitet den Neoliberalismus ausgehend von diesen zwei Hauptströmungen in Abgrenzung zum klassischen Liberalismus heraus (ebd.: 117). Den gegenwärtigen Neoliberalismus betrachtet er daher nicht als „Wiederkehr der alten Formen liberaler Wirtschaft“ (ebd.: 169), sondern als Neuausrichtung liberaler Regierungskunst. Im Folgenden wird Foucaults Darstellung der neoliberalen Gouvernamentalität anhand dieser Verschiebungen der liberalen Regierungskunst vorgestellt.

Eine dieser Umstellungen verortet Foucault in der Beziehung zwischen Markt und Staat. Der Liberalismus des 18. und 19. Jahrhundert visierte einen vom Staat begrenzten und überwachten Freiheitsraum der Wirtschaft an; eine Selbstbegrenzung des Staates. Was jedoch beim Neoliberalismus zur Frage steht, „ist, ob eine Marktwirtschaft wirklich als Prinzip, als Form und als Vorbild für einen Staat dienen kann“ (ebd.: 169). Ausgehend von der Erfahrung des Nationalsozialismus‘ als katastrophales Beispiel für Zu-viel-Staat stellten die Ordoliberalen den Staat unter die Aufsicht des Marktes, anstatt andersherum (ebd.: 168). Die Marktwirtschaft soll die legitimatorische Grundlage des Staates sein, das „Prinzip der inneren Regelung seiner ganzen Existenz und seines ganzen Handelns“ (ebd.). Die Trennung von Staat und Markt im Liberalismus wird zugunsten einer Verschränkung der beiden im Neoliberalismus aufgehoben. Das wird auch in den unterschiedlichen Vorstellungen von Wettbewerb deutlich:

Der klassische Liberalismus betrachtete als Wesen des Marktes das Prinzip des Tausches, innerhalb dessen eine Äquivalenz zwischen den zu tauschenden Waren hergestellt wird. Der Neoliberalismus schließt an eine Entwicklungslinie der liberalen Theorie des 19. Jahrhunderts an, in der der Wettbewerb als Wesen des Marktes bestimmt wird und damit anstelle der Äquivalenz die Ungleichheit. (ebd.: 170f). Sowohl ebenjene liberale Strömung im 19. Jahrhundert gleichsam wie der Liberalismus des 18. Jahrhunderts gelangten vom Prinzip der Marktwirtschaft zu einer Forderung nach einer Laissez-Faire Politik. Der Liberalismus sah für diese Politik der Nicht-einmischung des Staates nur wenige Ausnahmen vor, wie Interventionen zur Gewährleistung von Wettbewerb mittels der Verhinderung von Monopolbildungen. Dieser Überlegung liegt die Annahme der Natürlichkeit bzw. Naturgegebenheit des Wettbewerbs zugrunde. (ebd.: 172). Hier schlagen die Neoliberalen einen anderen Weg ein. Sie gehen nicht davon aus, dass der Wettbewerb, dessen erwünschte Wirkungen allein aus seinem ihm eigenen inneren Prinzip resultieren, auf natürliche Weise vom Menschen hervorgebracht wird. Anstatt den Wettbewerb zu garantieren, übertragen die Ordoliberalen dem Staat die Verantwortung den Wettbewerb hervorzubringen. (ebd.: 173). „Der Wettbewerb ist also ein geschichtliches Ziel der Regierungskunst und keine Naturgegebenheit, die es zu beachten gälte“ (ebd.: 173). Der Idee einer gegenseitigen Begrenzung von staatlicher und wirtschaftlicher Sphäre wird eine klare Abfuhr erteilt: der Staat kann nicht länger in eine ansonsten freie Wirtschaftssphäre intervenieren, wenn ebendiese Sphäre auf einem Prinzip (das des Wettbewerbs) gründet, das erst der Herstellung bedarf (ebd.: 174).

Dadurch entsteht im Neoliberalismus die Notwendigkeit „einer aktiven Gouvernamentalität“ (ebd.), deren Interventionen und Eingriffe sich von denen innerhalb einer Planwirtschaft jedoch grundlegend unterscheiden. Von welcher Art ist dann die aktive und wachsame Regierungskunst, die einen freien Markt herzustellen hat? Die Ordoliberalen, mit denen sich Foucault in diesem Zusammenhang beschäftigt, verlangen von einer Regierung sowohl regulierende als auch anordnende Handlungen. Erstere sollen die grundlegenden Tendenzen, welche den Markt regeln, fördern: regulierendes Handeln setzt sich demnach allen voran die Preisstabilität zum Ziel, die mittels der Inflationskontrolle erreicht werden soll. Planwirtschaftliche Mittel wie Preisfestsetzungen oder aber auch Ziele wie Vollbeschäftigung stehen dem Prinzip des reinen Wettbewerbs entgegen und sind der neoliberalen Gouvernamentalität fern (ebd.: 197f). Zweitere – anordnende Handlungen – richten sich primär auf die Etablierung und Aufrechterhaltung eines rechtlich-institutionellen Rahmens, der eine Bedingung für die reibungslose Entfaltung des Wettbewerbsprinzip darstellt (ebd.: 199). An die Stelle der Ökonomie als Interventionsfeld treten die Bereiche außerhalb der Marktwirtschaft, in die gestaltend und verändernd eingegriffen wird, sodass sich ebendort die Marktwirtschaft durchsetzen kann. Die Gesellschaft, ihre „materiellen, kulturellen, technischen, rechtlichen Grundlagen“ (ebd.: 201), werden zum Gegenstand

der Regierung. Über diese Gesellschaftspolitik² kann eine Markt- bzw. Wettbewerbsordnung organisiert werden, wie sie den Ordoliberalen vorschwebt (ebd.).

Die Art und Weise der aktiven und wachsenden Gouvernamentalität, die im Neoliberalismus notwendig wird, bestimmt Foucault auch über ihren Zugang zur Sozialpolitik. Die eben erwähnte vielfältige und allgegenwärtige Gesellschaftspolitik darf nicht im Sinne eines sozialen Ausgleichs durch verallgemeinerten Konsumzugang oder re-distributive Maßnahmen verstanden werden (ebd.: 202). Was den Neoliberalen unter Sozialpolitik vorschwebt, ist eine individualisierte und privatisierte Form davon, in der der Politik lediglich die Aufgabe zukommt, den Individuen einen wirtschaftlichen Raum bereitzustellen, innerhalb dessen sie frei sind selbst für ihre Risiken Sorge zu tragen (ebd.: 205). In diesem Sinne stellt Sozialpolitik kein Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eines freien Marktes dar, sondern richtige Sozialpolitik äußert sich im Neoliberalismus in der beständigen Sorge um ein gesundes Wirtschaftswachstum, das den Menschen in Folge die Neutralisierung ihrer Risiken erlauben wird (ebd.: 205, 225).

Die aktive und wachsende neoliberale Gouvernamentalität, die zum Gegenstand die Gesellschaft hat, ermöglicht die Organisation einer Wettbewerbsordnung (ebd.: 207). Sie ermöglicht den Markt in seiner „Rolle als allgemeiner Regulationsmechanismus und als Prinzip politischer Rationalität“ (ebd.: 208). Die neoliberale Regierungskunst zielt also darauf die Gesellschaft nach dem Prinzip des Marktes zu regeln. Wie kann man sich eine solche Gesellschaft, die der Dynamik des Wettbewerbs unterworfen ist, vorstellen? Den Neoliberalen schwebt keine Handels- oder Konsumgesellschaft vor, sondern die Vervielfachung und Verallgemeinerung der Unternehmensform in der Gesellschaft (ebd.: 2010). Darin sieht Foucault den zentralen Einsatzpunkt des Neoliberalismus. „Der *homo oeconomicus*, den man wiederherstellen will, ist nicht der Mensch des Tauschs, nicht der Mensch des Konsums, sondern der Mensch des Unternehmens und der Produktion“ (ebd.: 208, Hervorhebung im Original).

Diese Neuausrichtung des *Homo oeconomicus* wird im deutschen Neoliberalismus, aber noch wesentlich intensiver im amerikanischen, zum zentralen Element der Analyse wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse (ebd.: 313). Was gilt es sich unter einen Mensch des Unternehmens vorzustellen?

Im Liberalismus war das Wirtschaftssubjekt ein Mensch des Tausches, über den er seine Interessen und Bedürfnisse mit größtmöglichem Nutzen zu befriedigen suchte. Der neoliberale *Homo oeconomicus* ist demgegenüber ein Unternehmer seiner selbst, der sowohl über angeborene als auch erworbene Fähigkeiten verfügt, die sein Kapital ausmachen (ebd.: 314). Betrachtet man die Arbeitswelt mit diesem

² Alfred Müller-Armack, Vertreter und Mitbegründer des deutschen Neoliberalismus, gebrauchte in diesem Zusammenhang den Begriff der Gesellschaftspolitik (ebd.: 207).

Analyseraster wird der Lohn als Vergütung eines Kapitals begreifbar, eines Kapitals, das die Chicago Schule als Humankapital bezeichnete (ebd.: 315). Dieser Vorstellung folgend können zahlreiche menschliche Tätigkeiten als Investitionen in das eigene Humankapital aufgefasst werden: Bildungsaktivitäten und elterliche Zuwendung erhöhen das Kapital der menschlichen „Kompetenzmaschine“ (ebd.: 319). Gesundheit und Bereitschaft zur Mobilität bilden Elemente dieses Kapitals (ebd.: 320).

In diesem Sinne verstehen die Neoliberalen Innovation, Entdeckungen und technischen Fortschritt nicht primär als Folge des kapitalistischen Wettbewerbs und der darin geschaffenen Anreize. Ihrem Analyseraster des Homo oeconomicus folgend bestimmen sie Innovation als „Ertrag eines bestimmten Kapitals, nämlich des Humankapitals, d.h. der Gesamtheit der Investitionen, die man auf der Ebene des Menschen selbst gemacht hat“ (ebd.: 322). Wirtschaftliches Wachstum wird über eine detaillierte Analyse der Humankapitalen, ihrer Zusammensetzung und der Maßnahmen zu ihrer Steigerung erklärt. Daraus ergibt sich ein spezifischer Auftrag an die Wachstumspolitik, die „in der Modifikation des Niveaus und der Investitionsform in Humankapital besteht“ (ebd.: 323). Nach Foucault nehmen die westlichen Staaten diesen neoliberalen Auftrag an und orientieren ihre Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Kulturpolitik an ebenjenen wachstumspolitischen Prinzipien (ebd.).

Wenngleich das Ziel neoliberaler Regierungskunst die von Konkurrenz geprägte „Unternehmensgesellschaft“ (ebd.: 208) ist, übertragen die Ordoliberalen dem Staat als Ausgleich dazu die Verantwortung einen politisch-moralischen Rahmen einzurichten, der gesellschaftliche Kooperation und Zusammenhalt gewährleistet. Demgegenüber vertreten die amerikanischen Neoliberalen einen radikaleren Standpunkt und streben stets nach der Verallgemeinerung der Unternehmensform im gesamten Gesellschaftskörper. (ebd.: 336). Das zeitigt nach Foucault zwei zentrale Konsequenzen – die später für die Einordnung des ökomodernen Diskurses als neoliberal von besonderer Prägnanz sein werden:

Zum einen, wie bereits oben angerissen, wird die Unternehmenseinheit zum zentralen Interpretationsprinzip von nicht nur Wirtschaft, sondern auch von individuellen Verhaltensmustern und sozialen Beziehungen: „eine Art ökonomische Analyse des Nicht-Ökonomischen“ (ebd.: 336f). Beispielsweise wird die Beziehung zwischen Mutter und Kind, deren Untersuchung bisher Disziplinen wie der Soziologie oder Psychologie vorbehalten war, über ökonomische Begriffe der Investition, der Kosten-Nutzen Abwägung und des Ertrags gedeutet und verständlich gemacht (ebd.: 338f).

Zum anderen erlaubt die Anwendung dieses spezifischen ökonomischen Rasters die Prüfung und Kritik des politischen Handelns und die Bewertung seiner Gültigkeit. Das Prinzip des Marktes wird gegen die Regierung gewendet. Der Markt „ist eine Art von ständigem ökonomischen Tribunal gegenüber der Regierung“ (ebd.: 342). Politisches Handeln muss vor diesem ökonomischen Tribunal bestehen, das sein

Verhalten in marktbezogenen und ökonomischen Begriffen von Angebot und Nachfrage, von Wirksamkeit und Kosten-Nutzen beurteilt. (ebd.: 340ff).

Diese zwei Konsequenzen der Verallgemeinerung der Form des Marktes können wie folgt zusammengefasst werden: im Neoliberalismus wird der Markt zum entscheidenden Ort der Veridiktion: der Ort der Produktion von Wahrheiten, die Verhaltensweisen leiten (Brown 2021: 76). Bei den amerikanischen Neoliberalen gelten Marktprinzipien damit in sämtlichen gesellschaftlichen Bereichen. Aber auch bei den Ordoliberalen gilt es „zu erkennen, bis wohin sich die politische und soziale Informationsgewalt der Marktwirtschaft erstrecken kann“ (Foucault 2018: 169). Folge der Veridiktion des Marktes ist nicht nur, dass der Markt, seine Mechanismen und Ergebnisse wahr und Modell aller anderen Tätigkeiten sind, sondern, dass vernünftige Subjekte die Wahrheiten des Marktes akzeptieren (Brown 2021: 77).

Die Gouvernamentalität operiert also auch über Diskurse und Wissensproduktionen und übt darüber Macht auf menschliches Verhalten auf. Dieser Verschränkung von Wahrheit bzw. Wissen und Macht wird in den nächsten zwei Kapiteln nachgegangen. Vor der Einführung in Foucaults Machtanalytik möchte ich noch zwei weitere Begriffe in den Kontext der neoliberalen Gouvernamentalität einführen, die für die spätere Einordnung des ökomodernen Diskurses als neoliberal relevant werden: der neoliberale Wettbewerbsstaat bzw. der Standortwettbewerb. Mittlerweile ist es sozialwissenschaftlicher Konsens diese Begriffe dem Neoliberalismus zuzuordnen (Huffschmid 2006, Penz 2010). Foucault spricht – vielleicht aufgrund der frühen Abhaltung seiner Vorlesungen zur Biopolitik – nicht explizit vom Wettbewerbsstaat. Seine frühen Überlegungen zur neoliberalen Gouvernamentalität benennen jedoch genau die Charakteristika des Wettbewerbsstaates: Dessen oberstes Ziel ist die Steigerung der Konkurrenzfähigkeit seiner Unternehmen, Regionen, Städte, Menschen, die sich in einem (Standort-)Wettbewerb befinden (Huffschmid 2006). Zentrale Elemente der neoliberalen Gouvernamentalität berücksichtigend – die Wirtschaft als Legitimationsgrundlage des Staates, die Verallgemeinerung des Prinzips des Wettbewerbs, die Unternehmensgesellschaft – fällt es nicht schwer den Wettbewerbsstaat und den internationalen Standortwettbewerb im Anschluss an Foucault als neoliberal zu begreifen.

Zum Abschluss der Ausführungen zu Neoliberalismus möchte ich kurz die analytischen Dimensionen des Begriffs Gouvernamentalität anhand der neoliberalen rekapitulieren und dabei die zentralen Elemente der neoliberalen Regierungskunst von Foucault zusammenfassen.

In der Perspektive der Gouvernamentalität wird der Staat und die ihn konstituierenden Regierungstechniken als historisch variabel begreifbar (Lemke 2014: 262). Im Fall der neoliberalen Gouvernamentalität hat sich der Staat über die wirtschaftliche Performance zu legitimieren und die Ziele der Herstellung von Wettbewerb und Märkten zu verfolgen. Mit diesem Verständnis von Staat hängt auch eng die analytische Perspektive auf das Subjekt als historisches und Regierungstechniken

unterworfenen zusammen. Indem innerhalb der neoliberalen Gouvernamentalität der Markt als gesellschaftlicher Regulationsmechanismus verallgemeinert wird, werden die Menschen als unternehmerische Subjekte regierbar gemacht. Die neoliberale Gouvernamentalität regiert die Menschen dezentral als Humankapitalien. Die dabei wirksamen Regierungstechniken hängen wiederum eng mit Wissensformen und der Produktion von Wahrheit zusammen. In Foucaults Verständnis von Neoliberalismus kommt es zu einer Verallgemeinerung der Betrachtung gesellschaftliche Phänomene aus einer ökonomischen Perspektive. Politisches Handeln wird über ökonomische Begrifflichkeiten kritisiert und bewertet. Ökonomische Logiken, wie beispielsweise die Kosten-Nutzen-Kalkulation, leiten politisches Verhalten und üben damit Macht aus. Dieses Ineinandergreifen von Wissen und Macht ist Gegenstand des folgenden Kapitels.

3.1.3 Macht und Wissen

In den Kapiteln zur Gouvernamentalität wurde der Machtbegriff von Foucault bereits angeschnitten. Nun folgt eine genauere Auseinandersetzung mit Macht, um seine Verschränkung mit Wissen und Wahrheit zu begreifen und im anschließenden Kapitel den Begriff von Diskurs vorzustellen.

In seiner Auseinandersetzung mit Macht wendet sich Foucault gegen den klassischen Ansatz im politischen Denken Macht auf Repression und Herrschaft zu beschränken. Anstelle eines (Herrschafts-)Zustands begreift Foucault Macht als ein Handeln. Macht existiert als Handlung, die auf die Handlungen eines anderen Menschen einwirkt und das in einem offenen Feld von Handlungsmöglichkeiten. Gewalt und Zwang, in denen die Verhaltensweisen des anderen determiniert werden/sind, grenzt Foucault daher klar von Macht ab (Foucault 1982: 255, 257).

„Sie [die Macht] bietet Anreize, verleitet, verführt, erleichtert oder erschwert, sie erweitert Handlungsmöglichkeiten oder schränkt sie ein, sie erhöht oder senkt die Wahrscheinlichkeit von Handlungen und im Grenzfall erzwingt oder verhindert sie Handlungen, aber stets richtet sie sich auf handelnde Subjekte, insofern sie handeln oder handeln können.“ (ebd.: 256)

Machtausübung als Führung von Verhalten fällt damit in den weiten Bereich der Regierung, wie Foucault ihn im Anschluss an die Begriffsbedeutung im 16. Jahrhundert versteht (ebd.). Als Leitung von Verhalten wird die produktive Seite von Macht sichtbar.

Wenn Machtausübung im Anschluss an den Begriff Regierung bedeutet „das mögliche Handlungsfeld anderer zu strukturieren“ (ebd.), basiert sie grundlegend auf der Existenz von Verhaltensmöglichkeiten: Die Freiheit der Individuen - Möglichkeiten des Handelns zu besitzen – wird damit zur Voraussetzung von Machtausübung (ebd.: 257). „[W]enn sich im Kern der Machtbeziehungen und gleichsam als deren ständige *Existenzbedingung* eine gewisse „Widerspenstigkeit“ und störrische Freiheit findet, gibt es keine Machtbeziehung ohne Widerstand, ohne Ausweg oder Flucht, ohne möglichen Umschwung“ (ebd.: 261, Hervorhebung L.J.H.). Widerstand ist stets Teil von Macht. Die Machtverhältnisse „können

nur kraft einer Vielfalt von Widerstandspunkten existieren, die in den Machtbeziehungen die Rolle von Gegnern, Zielscheiben, Stützpunkten, Einfallstoren spielen“ (Foucault 2020: 96). Wie bereits an anderer Stelle besprochen decken sich Fremd- und Selbstführung nicht zwangsläufig, sondern Gegen-Verhalten, widerständige und alternative Selbstführungen sind möglich.

Dieser Definition von Macht als Handlung folgend liegt es außerdem auf der Hand die Ausübung von Macht nicht allein in (politischen) Institutionen zu verorten. Als Handlungsmodus, der auf anderes Handeln Einfluss nimmt, begreift Foucault Macht als in den gesellschaftlichen Beziehungen tief verwurzelt (Foucault 1982: 258). Die hier ausgeübte Macht ist jedoch nicht einheitlich in dem Sinne, dass sie *ein* Ziel einer sozialen Gruppe mit ausgewählten Mitteln und Strategien verfolgen würde. Da es zahlreiche Formen der Regierung von Menschen innerhalb der Gesellschaft gibt, überschneiden, widersprechen, ergänzen, verstärken und begrenzen die Formen der Machtausübung einander. Der Staat ist damit nicht der einzige – wenn auch für Foucault ein zentraler – Ort der Machtausübung. (ebd.: 260).

In diesem Sinne muss Foucaults Postulat der „Allgegenwart von Macht“ (Foucault 2020: 94) im Werk *Der Wille zum Wissen* verstanden werden. Diese postsouveräne Form von Macht, die in den Gesellschaften nach der Zeit des Absolutismus an Bedeutung gewann, gründet für Foucault nicht in der Unterscheidung zwischen Herrschenden und Beherrschten und strahlt als solche von oben als totalitäre Kraft in alle Teile der Gesellschaft (ebd.: 95). Macht kommt bei Foucault von überall und entfaltet sich in jeder Beziehung. Ungleiche Kraftverhältnisse erzeugen Machtzustände, die im Gegensatz zu Herrschaftszuständen immer instabil und prekär sind (ebd.: 94). Diese vielfältigen Kraftverhältnisse sind aufgrund beständiger strategischer Auseinandersetzungen stets in Veränderung begriffen: sie werden verstärkt oder verschoben, sie stützen sich aufeinander zu Systemen oder grenzen sich voneinander ab als Widerstände. Machtbeziehungen sind sowohl das direkte Resultat von Differenzierungen und Ungleichheiten innerhalb gesellschaftlicher Verhältnisse – wie z.B. Wissens- und Erkenntnisprozessen – als auch die Bedingung für ebenjene (ungleichen) Teilungen (ebd.: 94). Institutionell kristallisieren sich die darin angewandten Strategien „in den Staatsapparaten, in der Gesetzgebung und in den gesellschaftlichen Hegemonien“ (ebd.: 93).

In dieser Betonung der dezentralen Wirkungsweise von Macht äußert sich Foucaults Kritik am repressiven Modell von Macht, dem zu Folge der Souverän über die Gesellschaft Verbote verhängt und Freiheiten beschränkt. Demgegenüber denkt Foucault Macht nicht nur dezentral, sondern auch produktiv.

Diese produktive Seite von Macht thematisiert Foucault u.a. hinsichtlich ihrer Verschränkung mit der Produktion von Wissen. Das Verhältnis von Macht und Wissen denkt Foucault über den Begriff der Immanenz. „Zwischen Wissenstechniken und Diskursverfahren besteht keine Äußerlichkeit, auch wenn sie jeweils ihre spezifische Rolle haben und sich von ihrer Differenz aus aneinanderfügen“ (ebd.: 98). Am

Beispiel der im 18. Jahrhundert produzierten Diskurse zu Sexualität expliziert er, wie sich Macht und Wissen wechselseitig voraussetzen:

„Wenn sich die Sexualität als Erkenntnisbereich konstituiert hat, so geschah das auf dem Boden von Machtbeziehungen, die sie als mögliches Objekt installiert haben. Und wenn umgekehrt die Macht sie zur Zielscheibe nehmen konnte, so war das nur möglich, weil es Wissenstechniken und Diskursverfahren gab, die die Sexualität eingesetzt und besetzt haben.“ (ebd.: 98)

Wie bereits im Kapitel zur Gouvernamentalität angesprochen, werden Gegenstände der Regierungstechniken, oder allgemeiner gesprochen soziale Realitäten, wie die Bevölkerung oder die Sexualität über Wissensproduktionen erst hervorgebracht. Diese Generierung von Wissen ist wiederum in gesellschaftliche Machtverhältnisse eingebettet. Daher gilt es Macht nicht als etwas zu denken, was Wissen benutzt oder manipuliert, sondern vor allem produziert.

In diesem Zusammenhang verwendet Foucault den Begriff des Diskurses, um die innige Verstrickung von Macht und Wissen zu theoretisieren. Der Diskurs, sein Verhältnis zum Subjekt und zur Macht ist Gegenstand des folgenden Kapitels und wird über die Schriften zur KDA vorgestellt.

3.2 Kritische Diskursanalyse

Die maßgeblich von S. und M. Jäger am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung entwickelte KDA schließt an Foucaults Überlegungen zu Diskurs und der Verschränkung von Macht und Wissen an, mit dem Ziel die existierenden Herrschaftsverhältnisse über die Analyse von Diskursen kritisch zu beleuchten. In der Erarbeitung der KDA rekurriert S. Jäger stark auf die vom Literaturwissenschaftler Jürgen Link konzipierte Diskursanalyse im Anschluss an Foucault. An das vorangegangene Kapitel zu Foucaults Machtbegriff anschließend wird hier der theoretische Hintergrund der Methode der KDA vorgestellt. Dafür werden in einem ersten Schritt der Diskurs und sein Verhältnis zur Wirklichkeit und zum Subjekt diskutiert. In einem zweiten Schritt wird die bereits vorgestellte Verschränkung von Wissen und Macht am Begriff des Diskurses theoretisch vertieft.

3.2.1 Verhältnis Diskurs, Wirklichkeit und Subjekt

Die KDA beruht auf einem Verständnis von Sprache, als etwas, das mitbestimmt, wie über Realität gedacht wird, wie das Soziale, der Staat oder die Politik wahrgenommen und verstanden werden. Diskurse als „die sprachliche Seite einer diskursiven Praxis“ (Link/Link-Heer 1990, zit. n. Jäger 2012: 23) spiegeln die gesellschaftliche Realität nicht einfach wider. Auch stellen Diskurse keine Verzerrung entsprechend einer Ideologie dar, sondern werden als eigene Wirklichkeit mit eigener Materialität begriffen (Jäger 2012: 35). Gleichzeitig produzieren Diskurse gesellschaftliche Wirklichkeit: historisch-soziale Gegenstände wie beispielsweise „Wahnsinn“ werden diskursiv hergestellt (Link/Link-Heer 1990 zit. nach ebd.). Vermittelt über die tätigen Subjekte in ihren jeweiligen gesellschaftlichen-diskursiven

Zusammenhängen erzeugen Diskurse Wirklichkeit (Jäger 2012: 35). Davon darf jedoch nicht abgeleitet werden, dass die KDA von einer rein diskursiven Welt ausgeht und letztere vor den Diskursen nicht existent sei. Über Diskurse und das darin getragene Wissen deuten Subjekte die Wirklichkeit und sie wird für Menschen als Wirklichkeit erfahrbar. Zudem geht die KDA Foucault folgend auch von der Existenz nicht-diskursiver Praktiken aus, die sie dem Dispositiv zuordnet.

Wenngleich Link Diskurse als „die sprachliche Seite einer diskursiven Praxis“ (Link/Link-Heer 1990, zit. nach Jäger 2012: 23) versteht, zielt das Verständnis von Diskurs der KDA nicht primär auf das Sprachliche, sondern auf das dahinterstehende Wissen und Denken, das Sprechen und Handeln vorausgeht und gleichzeitig dadurch (weiter)entwickelt wird (Jäger 2012: 37). S. Jäger expliziert, dass diskursive Praxen „keine besonderen Praktiken im Unterschied etwa zu sonstigen Praktiken darstellen“ (ebd.: 36), insofern sich Handlungen und Verhaltensweisen auf Wissen und Wahrheiten stützen. Dafür zieht er als Beispiel den Bau eines Hauses heran, in dem nicht nur während der Planung, sondern auch in der Phase der Schaffung Wissen in die Tätigkeit Eingang findet (ebd.).

Dem Foucaultschen Fokus auf Wissen Rechnung tragend bestimmt die KDA Diskurse als Träger von – in einem sozial-historischen Kontext gültigem – Wissen oder auch als „rhizomartig verzweigter mäandernder „Fluss von ‚Wissen‘ bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit““ (Jäger 2004, zit. n. Jäger/Jäger 2007: 23).

In welchem Verhältnis stehen nun Diskurs und Subjekt? Wir haben oben bereits von der Beteiligung der Menschen am Diskurs gehört. Dennoch bestimmt mehr der Diskurs die Subjekte als andersherum, so die KDA. Foucaults Anliegen einer Geschichtsanalyse, welche die Konstitution von Subjektivität im historischen Kontext verfolgt und erklärt, berücksichtigend denkt die KDA den Diskurs als Subjekt formierend. Das Subjekt wird nicht als eine unveränderliche historische Konstante betrachtet. Dadurch geraten die Subjektivierungsprozesse in den Blick, die innerhalb historisch sich wandelnder diskursiver Bedingungen stattfinden. Das Individuum, das von Geburt an in sozialen Diskursen verstrickt ist, agiert im Diskurs (Jäger 2012: 37). Der Diskurs wirkt stark normierend und „formiert Bewusstsein“ (Jäger/Jäger 2007: 23). Er induziert nicht nur andere Diskurse, sondern auch Verhalten (Jäger 2012: 38). „[E]s gibt kein Handeln ohne Wissen, und sei dieses Wissen noch so rudimentär“ (ebd.: 37). Diesen Prozess der Subjektformierung möchte die KDA jedoch nicht als schlichte Determination verstanden wissen, in dem Sinne, dass das Rezipieren eines Textes in der individuellen Übernahme dessen Wissens mündet. „Wissen/feste Bewusstseinsselemente entstehen erst durch die Rezeption von Diskursen, d.h. durch dauerhafte und sich über lange Zeiträume erstreckende Konfrontation mit immer den gleichen oder doch sehr ähnlichen Aussagen“ (Jäger/Jäger 2007: 22). Außerdem sind die innerhalb diskursiver Bedingungen entstandenen verschiedenen Subjektpositionen zu jeder Zeit kritisch hinterfragbar (ebd.). Freiheit in Form von Gegenverhalten und alternativen Deutungen von Wirklichkeit sind Foucaults Machtanalytik folgend möglich.

Wenn nun die Diskurse die Subjekte mitkonstituieren, wer macht dann den Diskurs? Die KDA betrachtet den Diskurs als überindividuell.

„Der Diskurs ist sozusagen Resultante all der vielen Bemühungen der Menschen, in einer Gesellschaft zu existieren und sich durchzusetzen. Was dabei herauskommt, ist etwas, das so keiner gewollt hat, an dem aber alle in den verschiedensten Formen und Lebensbereichen (mit unterschiedlichem Gewicht) mitgestrickt haben.“ (Jäger 2012: 37)

Alle Menschen wirken auf den Diskurs ein, mit unterschiedlichem Maß an Beteiligung, Nutzung der gegebenen Handlungsspielräume und Erfolg. Einzelne soziale Gruppen versuchen daher auch strategisch auf den Diskurs Einfluss auszuüben und ihre Deutungen der Wirklichkeit oder teilweise auch Ideologien zu verallgemeinern (Jäger/Jäger 2007: 24).

Vor dem Hintergrund des wechselseitigen Konstitutionsverhältnisses von Diskurs und Subjekt muss die in dieser Arbeit behandelte Forschungsfrage betrachtet werden. Zwar vermitteln Akteur*innen auf den Ebenen „soziale Bewegungen“ und „regierende Entscheidungsträger*innen“ bestimmte Deutungen der Wirklichkeit und verfolgen bestimmte Argumentationsstrategien, aber sie allein produzieren nicht den Diskurs. Denn ihr Handeln und Sprechen geschieht in einem bestimmten gesellschaftlichen diskursiven Kontext, der ihr Denken und Subjekt-sein bereits geprägt hat und beeinflusst.

Nach dieser Darstellung des Verhältnisses von Diskurs und Subjekt und der diskursiven Produktion sozialer Wirklichkeit, folgt im nächsten Abschnitt eine Auseinandersetzung mit Diskurs und Macht.

3.2.2 Diskurs und Macht

Das Verhältnis von Macht und Wissen wurde in dieser Arbeit bereits mehrfach angesprochen. Wenn Macht und Wissen verschränkt sind und Diskurse Träger von Wissen, liegt es auf der Hand Diskurs nicht als neutrales, machtfreies Element zu betrachten. Indem das in Diskursen transportierte Wissen die Tätigkeit von Menschen leitet, üben Diskurse sowohl individuell als auch kollektiv Macht aus (Jäger/Jäger 2007: 24, 19).

Foucault spricht in diesem Zusammenhang von Macht-Wissens-Komplexen. Er führt aus, dass Wissen, das als vernünftig und plausibel gilt, fähig ist zu bestimmten Handlungen zu nötigen oder zumindest Anreize für spezifisches Verhalten herzustellen. Gleichzeitig finden die Prozeduren der Wissensproduktion innerhalb bestimmter Regelwerke und Machtverhältnisse statt (Foucault 1992, zit. nach Jäger 2012: 39). In einem ähnlichen wechselseitigen Verhältnis stehen auch Macht und Diskurs: Diskurs ist sowohl Effekt als auch Instrument von Macht. Macht produziert Diskurse. Letzter sind also das Ergebnis von Herrschafts- und Machtverhältnissen. Umgekehrt produzieren Diskurse Machtkonstellationen.

Der Diskurs ist daher „auch nicht bloß das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzen: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht derer man sich zu bemächtigen sucht“ (Foucault 2021: 11). Daher ist die Produktion des Diskurses in jeder Gesellschaft „zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert“ (ebd.: 11). Foucaults Machtanalytik berücksichtigend geht diese Produktion von Diskursen jedoch nicht von dem einen Ort der Macht in der Gesellschaft aus, sondern vollzieht sich im „Feld vielfältiger und beweglicher Machtbeziehungen“ (Foucault 2020: 98).

Dementsprechend distanziert sich Foucault von der Idee einer strengen Dichotomie zwischen herrschenden und beherrschten/ausgeschlossenen Diskurs. Denn Diskurse fordern auch gesellschaftliche Machtkonstellationen heraus, Gegendiskurse gegen dominante Diskurse können artikuliert werden und Ansatzpunkte für widerständige Strategien, Deutungen und Verhaltensweisen bilden (Foucault 1977, zit. n. Jäger 2012: 43f).

Zu Beginn seiner Auseinandersetzung mit Macht und Diskurs betont Foucault noch die ausschließenden Mechanismen des Diskurses: Im Text *Die Ordnung des Diskurses* von 1970 arbeitet Foucault mehrere Ausschließungssysteme und Begrenzungen des Diskurses heraus, wie: das Verbot, die Entgegensetzung von Wahnsinn und Vernunft und besonders den Willen zur Wahrheit, der über den Gegensatz von Wahr und Falsch den Diskurs beschränkt (Foucault 2021: 11-17). Später wird Foucault seinen in *Die Ordnung des Diskurses* gewählten Fokus auf die Verknappungen des Diskurses kritisch betrachten, da damit Macht in ihrer traditionellen negativen, also beschränkenden, Auffassung gedacht wurde (Foucault 1977: 126f). Stattdessen gerät stärker der produktive Charakter von Macht und Diskurs in den Blick: die Produktion von Wissen und sozialer Wirklichkeit, die Ermöglichung von (bestimmten) Verhaltensweisen, Technologien und Subjektivitäten.

Mit der hier diskutierten Verschränkung von Diskurs und Macht grenzt sich die KDA klar von Diskurstheorien, wie der von Jürgen Habermas ab, der Diskurs als einen *herrschaftsfreien* Raum des Austauschs von Argumenten und der ungezwungenen Konsensfindung begreift. Demgegenüber bedeutet für die KDA die Untersuchung von Diskursen immer eine Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Herrschafts- und Machtverhältnisse. Ihr Ziel ist die Herausarbeitung der diskursiven Sagbarkeitsfelder in einem gesellschaftlichen Bereich. Dafür wird einerseits das sozial-gültige Wissen in den Blick genommen und andererseits gefragt, welche Logiken und Handlungen dadurch ausgeschlossen oder zumindest – als unvernünftig/abnormal – entwertet werden und mit welchen Mitteln, das vollzogen wird. Dem kritischen Anspruch der KDA folgend geht es S. Jäger einerseits um eine Politisierung des Selbstverständlichen, dessen Kontingenz und Veränderungsbedarf ausgemacht wird, andererseits um die Frage nach Orientierungen für neue politische Wege (Jäger 2008: 5f).

Die Darstellung des Diskursverständnisses macht nachvollziehbar, worauf das in dieser gestellte Forschungsinteresse abzielt, wenn die Diskurse zu Klimaschutzpolitik untersucht werden sollen:

Diskurse vermitteln nicht nur bestimmte Deutungen der Wirklichkeit rund um Klimaschutz, Politik, Natur, Wirtschaft und Gesellschaft. Die Deutungen beeinflussen auch maßgeblich, welche politischen Handlungen, Maßnahmen und Lösungsansätze denkbar und sagbar sind, gefordert und umgesetzt werden. Um der Frage dieser Arbeit nach der Hegemonie des ökomodernen Diskurses nachzugehen, steht im Mittelpunkt des folgenden Kapitels der Begriff von Hegemonie.

3.3 Hegemonie nach Gramsci

Welche Art von Herrschaft ist gemeint, wenn von der *Hegemonie* des ökomodernen Diskurses die Rede ist? Hegemonie – und damit zusammenhängend Zivilgesellschaft und Staat – wird in dieser Arbeit im Anschluss an den italienischen Philosophen und Politiker Gramsci verstanden. Seine Überlegungen werden im Folgenden dargelegt.

In seiner Beschäftigung mit dem Scheitern der Revolutionen in Westeuropa im 20. Jahrhundert entwickelte Gramsci eine Idee des integralen Staates. Dessen vorrangiges Merkmal stellt im Gegensatz zur liberalen Theorietradition nicht Zwang und Gewalt dar (Demirovic 2007: 25). Neben der Ausübung von Herrschaft über Gewalt betont Gramsci die staatliche Herrschaftsform der Hegemonie. Über diesen Begriff rückt er die Notwendigkeit moderner Staaten in den Fokus ihre Herrschaft über Konsens und Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung abzusichern. Diese Hegemonie wird auf dem Feld der Zivilgesellschaft praktiziert. Nicht allein im institutionellen politischen Setting, sondern vor allem in der Zivilgesellschaft ringen vielfältige Akteur*innen mit ihren Deutungen, Problemwahrnehmungen und Forderungen miteinander um eine führende Vergesellschaftungsweise (Bedall 2016: 2). Die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen streben danach ihre Deutungen und Handlungsperspektiven gegen andere durchzusetzen und zu verallgemeinern (Demirovic 2007: 28). Ergebnis dieser Auseinandersetzungen um das Soziale ist ein hegemonialer Konsens. Dieser sichert einen bestimmten Herrschaftszusammenhang ab: die führende(n) soziale(n) Gruppe(n) verallgemeinern über ein politisches Projekt ihre Partikularinteressen. Die Zustimmung und Unterstützung anderer gesellschaftlicher Kräfte gegenüber ihrem Projekt erlangen sie u.a. über Kompromissbildungen und dem Einräumen von Zugeständnissen (ebd.: 24f). Der hegemoniale Konsens beruht also grundlegend auf der Einbindung subalternen Gruppen (vgl. Adolphs/Karakayali 2007: 123).

Im Anschluss an Gramsci darf Zivilgesellschaft nicht als dem Staat äußerlich verstanden werden, wie es intermediäre Verhältnisse zu tun pflegen, in denen die Zivilgesellschaft als Vermittlerin zwischen Individuen und staatlichen Entscheidungsträger*innen begriffen wird (Bedall 2016: 27). Gramscis berühmter Formel folgend gilt es die Zivilgesellschaft zur Sphäre staatlicher Herrschaft zu zählen: „in dem Sinne könnte man sagen: „Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie gepanzert mit Zwang“ (Gramsci 1992: 783). Gramsci macht also eine methodische Unterscheidung zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft. Beide zusammen bilden den integralen Staat.

Unter politischer Gesellschaft versteht er den Staat im engeren Sinne, dessen Verantwortung die Entscheidungsschließung und Durchsetzung ist, letztere notfalls mit Gewalt. Parteien und Verbände gehören zur politischen Gesellschaft. Zivilgesellschaft stellt demgegenüber ein breites Feld dar und umfasst das, was aus herkömmlicher und liberaler Perspektive dem privaten Bereich zuzuordnen ist: Kirchen, Wissenschaften, Bildungssystem, Gewerkschaften, Alltagspraktiken, kulturelles Leben von Literatur über Theater und Musik, (Massen-)Medien (Demirovic 2007: 25).

In diesem weiten Feld der Zivilgesellschaft wird Hegemonie hergestellt, praktiziert und reproduziert. Gleichzeitig stellt die Zivilgesellschaft als Terrain konkurrierender Forderungen und Deutungen auch den Ort der Anfechtung von Hegemonie dar. In ihr kann Kritik artikuliert und gegen-hegemoniale Projekte formiert werden, die grundlegend andere Vorstellungen über das Zusammenleben zu verallgemeinern suchen (Bedall 2016: 3).

Vor diesem hegemonietheoretischen Hintergrund muss die Forschungsfrage nach den Differenzen und Überschneidungen der Diskurse in der österreichischen Klimapolitik betrachtet werden. Während die regierenden Entscheidungsträger*innen der politischen Gesellschaft zugerechnet werden können, sind soziale Bewegungen in der Zivilgesellschaft zu verordnen. Gefragt wird, ob der Diskurs auf letzterer Ebene den hegemonialen Konsens reproduziert oder eine kritische Alternative dazu aufmacht und die Hegemonie des ökomodernen Diskurses herausfordert. Was gilt es sich nun unter der Hegemonie eines Diskurses vorzustellen? Das nächste Kapitel widmet sich dieser Frage.

3.4 Foucault und Gramsci – der hegemoniale Diskurs

In diesem Kapitel definiere ich den Begriff hegemonialer Diskurs. Dafür argumentiere ich in einem ersten Schritt für die Vereinbarkeit von Foucaults Diskurs- und Gramscis Hegemoniebegriff. Im zweiten Schritt erläutere ich den Begriff hegemonialer Diskurs.

Diese Arbeit ist nicht die erste, die sowohl auf Foucaults Diskurstheorie als auch Gramscis Hegemonietheorie zurückgreift (Blüml 2023). Die zwei Denker und ihre Konzepte sind aus mehreren Gründen miteinander kompatibel. Beide interpretieren Herrschaft und Macht nicht primär als repressiv: während Gramsci mehr den Aspekt des Konsenses herausstreicht, betont Foucault den produktiven Charakter von Macht, der die Akzeptanz von Macht ermöglicht (Jäger 2012: 44 nach Foucault 1978). Macht rückt auch bei Gramsci in die Nähe des Foucaultschen Begriffs der Regierung und damit der Verhaltensleitung: „Die Zivilgesellschaft erzieht die Individuen dazu, sich in einer dem Staat gemäßen Weise selbst zu regieren“ (Buckel/Fischer-Lescano 2007: 12).

Außerdem denken beide Macht nicht einer Gruppe oder einem Zentrum zugehörig, sondern als ständig umkämpft. „Alle Menschen stricken zwar am Diskurs mit, aber kein einzelner und keine einzelne Gruppe bestimmt den Diskurs oder hat genau das gewollt, was letztlich dabei herauskommt“ (Jäger/Jäger 2007:

24). Die gesellschaftliche Produktion des Diskurses, die, wie mittlerweile klar ist, nach Foucault mit Macht verbunden ist, ist mit Gramscis Kampf um Hegemonie in der Zivilgesellschaft vergleichbar. Damit ist auch in den Theorien beider Intellektuellen Widerstand als Teil von Macht verhandelbar (Blüml 2023: 21f).

Auch wenn sich Foucault der Ausformulierung einer expliziten Staatstheorie verwehrt hat, kann die Ähnlichkeit der beiden Zugänge zum Staat ausgemacht werden. Dieser wird nicht als feststehende Entität begriffen, sondern vielmehr als eine konkrete historische Beziehung bzw. Machtkonstellation.

Denkt man nun die hegemonietheoretischen Ausführungen mit den diskurtheoretischen zusammen wird verständlich, worauf der Begriff hegemonialer Diskurs abzielt: kollektiv anerkannte Deutungs- und Wissensformen, die einen Handlungskorridor erschaffen. In einer Gesellschaft, wo zwar stets mehrere Diskurse geführt werden, stellt der hegemoniale nicht nur den einflussreichsten – im Sinne der Verbreitung – dar, über den das Soziale und damit verbundene Phänomene und Probleme gedeutet und wahrgenommen werden, sondern er gilt, mehr oder weniger *allgemein*, als vernünftig und wahr, generiert „geradezu unumstößliche geradezu metaphysische Wahrheit[en]“ (Jäger 2012: 49). Andere Diskurse und ihre Wahrheiten erscheinen ihm gegenüber nicht nur als irrational, sondern als Verweigerung der Wirklichkeit (Brown 2021: 77). Oder wie Krüger es formuliert: „Schließlich beruht Hegemonie immer auf der Undenkbarmachung von Alternativen“ (Krüger 2015: 124). Den Diskursträger*innen des hegemonialen Diskurses ist es gelungen, ihre Deutungen durchzusetzen. Gleichzeitig werden auch Forderungen und damit verbundenes Wissen subalternen Gruppen in den hegemonialen Diskurs integriert, um einen gesellschaftlichen Konsens aufrechtzuerhalten. Zudem übernimmt der hegemoniale Diskurs die Funktion die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzusichern und zu legitimieren (Jäger 2012: 49).

Nach dieser theoretischen Einordnung des hegemonialen Diskurses widmet sich das folgende Kapitel dem Diskurs der ökologischen Modernisierung, der in dieser Arbeit im Zentrum der Frage nach Hegemonie im österreichischen Kontext steht.

3.5 Ökologische Modernisierung

In den 1980er Jahren stellten die Sozialwissenschaftler Martin Jänicke und Huber als einige der ersten grundlegende Überlegungen zum Konzept der ökologischen Modernisierung an (Jänicke 1984, Jänicke 1988, Huber 1986, Hajer 1995: 25). Der Begriff ökologische Modernisierung wird unterschiedlich verwendet, als analytisches Konzept, politisches Programm, Hegemonieprojekt oder Diskurs. Diese Arbeit versteht ökologische Modernisierung zuallererst als einen Diskurs, der hegemonial geworden ist. Foucault und der KDA folgend beeinflussen Diskurse maßgeblich (politisches) Handeln, womit ökomoderne Ideen und Annahmen auch als Programm verständlich werden. Eine einheitliche und

eindeutige Verwendung des Terminus – sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in Politik und Gesellschaft – lässt sich nicht feststellen. Dennoch ist ökologische Modernisierung alles andere als ein leerer, austauschbarer Begriff. Im Folgenden werden nach einem kurzen Überblick über die historische Etablierung des ökomodernen Diskurses seine zentralen Annahmen, Zielsetzungen und Forderungen vorgestellt. Im Anschluss daran zeige ich, dass der ökomoderne Diskurs als neoliberal einzuordnen ist.

3.5.1 Geschichte des ökomodernen Diskurses

Bereits in den 1960ern standen ökologische Themen auf der politischen Agenda (Toke 2001: 280). End-of-Pipe Lösungen – also nachgeschalteter Umweltschutz mittels Filter oder ähnlichem – wurden als adäquate Bearbeitungen ökologischer Probleme wie Umweltverschmutzung betrachtet. Die Diagnose einer ökologischen Krise – festgemacht an Phänomenen wie dem Ozonloch, dem menschenverursachten Klimawandel und dem Verlust biologischer Vielfalt – stellte in den 1970ern diesen Lösungsansatz in Frage und führte zu einer generellen Problematisierung des Verhältnisses zwischen Mensch und Natur. (Krüger 2015: 76). Im Kontext der Kontroverse um die Nutzung von Atomenergie radikalisierte sich ein Teil der Umweltbewegung, indem die politische Tätigkeit von der Lobbyarbeit auf Aktionen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit, wie Demonstrationen verlagert wurde (Bemann et al. 2014: 15, Krüger 2015: 77). Von dieser radikaleren Seite der Umweltbewegungen ausgehend verbreitete sich die Deutung, wonach Umweltprobleme Symptome einer Krise des modernen, kapitalistischen Entwicklungsmodells sind, und führte zu Forderungen nach einem grundlegenden Wandel der gesellschaftlichen Strukturen (Krüger 2015: 77). Der Bericht des Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums* kann einerseits als Teil dieser Krisendiagnose gewertet werden, da er den globalen Ruin bei anhaltendem Wirtschaftswachstum prognostizierte (Toke 2001: 280). Andererseits legte der 1972 erschienene Bericht bereits einen technokratischen Lösungsansatz nahe, wonach Technologien und richtiges hierarchisches Management den Schlüssel zur Bewältigung der Krise darstellen – beides Elemente des sich etablierenden ökomodernen Diskurses (Hajer 1995: 88, Krüger 2015: 79). Wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Fortschritt, sowie eine Steigerung politischer Zusammenarbeit wurden immer stärker als Lösungen des Problems gefasst (Krüger 2015: 79). Bis in die Mitte der 1980er war die Vorstellung, dass Wirtschaftswachstum Teil der Lösung der ökologischen Krise sein könne, nicht konsensfähig. Anders verhielt es sich bereits Anfang der 1990er. (Huber 1993, zit. nach Krüger 2015: 81). Diesen Wandel führt Krüger sowohl auf wissenschaftliche Publikationen als auch die Aktivitäten (internationaler) politischer Institutionen zurück (Krüger 2015: 81f). Zentrale Ereignisse in der Genese und Hegemonialisierung des ökomodernen Diskurses stellen für Krüger der 1987 erschienene Brundtland Bericht „Our Common Future“ (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987), die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro und die 2012 stattfindende Rio+20 Konferenz über nachhaltige Entwicklung dar: bereits 1987 stand die Idee der Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz im Zentrum des ökomodernen

Diskurses und entwickelte sich bis 2012 unter dem Begriff der Green Economy zu einer stark ökonomischen Perspektive auf Natur (ebd.: 83-86).

3.5.2 Charakterisierung des Diskurses der ökologischen Modernisierung

Auf der Grundlage einer historischen Analyse zentraler Dokumente des ökomodernen Diskurses identifizierte Krüger drei Grundannahmen und drei zentrale Hegemoniestrategien, welche das ökomoderne Projekt ausmachen (Krüger 2015). Vor allem anhand dieser soll der ökomoderne Diskurs im Folgenden vorgestellt werden. Da Krügers Darstellung meiner Recherche nach nicht alle zentralen diskursiven Aussagen des ökomodernen Diskurses ausreichend erfasst, ergänze ich diese mit Zitaten von Maarten Hajer, der als einer der ersten den ökomodernen Diskurs untersucht hat, und Huber, der als Mitbegründer des ökomodernen Ansatzes gilt (Hajer 1995, Huber 2011).

Die erste ökomoderne Grundannahme lautet nach Krüger wie folgt: im ökomodernen Diskurs werden ökologische Probleme, wie der Klimawandel, nicht als Symptome einer Gesellschafts- bzw. Modernitätskrise gewertet, wie es im internationalen Umweltdiskurs der 1970er geschah, sondern losgelöst von gesellschaftlichen (Macht-)Strukturen betrachtet. Dementsprechend wird auch eine isolierte Bearbeitung der ökologischen Probleme nahegelegt, die ein technokratisches Agieren der Politik erfordert (Krüger 2015: 98).

Daran anschließend wird zweitens ein Politikstil im Sinne des Inkrementalismus als adäquat und ausreichend bewertet. Dem ökomodernen Diskurs liegt die Annahme zugrunde, dass kleine, reformerische Schritte (anstelle revolutionärer und die Strukturen verändernde) innerhalb des gegebenen institutionellen Rahmens eine Lösung der Natur- und Umweltprobleme herbeiführen können (ebd.). Es wird davon ausgegangen „that existing political, economic, and social institutions can internalize the care for the environment“ (Hajer 1995: 25).

Die dritte Grundannahme beschreibt Krüger als „das Primat der Betriebsökonomie“ (Krüger 2015: 98). Nach Hajer spricht der ökomoderne Diskurs die Sprache der Unternehmen (Hajer 1995: 31). Ökologische Probleme werden über die sie verursachenden Kosten und Nutzen versteh- und berechenbar (ebd.: 26). Demnach werden Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Probleme allen voran hinsichtlich ihrer Kosteneffizienz zur Erreichung eines ökologischen Ziels bewertet. Die Legitimität von Maßnahmen erschließt sich darüber, ob sie helfen „betriebswirtschaftliche Kosten zu vermeiden oder als Wachstumsmotor dienen“ (Krüger 2015: 98). Maßnahmen, die sich primär an anderen Bewertungskriterien – wie beispielsweise sozialer Gerechtigkeit – orientieren, gelten demgegenüber als unrealistisch und nicht-umsetzbar. (ebd.).

Neben diesen drei Grundannahmen – Klimakrise ≠ Modernitätskrise, Inkrementalismus, Vorrang der Betriebsökonomie – hat Krüger in seiner Untersuchung auch drei zentrale Hegemoniestrategien des

ökomodernen Projekts ausgemacht. Über Hegemoniestrategien generiert das Projekt Zustimmung für sich, indem es selektiv und strategisch alternative/subalterne Forderungen in die eigenen Positionen integriert.

Die erste Strategie betrifft die Vorstellung vom Verhältnis Mensch und Natur. Die Idee absoluter Naturbeherrschung durch den Menschen und ein daraus folgender beständiger Beitrag zum Fortschritt ist seit den 1970er Jahren nicht länger konsensfähig. Daher integrierte das ökomoderne Projekt eine Kritik an der totalen Kontrolle von Natur, gibt aber gleichzeitig die Naturbeherrschung als dominanten Modus nicht auf (ebd.: 100). Aneignung von Natur geschieht weiterhin im Sinne der Funktionslogiken der Gesellschaft, die gegenwärtig vom neoliberalen Prinzip der Wettbewerbsfähigkeit dominiert sind (Görke 2003 zit. n. Krüger 2015: 100). Gleichzeitig wird die Existenz nicht-intendierter Nebenfolgen von menschlicher Naturaneignung anerkannt und ein berechnendes Management als Lösung für die unvorhersehbaren Nebeneffekte vorgeschlagen. Dieses Management äußert sich in einer bewussten Inkaufnahme von Risiken (Zunahme von Treibhausgasemissionen, Atomunfälle etc.), um die Natur weiterhin für die sozialen Funktionslogiken nutzbar zu machen: allen voran Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Damit stellt der ökomoderne Diskurs die (vermeintlichen) ökonomischen Sachzwängen nicht in Frage, sondern reproduziert sie: Die Inkaufnahme der möglichen unerwünschten Nebenfolgen von Naturbeherrschung wird vor dem Hintergrund einer globalen wirtschaftlichen Konkurrenz als alternativlos dargestellt (Krüger 2015: 100). Aufgrund des zentralen Stellenwerts des Fortschrittsglaubens im ökomodernen Diskurs wird zudem die Annahme vertreten, dass eine zunehmend bessere und rationalere Kontrolle von Natur möglich ist und angestrebt werden soll (ebd.: 101).

Die zweite Hegemoniestrategie des ökomodernen Projekts, die Krüger identifiziert, hängt mit ebenjenem Fortschrittsglauben zusammen und bezieht sich auf die Forderung nach „Fortschritt durch wissenschaftlich-technische Rationalität“ (ebd.: 104). An diesem Glauben kann festgehalten werden, indem die negativen sozialen und politischen Auswirkungen einer zunehmenden technischen und wissenschaftlichen Rationalität beständig negiert und de-thematisiert werden. Wir haben bereits gehört, dass ökologische Probleme, der ersten Grundannahme des ökomodernen Projekts folgend, als isoliert von gesellschaftlichen Strukturen verstanden werden, und daher nicht soziale Naturverhältnisse zum Gegenstand der politischen Bearbeitung werden. Stattdessen geraten die Symptome der ökologischen Krise in den Blick, welche, so die Annahme, über technologische Innovationen bearbeitet werden können. In diesem Kontext wird auch die „ökomoderne Doppelstrategie der gleichzeitigen Verfolgung ökologischer und ökonomischer Ziele“ (ebd.: 105) sichtbar. Technologische Innovationen nehmen im ökomodernen Diskurs daher eine Schlüsselrolle ein und werden als die Lösung des Problems betrachtet. Dem zugrunde liegt ebenjener Glaube an die Entwicklung und Erfindung der fortschrittlichen Innovationen durch die Anwendung wissenschaftlich-technischer Rationalität (ebd.: 106). Jänicke, Vertreter und Mitbegründer des ökomodernen Ansatzes, geht in diesem Zusammenhang sogar so weit

zu sagen, dass der ökologische Innovationsprozess derart leistungsfähig sein muss, dass eine Entkoppelung von Umweltbelastung, Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum möglich wird (Jänicke 2012: 18).

Die dritte ökomoderne Hegemoniestrategie nimmt sich dem in den 1970ern für viele plausibel gewordenen Widerspruch von Wirtschaftswachstum und Ökologie an. Dieser Vorstellung liegt das Argument zugrunde, wonach Wachstum an Treibhausgasemissionen und Ressourcenverbrauch gebunden ist. Der ökomoderne Diskurs integriert diese Kritik über den Begriff des nachhaltigen Wachstums. Der Widerspruch zwischen Naturschutz und Wachstum wird nicht nur aufgelöst, indem die beiden als vereinbar dargestellt werden, mehr noch, macht der ökomoderne Diskurs aus einem Widerspruch eine wechselseitige Bedingtheit: Umweltschutz dient als Wachstumsmotor und wirtschaftliches Wachstum ermöglicht die Bearbeitung ökologischer Probleme. Die Natur wird insofern zu einem schützenswerten Gut, als die Kosten, welche ihre Zerstörung erzeugen, dem Wirtschaftswachstum schaden (Krüger 2015: 107). Nach Hajer liegt dem ökomodernen Diskurs eine utilitaristische Logik zugrunde, wonach sich ökologischer Schutz – wortwörtlich - auszahlt (Hajer 1995: 26). Infolgedessen wurden anstelle wachstumshemmender Maßnahmen zur Bearbeitung ökologischer Probleme marktförmige Lösungen konsensfähig (Krüger 2015: 108). Prominentes Beispiel ist der Handel mit Emissionszertifikaten, der auf der Idee beruht, ökologische Schäden als ökonomische Kosten aufzurechnen (ebd.: 109f).

Die Entgegensetzung von Wachstum und Umweltschutz in ein wechselseitiges Bedingungsverhältnis wandelnd wird im ökomodernen Diskurs Umwelt- bzw. Naturschutz als Win-Win-Situation für alle gesellschaftlichen Beteiligten verständlich gemacht. Besonders für Hajer aber auch für Brand und Wissen stellt diese positive Darstellung ein zentrales Element des ökomodernen Diskurses dar (Hajer 1995: 26, Brand/Wissen 2014: 139).

Scheinbar anders als Krüger beschreibt Huber den ökomodernen Ansatz sehr wohl als ein Projekt, das die bestehenden Strukturen verändern möchte, aber – und hier finden Krüger und Huber in ihrer Darstellung wieder zusammen – nicht im Sinne einer radikalen, modernitäts- oder kapitalismuskritischen Weise. Im Folgenden stelle ich Hubers Überlegungen diesbezüglich vor, da seine Ausführungen noch deutlicher als Krügers die neoliberalen Dimensionen des ökomodernen Ansatzes sichtbar machen, welche ich im nächsten Kapitel diskutieren werde.

Huber, der selbst als Theoretiker und Mitbegründer des ökomodernen Ansatzes zu betrachten ist (Krüger 2015: 112), zieht dafür die Theorie des industriellen Metabolismus von Robert U. Ayres heran, die er im Anschluss an die soziologischen Modernisierungstheorien fruchtbar macht. Diese liegen wiederum dem ökomodernen Ansatz zugrunde. Dem soziologischen Ansatz folgend ist Modernisierung ein Entwicklungsprozess des gesamten Gesellschaftskörpers: wissenschaftliche, technische, industrielle Faktoren wirken wechselseitig mit den kulturellen, politischen, sozialen, wertebasierten zusammen

(Huber 2011: 283). Jedoch nur die Prozesse der Arbeit, Produktion und Konsumtion, so die Überlegung, bestimmen das Verhältnis zwischen Mensch und Natur und sind für die gesellschaftliche Reproduktion im Sinne eines gesellschaftlichen Metabolismus zuständig (ebd.). Ansatzpunkt, um ökologische Problematiken zu lösen, stellt damit der industrielle Metabolismus dar: ein veränderter Zugriff auf die Natur – „neue Produktionsweisen, Infrastrukturen, Produkte und Praktiken“ (ebd.: 284) – soll die nachhaltige parallele Entwicklung von Natur und Menschheit bewerkstelligen.

An diesem Punkt kommen technologischen Innovationen ins Spiel, die auch für Huber eine Schlüsselfigur im ökomodernen Ansatz einnehmen. Nicht allein die Steigerung der Effizienz bestehender Technologien, sondern die Entwicklung von Ökoinnovationen braucht es, um eine „qualitative Restrukturierung der Ressourcen-, Energie- und Senkennutzung“ (ebd.: 287) zu erzielen und damit einen industriellen Metabolismus, der ökologisch besser angepasst ist (ebd.).

Zur Erreichung des ökomodernen Ziels, Leitmärkte für ökologische Innovationen zu schaffen, bedarf es eines Settings, in dem Unternehmen, die im Wettbewerb miteinander stehen, mit einer staatlichen Politikagenda zusammenwirken (ebd.: 294). An der Hervorbringung der Ökoinnovationen wirken also verschiedene gesellschaftliche Bereiche mit. Der staatlichen Politik kommt dabei die Rolle zu über strikte Umweltstandards ein Anreizsystem für die Entwicklung von ökologischen Innovationen zu schaffen. Umweltstandards wirken, da sie „Performancestandards“ (ebd.: 292) darstellen, so Huber. Sowohl Nationalstaaten als auch Unternehmen und ganze Branchen möchten, mit Blick auf ihre „Umweltperformance“ (ebd.), die Standards erfüllen. Auf der Grundlage dieses gesetzgeberischen Rahmens sind es Unternehmen, ob Start-ups oder Großunternehmen, die Umweltinnovationen realisieren. „Die Regierung kann förderliche Bedingungen herstellen, aber es sind die Unternehmen, die darüber entscheiden, ob, wie und wann Ökoinnovationen entwickelt werden“ (ebd.: 294).

Wettbewerb, Unternehmen und staatliche Vorgaben nehmen also eine zentrale Rolle im ökomodernen Diskurs ein, wie Hubers Ausführungen zeigen. Inwiefern die ökomodernen Vorstellungen vom Verhältnis Staat und Markt der neoliberalen Gouvernamentalität entsprechen, wird im folgenden Kapitel diskutiert.

3.5.3 Neoliberale Dimensionen des Diskurses der ökologischen Modernisierung

Nach der Darstellung der zentralen Deutungen, Annahmen und Strategien des ökomodernen Diskurses kann nun nach seinem neoliberalen Charakter gefragt werden. Mehrere Wissenschaftler*innen (siehe Forschungsstand) haben bereits einen Zusammenhang zwischen dem Neoliberalismus und dem ökomodernen Diskurs hergestellt. Krüger diskutiert in einem kurzen Unterkapitel seiner Dissertation die Neoliberalisierung des ökomodernen Projekts. Dabei bezieht er sich auf Hubers Unterscheidung zwischen einem staatsdirigistischen und marktwirtschaftlichen Weg des ökomodernen Projekts (Huber 1993 zit. nach Krüger 2015: 92). Seit den 1990ern hat sich der marktförmige Ansatz insbesondere in der

internationalen Klimapolitik durchgesetzt und der ökomoderne Diskurs wird in einer neoliberalen Variante geführt (ebd.: 92). Dennoch geht Krüger davon aus, dass „sich die ökomodernen Deutungs- und Handlungsmuster durchaus in unterschiedlichen Ausformungen jenseits des Neoliberalismus manifestieren [können]“ (Krüger 2015: 93). Ist das der Fall? Oder ist der Neoliberalismus aus dem ökomodernen Diskurs nicht wegzudenken? Im Folgenden argumentiere ich dafür, dass der Neoliberalismus dem ökomodernen Diskurs inhärent ist. Dafür ziehe ich Zitate aus dem Brundtland Bericht von 1987 und dem Bericht *Towards a Green Economy* von 2011 heran, die als bedeutende Dokumente des ökomodernen Diskurses zu betrachten sind (Krüger 2015: 83-87), und diskutiere den ökomodernen Diskurs anhand von sechs zentralen Elementen der neoliberalen Gouvernamentalität, wie sie Foucault konzeptualisiert hat:

1. Verallgemeinerung der Unternehmensform: ökonomische Perspektive auf Nicht-ökonomisches
2. Verallgemeinerung der Unternehmensform: ökonomische Bewertung politischen Handelns
3. Neoliberale Wettbewerbspolitik, die den Staat über die Performance der Wirtschaft legitimiert
4. Verallgemeinerung der Unternehmensform: Produktion neoliberaler Subjektivitäten
5. Neoliberale Sozialpolitik
6. Verallgemeinerung des Marktes als Regulationsmechanismus

Zu Beginn der Diskussion schicke ich voraus: Keine der ökomodernen Annahmen steht im Widerstreit zur neoliberalen Gouvernamentalität. Der ökomoderne Diskurs de-thematisiert die Kapitalismus- und Wachstumskritik, wie wir sie aus den 1970ern kennen. Die gegebenen gesellschaftlichen Strukturen (der Industrie, des Wettbewerbs etc.) werden reproduziert, weil sie als adäquat zur Bearbeitung ökologischer Problematiken bewertet werden. Auch der Fortschrittsglaube und die damit verbundene Anwendung technisch-wissenschaftlicher Rationalität sind mit dem Neoliberalismus kompatibel. Nun folgt die Auseinandersetzung des ökomodernen Diskurses anhand der Elemente der neoliberalen Gouvernamentalität.

Krügers dritte Grundannahme zum Vorrang der Betriebswirtschaft, kann klar als neoliberal eingestuft werden. Beide Konsequenzen, die Foucault als Folge der Verallgemeinerung der Unternehmensform bestimmt, finden hier im ökomodernen Diskurs Anwendung: Erstens wird ein nicht-ökonomischer Bereich – die Ökologie – primär aus einer ökonomischen Perspektive betrachtet. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ökologischer Problematiken bestimmt die Betrachtung von und den Umgang mit Natur (Hajer 1995: 26). Folgendes Zitat aus dem Brundtland Bericht stellt das anschaulich dar:

“The process of economic development must be more soundly based upon the realities of the stock of capital that sustains it. This is rarely done [...]. For example, income from forestry operations is conventionally measured in terms of the value of timber and other products extracted, minus the costs of extraction. The costs of regenerating the forest are not taken into account, unless money is actually spent on such work. Thus figuring profits from logging rarely

takes full account of the losses in future revenue incurred through degradation of the forest. Similar incomplete accounting occurs in the exploitation of other natural resources, especially in the case of resources that are not capitalized in enterprise or national accounts: air, water, and soil.” (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 84)

Schäden an der Natur – „degradation of the forest“ (ebd.) – werden als ökonomische Einbußen verstanden. Um die Grundlage der Wirtschaft – „the stock of capital that sustains it“ (ebd.) – sicherzustellen, müssen ökologische Schäden als ökonomische Kosten bilanziert werden. Im ökomodernen Diskurs dominiert eine „radikal ökonomische Sicht“ (Krüger 2015: 86) auf Natur, wie sie die neoliberale Verallgemeinerung der Unternehmensform zur Folge hat.

Das Primat der Betriebsökonomie, das Krüger konstatiert, zeigt zweitens, dass der ökomodere Diskurs wie es scheint das ökonomische Tribunal der neoliberalen Gouvernamentalität, vor dem sich Regierungshandeln zu verantworten hat, bereits internalisiert hat, wenn die entscheidenden Kriterien zur Bewertung politischer Maßnahmen betriebswirtschaftliche sind. Ein Zitat aus dem Bericht *Towards a Green Economy* veranschaulicht das beispielhaft.

“While market based instruments have a well-deserved reputation for efficiency, in some situations command and control measures may offer the lowest-cost solution. For example, there may be no market instrument that can efficiently ensure the elimination of bottom-trawling in fisheries, and the cost-effectiveness of regulation may be preferable where there are opportunities to regulate an industry upstream – such as oil extraction and refining – that can have knock-on effects throughout the supply chain.” (UNEP 2011: 36)

Nicht nur im Bericht *Towards a Green Economy*, sondern auch beispielsweise im Brundtland Bericht wird die Kosteneffizienz zu einem bedeutenden Bewertungskriterium von Maßnahmen (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 208, 263).

Mit der Bewertung politischer Maßnahmen hinsichtlich ihrer Kosteneffizienz oder ihres Beitrags zum Wirtschaftswachstum hängt auch die neoliberale Gründung des Staates zusammen, der sich über die Performance der Wirtschaft legitimiert: „Die Wirtschaft erzeugt Legitimität für den Staat, der ihr Garant ist“ (Foucault 2018: 124). Ganz in dem Sinne werden staatliche Reaktionen auf die ökologische Krise im ökomodernen Diskurs „auf das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet und als Wachstumsmotor begriffen“ (Krüger 2015: 100). Die ökomoderne Annahme von der Notwendigkeit der „Erzielung eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens“ (Jänicke 1988 zit. n. Krüger 2015: 100) entspricht den Anforderungen, vor denen ein neoliberaler Wettbewerbsstaat, der sich über wirtschaftliche Performance legitimiert, steht. Damit wären wir bei der ökomodernen Vorstellung der Interdependenz von Wirtschaftswachstum und Umweltschutz. Der Staat bleibt seiner primären Sorge um die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum treu und kann andere Politikbereiche diesem Bestreben unterordnen – oder (scheinbar) sogar damit versöhnen. Das wird beispielsweise im Bericht

Towards a Green Economy deutlich, wo die wachstumspolitischen Vorteile von Klimaschutz hervorgehoben werden:

“A green investment scenario of 2% of global GDP delivers long-term growth over 2011 2050 that is at least as high as an optimistic business as usual case, while avoiding considerable downside risks such as the effects of climate change, greater water scarcity, and the loss of ecosystem services.” (UNEP 2011: 31)

Ein weiteres zentrales Element der neoliberalen Gouvernamentalität ist die Produktion neoliberaler Subjektivitäten. Die Führung von Menschen als neoliberale Subjekte ist Teil des ökomodernen Deutungs- und Lösungsansatzes. Die Technologien, die Huber als Teil des ökomodernen Ansatzes beschreibt, fügen sich genau in die neoliberale Regierungsweise: die geforderten Umweltstandards wirken als „Performancestandards“ (Huber 2011: 292), wie Huber ausführt. Nach Oels gehen mit „Performanztechnologien“ (Oels 2010: 177) neoliberale Subjektivierungsprozesse einher: kalkulierende, die eigene Wettbewerbsposition optimierende Individuen werden geschaffen (ebd.). Nun kann man einwenden, dass es wenig überraschend und spezifisch neoliberal ist, Unternehmen als ökonomisch kalkulierende Akteure im Wettbewerb anzusprechen. Doch nicht nur Unternehmen, sondern auch Nationen werden im ökomodernen Diskurs über Performanztechnologien dazu angehalten, als freie und verantwortungsbewusste Akteure ihre Wettbewerbsposition über ihre Umweltperformance zu steigern: sich als Unternehmen zu begreifen und zu verhalten (ebd.). Diese Verallgemeinerung der Unternehmensform ist konstitutiver Bestandteil der neoliberalen Gouvernamentalität.

Foucault arbeitet in seiner Vorlesungsreihe zur neoliberalen Gouvernamentalität auch eine spezifische Form neoliberaler Sozialpolitik heraus: Die Förderung von Wirtschaftswachstum wird als einzig richtige Sozialpolitik verstanden (Foucault 2018: 205). Die ökomoderne Betrachtung von Green Economy als Win-Win-Konstellation, in der Wirtschaftswachstum nicht nur ökologische Ziele befördere, sondern auch als Mittel zur Armutsbekämpfung dient (Brand/Wissen 2014: 139f), stellt nicht nur keinen Widerspruch zum Neoliberalismus dar, sondern erinnert sogar an ebenjenen neoliberalen Zugang zur Sozialpolitik. Sowohl Diskursträger*innen der ökologischen Modernisierung als auch neoliberale Theoretiker gehen davon aus, dass über Wirtschaftswachstum Verteilungsfragen und -bestrebungen ausbleiben können und sollen (Wolf 2014: 191). Deutlich wird das beispielsweise im Brundtland Bericht von 1987, wo für die Versöhnung von Wachstum und Umweltschutz argumentiert wird: Neben dem Bevölkerungswachstum und der ungleichen staatlichen Entwicklung wird besonders die Armut als bedeutende Ursache ökologischer Zerstörung benannt (Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: 7). Die Bearbeitung der ökologische Problematik muss daher bei der Bekämpfung von Armut ansetzen, so die Schlussfolgerung. Um das wiederum zu bewerkstelligen, braucht es „a new era of economic growth“ (ebd.) – oder anders ausgedrückt: neoliberale Sozialpolitik.

Ein weiterer entscheidender Aspekt neoliberaler Gouvernamentalität betrifft die Verallgemeinerung des Marktes als Regulationsmechanismus. Auch diesbezüglich erscheint der ökomoderne Diskurs

Produkt einer neoliberalen Gouvernamentalität. Denn den Dreh- und Angelpunkt der Versöhnung von Wachstum und Ökologie stellen im ökomodernen Diskurs technologische Innovationen dar. Die Gemeinsamkeiten mit der neoliberalen Gouvernamentalität springen insbesondere bei Hubers Ausführungen dazu ins Auge, wonach der Staat lediglich einen gesetzgeberischen Rahmen vorgibt, innerhalb dessen innovative Unternehmen im Wettbewerb mit anderen ihre ökonomischen Interessen verfolgend Lösungen für die ökologische Krise erarbeiten: Erstens organisiert die neoliberale Regierung eine Wettbewerbsordnung. Zweitens wird im Neoliberalismus über den Markt regiert. Der Markt „als allgemeiner Regulationsmechanismus“ (Foucault 2018: 208) wird als geeignet betrachtet die ökologischen Probleme zu bewältigen. Dem neoliberalen gouvernementalen Ziel, neue Märkte zu schaffen, wird über die Schaffung günstiger gesetzgeberischer Bedingungen zur Etablierung von (Leit-)märkten für Ökoinnovationen, nachgekommen. Das folgende Zitat aus dem Bericht *Towards a Green Economy* veranschaulicht, wie Klimaschutz im ökonomischen Handlungsfeld, vom Markt reguliert, stattfinden soll. Für die Transformation zur Green Economy braucht es:

“For governments, this would include leveling the playing field for greener products by phasing out antiquated subsidies, reforming policies and providing new incentives, strengthening market infrastructure and market-based mechanisms, redirecting public investment, and greening public procurement. For the private sector, this would involve understanding and sizing the true opportunity represented by green economy transitions across a number of key sectors, and responding to policy reforms and price signals through higher levels of financing and investment.” (UNEP 2011: 1)

Im Zusammenhang mit der Verallgemeinerung des Marktes als Regulationsmechanismus stehen also die marktbasierten Lösungen für ökologische Problematiken, wie sie u.a. im Kyoto Protokoll 1997 beschlossen wurden: das prominenteste Beispiel stellen die darin etablierten Emissionsmärkte dar, über die der Ausstoß von Emissionen geregelt werden soll oder besser gesagt, vom Markt geregelt wird. Krüger identifiziert zwar den internationalen Konsens über die Anwendung ebenjener marktförmiger Lösungen als Folge der ökomodernen Feststellung von der Vereinbarkeit von Wachstum und Umweltschutz, dennoch nehmen marktförmige Lösungen dieser Art einen geringen Stellenwert in seiner Darstellung des ökomodernen Diskurses ein.³ Wie gesagt ist ökologische Modernisierung kein gänzlich einheitliches Konzept. Anders als Krüger nennen die Herausgeber des Sammelbands *Ökologische Modernisierung* marktwirtschaftliche Instrumente innerhalb der Umweltpolitik als erstes Merkmal der ökologischen Modernisierung und unterstreichen damit den neoliberalen Charakter des ökomodernen Diskurses, der den Markt als geeigneten Regulationsmechanismus betrachtet (Bemmann et al. 2014: 12). Unabhängig davon, ob man marktförmige Lösungen wie die Emissionsmärkte des Kyoto-Protokolls

³ Abgesehen von technologischen Innovationen, die bei Krüger sehr wohl zentral für den ökomodernen Diskurs sind. Diese verstehe ich unter Berücksichtigung von Hubers Ausführungen auch als marktbasierten Lösungsansatz, insofern Unternehmen, die innerhalb des Marktes agieren, die Aufgabe zur Problembewältigung überantwortet wird.

als Elemente des ökomodernen Diskurses verstehen will oder nicht, steht der neoliberale Charakter des ökomodernen Diskurses wohl außer Frage.

Anders als Krüger behaupte ich also nicht, dass sich der ökomoderne Diskurs jenseits des Neoliberalismus manifestieren kann. Umgekehrt gilt aber, dass sich der Neoliberalismus in Bezug auf Klimakrise und Klimaschutzpolitik außerhalb des ökomodernen Diskurses diskursiv verwirklichen kann. Oels verweist mit Blick auf die neoliberale Gouvernamentalität auf zentrale nationale und regionale Unterschiede in den Klimaschutzdiskursen. Während die EU einen neoliberalen ökomodernen Diskurs führt, hat die US-amerikanische Regierung unter „Georg W. Bush den Klimawandel als Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der USA und als Kostenfaktor für die heimische Wirtschaft dargestellt“ (Oels 2010: 181). Zwar wird auch unter Bushs Regierung im Sinne des Neoliberalismus argumentiert, es fehlen aber mehrere ökomoderne Grundsätze: die Vereinbarkeit von Wachstum und Klimaschutz, die Überzeugung von der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen.

4 Methode

Um die hier gestellte Forschungsfrage zu bearbeiten, setzt diese Arbeit auf zwei Methoden: auf der einen Seite wird eine KDA im Sinne S. und M. Jäger durchgeführt, welche sich für die Ermittlung der *Darstellungsweisen* rund um Klimaschutzpolitik sehr gut eignet. Auf der anderen Seite wird in die Analyseschritte der KDA eine Topos-Analyse vor dem theoretischen Hintergrund der historischen Diskursanalyse integriert, die es ermöglicht zentrale *Argumentationen* auf den zu untersuchenden diskursiven Ebenen herauszuarbeiten. Dadurch wird bewerkstelligt, der Forschungsfrage nach den Übereinstimmungen und Differenzen der ökomodernen *Darstellungsweisen* und *Argumentationen* der Akteur*innen auf den zwei verschiedenen diskursiven Ebenen nachzugehen.

In einem ersten Schritt wird die KDA vorgestellt. Anschließend wird die Topos-Analyse als Untersuchung der Argumentationen eingeführt. Des Weiteren werden die zwei Untersuchungsfelder, regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen, abgesteckt, die Materialauswahl vorgestellt und begründet und die Operationalisierung des ökomodernen Diskurses anhand von vierzehn zentralen Aussagen vorgenommen.

4.1 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried und Margarete Jäger

Im Kapitel zur Theorie wurde bereits mehreres zur KDA gesagt. Das Verständnis von Diskurs, sein Verhältnis zur Wirklichkeit, zum Subjekt und zur Macht wurden vorgestellt: Diskurse produzieren als Träger von sozial-gültigem Wissen Wirklichkeit. Über dieses Wissen leiten sie Handlungen und üben Macht aus. Wie gilt es nun diese Diskurse zu untersuchen? Wie kann man sie fassen, woran festmachen

und wie soll man dabei vorgehen? Im Anschluss an den theoretischen Hintergrund stellen die folgenden Abschnitte die Methode der KDA „zur Analyse sprachlich performierter Diskurse“⁴ (Jäger 2012: 79) vor.

4.1.1 Analysekategorien der KDA

Die KDA geht von einer innigen Verschränkung und Verflechtung der Diskurse aus. Um dieses „diskursive[...] Gewimmel“ (Jäger 2012: 120) systematisch analysierbar zu machen, hat sie mehrere Analysekategorien entwickelt, die helfen die Struktur der Diskurse zu begreifen (Jäger/Zimmermann 2019: 16). Allgemein unterscheidet die KDA zwischen den *Spezialdiskursen* der Wissenschaften und dem *Interdiskurs*. Letzterer umfasst alle nicht-wissenschaftlichen Diskurse. In Diskursen werden verschiedenste Themen behandelt. Unter dem Begriff *Diskursfragment* versteht die KDA Texte, die sich auf ein bestimmtes Thema beziehen. Die Summe aller Diskursfragmente zu einem Thema bildet einen *Diskursstrang*, den man sowohl über eine Momentaufnahme (synchron) als auch über einen längeren Zeitraum (diachron) untersuchen kann, um Sagbarkeitsfelder und deren Veränderungen festzustellen. Die Diskursstränge sind nicht isoliert voneinander. Im Gegenteil enthält ein Text meistens mehrere thematische Bezüge, demnach mehrere Diskursfragmente. Dementsprechend finden *Diskursverschränkungen* statt, heißt, die Diskursstränge können aufeinander einwirken und sich gegenseitig stützen (Jäger 2012: 81). Die in einer gegebenen Gesellschaft – zu einer bestimmten Zeit und einem bestimmten Ort – vorhandenen Diskursstränge machen den *gesamtgemeinschaftlichen Diskurs* aus, der niemals homogen ist, und global betrachtet Teil eines Weltdiskurses ist (ebd.: 86). Diskurse sind historisch gesehen ständig in Veränderung. *Diskursive Ereignisse* werden jene medial breit behandelten Diskursmomente genannt, die einen Diskurs maßgeblich beeinflussen: Diskursverschiebungen, Änderung der diskursiven Richtung und Qualität. Über die Erfassung der Diskursereignisse wird der *diskursive Kontext* ermittelt (ebd.: 82f).

Die Diskursstränge lassen sich auf unterschiedlichen *diskursiven Ebenen* analysieren: „Wissenschaft(en), Politik, Medien, Erziehung, Alltag, Geschäftsleben, Verwaltung etc.“ (ebd.: 83). Diese Ebenen beeinflussen einander, rekurren aufeinander (z.B. mediale Ebene greift Diskursfragmente des Politikerdiskurses auf) und sind stellenweise auch in sich stark verflochten (z.B. Medien übernehmen Inhalte anderer Medien) (ebd.: 84). Weiters relevant ist die analytische Kategorie der Diskursposition, womit der Ort gemeint ist, von dem aus ein Subjekt am Diskurs teilnimmt und diesen Diskurs bewertet. Diskurspositionen sind „Resultat der Verstricktheiten in diverse[n] Diskurse, denen das Individuum ausgesetzt war und die es im Verlauf seines Lebens zu einer bestimmten ideologischen bzw.

⁴ Die KDA umfasst sowohl eine Methode zur Analyse sprachlich performierter Diskurse als auch ein Verfahren zur Untersuchung nicht sprachlich performierter Diskurse. Beide zusammengekommen ermöglichen eine Dispositivanalyse, die aber nicht Gegenstand dieser Arbeit ist. (Jäger 2012: 79).

weltanschaulichen Position [...] verarbeitet hat“ (M. Jäger 1996 zit. nach Jäger/Jäger 2007: 29). Homogene Diskurspositionen sind Effekt und Merkmal für die Hegemonie eines Diskurses. Dementsprechend werden entgegengesetzte oder abweichende Diskurspositionen Gegendiskursen zugerechnet (Jäger 2012: 85). An die Diskurspositionen anschließend arbeitet die KDA auch mit der Kategorie der Diskursgemeinschaften. Damit sind Gruppen gemeint deren Individuen mehr oder weniger homogene Konventionen zur Deutung von Wirklichkeit haben. Ein Subjekt kann mehreren Diskursgemeinschaften zugehören (Jäger/Jäger 2007: 30f).

4.1.2 Aussagen ≠ Äußerungen

Neben den beschriebenen Analysekategorien ist für die KDA die Unterscheidung zwischen Aussagen und Äußerungen von zentraler Bedeutung. Insbesondere im Zuge der Struktur- und Feinanalyse – Analyseschritte innerhalb der KDA – steht die Frage im Zentrum, welches als zeitweilig gültig eingestufte Wissen in den Diskursfragmenten transportiert wird, was sagbar und was nicht sagbar ist, und mit welchen Mitteln und Strategien das Feld des Sagbaren eingegrenzt und ausgeweitet wird (Jäger/Zimmermann 2019: 20). Um dem nachzuspüren, untersucht die KDA die Diskursfragmente nach *Aussagen*. Foucault folgend will sie „Diskurse als Ketten von Aussagen“ (Jäger 2012: 50) ermitteln. Dabei arbeitet sie mit Foucaults Unterscheidung zwischen Aussage und Äußerung. Während letztere die konkreten Ausdrücke, die sprachlich getätigt werden, darstellen, sind Aussagen die inhaltlichen, nicht-sprachlichen „Wissenskerne“ (ebd.) von Diskursen. Foucault bezeichnete Aussagen auch als „Atome des Diskurses“ (Foucault 1973 zit. n. Jäger 2012: 50). Die Aussagen stehen in Verbindung miteinander. Diskursive Formationen verteilen und bündeln Aussagen zu Diskursen (ebd.: 30)

Ziel von Diskursanalysen ist damit die Herausarbeitung der vertretenen Aussagen und deren Häufungen, da im Anschluss an die Vorstellung von Sagbarkeitsfeldern davon ausgegangen wird, dass eben nicht alle Aussagen getätigt werden (können) (Jäger 2008: 25). Hier arbeitet die KDA auch mit einem quantitativen Element, da sie davon ausgeht, dass das Gewicht bzw. die Bedeutung einer Aussage im Diskurs durch seine Häufigkeit zunimmt (Jäger 2012: 95). Nach welcher Vorgehensweise die KDA die Aussagen von Diskursen ermittelt, wird im Folgenden weiter ausgeführt.

4.1.3 Ablauf Kritische Diskursanalyse

Die KDA verlangt mehrere Analyseschritte für die Durchführung einer Diskursanalyse. Diese werden im Folgenden geschildert und im Zuge dessen auch die in dieser Arbeit vorgenommene Umsetzung der Analyseschritte vorgestellt. Denn für S. Jäger gilt es die Methode der KDA nicht als strikten Plan abzuarbeiten, sondern die Analyseschritte für die jeweilige Forschungsfrage sinnvoll zu adaptieren (ebd.: 77).

Zu Beginn einer KDA gilt es Zielsetzung und Problemstellung der Arbeit und damit zusammenhängend den Untersuchungsgegenstand zu klären. Diese Schritte sollte die vorliegende Arbeit bisher abgedeckt haben.

Als nächster Schritt steht die Auswahl des Untersuchungsmaterials. Die Bestimmung der Materialgrundlage stellt in der KDA einen Teil der Analyse selbst dar. Ziel ist es eine überlegte Eingrenzung des Untersuchungsraums und der Untersuchungszeit vorzunehmen, um so zu einer begründeten Materialauswahl zu gelangen. Zwar stellt der gewählte Materialkorpus stets einen Ausschnitt aus einem Diskursstrang auf einer diskursiven Ebene dar, dennoch sollte er diesen „inhaltlich und formal umfassend [...] repräsentieren“ (edb.: 124). Die Materialauswahl für die Untersuchung in dieser Arbeit wird aufgrund ihres Umfangs erst an späterer Stelle diskutiert.

Nach der Auswahl des Korpus wird eine Strukturanalyse im Sinne einer Materialaufbereitung durchgeführt. Dafür wird jedes Diskursfragment hinsichtlich mehrerer ausgewählter Gesichtspunkte befragt und diese in einer Tabelle notiert. S. Jäger konzentriert sich in seiner Einführung in die KDA (2012) auf Mediendiskurse, weshalb seine Vorschläge zu Aspekten, die es in der Strukturanalyse zu berücksichtigen gilt, für die Zwecke dieser Arbeit angepasst werden müssen. In der Strukturanalyse wird jedes Diskursfragment daher zu folgenden Aspekten in einer Tabelle notiert: Datum, Textsorte, Autor*in, Themen, Aussagen, Quellen des Wissens, Ökomoderne Aussagen, Ökomoderner Topos, Subjektivitäten, Typisches Diskursfragment Kandidat?

Die Auswahl mehrerer Elemente wird im Folgenden kurz begründet: die Quellen des Wissens sind für diese Arbeit relevant, da der ökomoderne Diskurs einen technokratischen Politikstil nahelegt. Indem die Quellen des Wissens der Diskursfragmente untersucht werden, kann die Rolle der Wissenschaft als diskursive Autorität untersucht werden. Aussagen und Themen werden untersucht, um die diskursiven Inhalte, (Un-)Sichtbarkeiten herauszuarbeiten. Über das Element der Subjektivitäten wird analysiert, welche Subjekte durch den Diskurs und die darin verhandelten Technologien (in Form von Maßnahmen) produziert werden. Das Element ökomoderne Aussagen und Topoi bedarf in Anbetracht der Forschungsfrage wohl keiner genaueren Begründung. Die Bestimmung ökomoderner Aussagen und ökomoderner Topoi wird im Kapitel zur Operationalisierung des ökomodernen Diskurses diskutiert. Ein weiteres naheliegendes Element für die Strukturanalyse sind die Diskurspositionen. Diese werden nicht für jedes einzelne Diskursfragment in die jeweilige Tabelle eingetragen, sondern am Ende der Strukturanalyse unter Berücksichtigung aller Fragmente verschriftlicht. Diskurspositionen stehen in Zusammenhang mit Hegemonie: homogene Diskurspositionen können als Effekt der Hegemonie eines Diskurses verstanden werden, weshalb sie in der Strukturanalyse mitgedacht werden.

Im Zuge der Strukturanalyse werden typische Texte aus dem Material gefiltert, um diese einer Feinanalyse zu unterziehen. Hier wird noch einmal tiefer als in der Strukturanalyse der institutionelle Kontext des Diskursfragments (Wer? Wo? Wann?), im Falle eines Geschriebenen Diskursfragments die

textliche Oberfläche (u.a. Überschriften, Bilder), die sprachlich-rhetorischen Mittel (u.a. Argumentationen, Anspielungen, Kollektivsymbolik) und ideologischen Aussagen (u.a. Welt- und Menschenbild) herausgearbeitet (Jäger 2012: 98). Außerdem wird der diskursive Kontext ermittelt, der die unmittelbare Vergangenheit und auch die gegenwärtige Umgebung des Diskursstrangs darstellt; der Diskursstrang auf beispielsweise wissenschaftlicher oder politischer Ebene oder Verschränkungen mit anderen Diskurssträngen (Jäger 2012: 120).

In dieser Arbeit steht in der Feinanalyse besonders die Frage nach ökomodernen Aussagen in Form von Deutungen, Darstellungsweisen und ökomodernen Topoi im Zentrum.

Im Anschluss daran werden die Ergebnisse der Analyse – insbesondere Struktur- und Feinanalyse – zusammengefasst und kritisch diskutiert. Das passiert in dieser Arbeit im Kapitel zur Ergebnispräsentation. Außerdem muss die selbstkritische Frage nach der Gültigkeit der Analyse gestellt werden, also reflektiert werden, inwiefern sie vollständig ist und repräsentative Aussagen getroffen werden können.

4.2 Argumentationen über Topoi analysieren

Die Analyse von Argumentationen ist klassischerweise nicht Teil der KDA. Gleichzeitig appelliert S. Jäger an eine interdisziplinäre KDA und verweist in diesem Zusammenhang auf die ähnliche Bedeutung von Aussage und Topos, einem linguistischen Konzept der Argumentationsanalyse. Die Hinzuziehung einer Analyse von Topoi, um von der sprachlichen Oberfläche der Diskursfragmente den Aussagen näherzukommen, betrachtet er als fruchtbar (Jäger 2008: 29). Diesen interdisziplinären Appell aufgreifend möchte ich in dieser Arbeit neben den klassischen Analyseschritten der KDA eine Analyse der Topoi vornehmen, um die vorgebrachten Argumentationen zu untersuchen. Das folgende Kapitel befasst sich mit der Topos-Analyse. Im ersten Abschnitt kläre ich, was in dieser Arbeit unter einer Argumentation verstanden wird. Anschließend mache ich deutlich, warum die Konzepte des Topos und des Diskurses bzw. der Aussage (im Sinne der KDA) vereinbar sind und eine Topos-Analyse sinnvoll. Dabei rekurriere ich auf die historische Diskursanalyse. Zur Nachvollziehbarkeit wird dann die konkrete Vorgehensweise der Topos-Analyse vorgestellt.

4.2.1 Definition und Funktion von Argumentationen

Den Ausgangspunkt einer Argumentation stellt eine strittige Frage dar. Das kann beispielsweise die Frage sein, ob eine zur Diskussion stehende Klimaschutzmaßnahme ergriffen werden soll oder nicht. Es wird also stets für oder gegen etwas argumentiert. Die zwei zentralen Funktionen von Argumentationen sind also die Bearbeitung von Dissens und die Etablierung von Geltung (Hannken-Illjes 2018: 21). In der Politik zielen Argumentationen tendenziell auf normative Geltungsansprüche (anstelle beispielsweise

epistemischer), um politisches Handeln zu legitimieren oder im Falle sozialer Bewegungen politische Maßnahmen zu fordern und andere zu kritisieren (Kammermann 2022: 22). "Politicians argue for the adequacy of their future actions in response to explicit or anticipated criticism in which the quality of their political conduct is doubted" (Andone 2015, zit. n. Kammermann 2022: 22).

Was ist nun eine Argumentation? Sowohl formal-logische als auch alltagslogische Argumentationen werden in den Argumentationstheorien, auf die sich die historische Diskursanalyse stützt, über ein dreiteiliges Modell dargestellt. Demnach enthält eine Argumentation (mindestens) drei Elemente: eine (unstrittige) Prämisse, eine zu argumentierende These und eine, Prämisse und These verbindende, Schlussregel (Topos) (Kammermann 2022: 27). Anders ausgedrückt kann man sagen, um zu argumentieren wird ein Grund angeführt, aus dem eine Konklusion gezogen wird. Dabei findet ein Übergang zwischen Grund und Konklusion statt. (Hannken-Illjes 2018: 21). Um das obige Beispiel wieder aufzugreifen, kann als Grund/Prämisse die Kosteneffizienz einer Maßnahme und als Konklusion/These die Umsetzung oder Forderung der entsprechenden Klimaschutzmaßnahme herangezogen werden. Den Topos kann man folgendermaßen für dieses Beispiel im normativen Kausalschema rekonstruieren: Wenn (Klimaschutz-)Maßnahmen kosteneffizient sind, sollen sie ergriffen werden. Die Frage, was Kosteneffizienz mit der Umsetzung einer Maßnahme zu tun hat, wird also über den Topos gelöst, der ebenjene Verbindung von Prämisse und These behauptet. Im Topos wird der Grund, in diesem Fall die Kosteneffizienz, „als relevante Kategorie etabliert, von der ausgehend argumentiert werden kann“ (ebd.: 102). Wichtig zu erwähnen ist, dass in konkreten Argumentationssituationen nicht immer alle drei Elemente explizit gemacht werden. Beispielsweise bleibt der Topos oft implizit und muss von Forschenden erst rekonstruiert werden. Die Rekonstruktion kann auf einer inhaltlich-konkreten Ebene geschehen, wie im obigen Exempel zum Topos. Auf einer abstrakteren Ebene kann der Topos auch wie folgt lauten: Kosteneffizienz soll (politisches) Handeln leiten. Zusätzlich dazu, dass Topoi oft implizit bleiben, können in Alltagsargumentationen Thesen auch über mehrere Prämissen und Topoi gestützt werden, die sich aufeinander beziehen oder auch nicht (Kammermann 2022: 32).

In der Argumentationstheorie werden Topoi in formale und materiale unterschieden. Kontextspezifische, materiale Topoi wurden bereits von Aristoteles und später prominent von Kopperschmidt von den formalen, verallgemeinerbaren Topoi abgegrenzt, die als rhetorische Mittel bzw. Kunstgriffe bereichsunabhängig sind. Materiale Topoi sind demgegenüber bereichs- und diskursspezifisch. (Hamp 2017: 107f). Gleichzeitig können konkrete, sprachlich realisierte Topoi sowohl den formalen als auch den materialen Topoi zugeordnet werden, wie beispielsweise das Autoritätsschema: Kontextunabhängig wird in Diskursen auf Autoritäten rekuriert, um die eigenen Aussagen zu untermauern. Jeder Diskurs stützt sich aber auf unterschiedliche Autoritäten z.B. wissenschaftliche oder religiöse, sodass hier materiale, also diskursspezifische Topoi realisiert werden (ebd.: 109). In dieser Arbeit steht die Ermittlung materialer – für einen bestimmten Diskurs und Kontext relevante – Topoi im Zentrum, um die Argumentationen zu untersuchen. Doch bevor die

Vorgehensweise der Topos-Analyse dieser Arbeit dargelegt wird, zeige ich im folgenden Abschnitt die Vereinbarkeit von KDA und Argumentationsanalyse im Sinne einer Topos-Analyse.

4.2.2 Vereinbarkeit von KDA und Topos-Analyse – Ähnlichkeit von Aussage und Topos

Interessant für die Ähnlichkeit von Topos und Aussage ist der Umstand, dass Argumente versuchen in einer strittigen Frage Geltung zu etablieren und das auf Basis *kollektiv Geltenden*. Dieses kollektiv Geltende stellen Topoi dar. In Argumentationen wird nicht nur Dissens, sondern auch geteiltes Wissen sichtbar (Hannken-Illjes 2018: 112). Wenn man die Kosteneffizienz als Grund innerhalb einer Argumentation für eine Maßnahme einsetzt, dann weil man von einer allgemeinen Überzeugung darüber ausgeht, dass Kosteneffizienz eine Kategorie von Bedeutung zur Entscheidung ist, ob eine Maßnahme ergriffen werden soll oder nicht. „Schlußregeln sind Teil des gemeinsamen Weltwissens in einer Sprechgemeinschaft und werden deshalb in der Argumentation oft als implizite Prämissen vorausgesetzt“ (Kienpointner 1992, zit. n. Kammermann 2022: 33). Wie Aussagen im Sinne Foucaults und der KDA verweisen Topoi auf das in einem bestimmten historischen Kontext gültige Wissen. Deutlich wird das auch im Verständnis von Topos der historischen Diskursanalyse.

Die historische Diskursanalyse, die auch auf Foucaults Diskurstheorie gründet, arbeitet anders als die KDA mit der Analyse von Topoi, um Argumentationen zu untersuchen. Dabei denkt sie Topoi und Diskurs als Träger von Wissen und Produzent von Wirklichkeit zusammen:

„Topoi erweisen sich unter anderem deswegen als bedeutsam, weil sie Aspekte miteinander verbinden können, die keineswegs als notwendig miteinander verbunden betrachtet werden müssen. Sie stellen [...] Relationen her, die für die Konstruktion von Wirklichkeiten von entscheidender Bedeutung sind. Mit ihrer Hilfe werden Kausalitäten, Hierarchien, Kategorisierungen und Gesetzmäßigkeiten etabliert, welche die Welt für uns sinnvoll erfahrbar machen und die wir in nicht seltenen Fällen tagtäglich verwenden, die aber nichts weiter sind als das Ergebnis rhetorischer und diskursiv etablierter Konventionen.“ (Landwehr 2018: 116)

Ausgehend von diesem Verständnis von Topos erachte ich die Analyse von Topoi im Zuge einer KDA als fruchtbar. Die Ermittlung diskursrelevanter Topoi ist dem Ziel der KDA, den Wissensvorrat einer Gesellschaft zu ermitteln und das, was als selbstverständlich gilt, herauszuarbeiten, dienlich. Wie Topoi aus dem Untersuchungsmaterial ermittelt werden, ist Thema des nächsten Abschnitts.

4.2.3 Topos-Analyse in dieser Arbeit

Diese Arbeit geht vom Topos-Verständnis der historischen Diskursanalyse aus. Zur Analyse von Argumentationen rekurriert die historische Diskursanalyse auf verschiedene Theoretiker*innen, u.a auf „Kopperschmidt, Kienpointner, Toulmin, van Eemeren, Grootendorst und Wengeler“ (Reisigl & Ziem 2014, zit. n. Kammermann 2022: 14). Eine einheitliche Vorgehensweise bei der Analyse von Argumentationen innerhalb der historischen Diskursanalyse lässt sich nicht feststellen, stattdessen

werden in der Forschung verschiedene Ansätze verfolgt, um historische Diskursanalysen umzusetzen (Landwehr 2018: 97). Im Folgenden wird die Vorgehensweise dieser Arbeit vorgestellt, die sowohl methodische Überlegungen von Martin Wengeler (2003) als auch Nadine Kammermann (2022) aufgreift.

Diese Arbeit stützt sich einerseits auf ein induktives andererseits ein deduktives Vorgehen bei der Analyse von Argumentationen auf den zu untersuchenden diskursiven Ebenen. In beiden Fällen analysiere ich die Argumentationen über ihre Topoi/Schlussregeln. Damit folge ich Wengeler:

„Denn Argumente [Prämissen/Gründe] und Konklusionen [Thesen] sind stark kontext- und einzeltextspezifisch und daher prinzipiell in unendlicher Zahl vorhanden, während Schlussregeln in mehr oder weniger kontextabstrakter Form formuliert und daher in thematisch verschiedenen und sprachlich unterschiedlich realisierten Argumentationen rekonstruiert werden können.“ (Wengeler 2003: 278)

Bei der induktiven Vorgehensweise wird das Untersuchungsmaterial dahingehend befragt, für welche Thesen/Konklusionen über welche Prämissen argumentiert wird und insbesondere, welche Schlussregel (Topos) dabei realisiert wird. Wie bereits erwähnt, bleibt gerade der Topos oft implizit und muss von Prämisse und These ausgehend rekonstruiert werden. Bei der Herausarbeitung der Topoi aus einem Diskursstrang, wie beispielsweise der Klimaschutzpolitik, kommt es darauf an die Topoi „so zu formulieren, dass sie eine überschaubar große Zahl bilden und dabei doch den Großteil der vorkommenden Realisierungen abdecken“ (ebd.: 278f). Ergebnis dieses induktiven Vorgehens ist also eine Sammlung der materialen, diskursrelevanten Topoi. Diese ordne ich in Anlehnung an Kammermanns Vorgehensweise folgenden Argumentationsmustern zu: pragmatische Argumentation, (normatives) Kausalschema, Autoritätsschema und normatives Vergleichsschema. Damit gehe ich in Anschluss an Kammermann davon aus, dass im politischen Bereich primär für normative Geltungsansprüche – anstelle epistemischer – argumentiert wird (Kammermann 2022: 22).

Die deduktive Vorgehensweise stützt sich auf Ergebnisse der Dissertation der Linguistin Kammermann (2022). Im Rückgriff auf die historische Diskursanalyse und damit zusammenhängende Argumentationstheorien versteht Kammermann Topoi-Analysen als Instrument, um festzustellen, was in einer Gesellschaft für wahr gehalten wird und was nicht. In ihrer Dissertation ermittelt sie über eine sektorale Argumentationsanalyse die Topoi des Schweizer Mediendiskurs zur Klimakrise. Aus mehreren Gründen wurde ihre Untersuchung nicht im Forschungsstand dieser Arbeit genannt: ihr linguistischer Zugang, der Fokus auf die Region Schweiz, die diskursive Ebene Medien, die Abwesenheit der Frage nach Hegemonie bzw. Gouvernamentalität. Auch wenn Kammermanns Arbeit nicht dem engen Forschungsrahmen dieser Arbeit zuzuordnen ist, werden die Ergebnisse ihrer Untersuchung für die Methode dieser Arbeit fruchtbar gemacht. Kammermann hat festgestellt, dass wenige zentrale Topoi den Schweizer Mediendiskurs bestimmen. Einer davon ist der „Topos der Wirtschaftlichkeit“ (Kammermann 2021: 215), der in mehreren Spielarten auftritt. Über den Topos finden sowohl

Argumentationen zur Verhinderung von Klimaschutzmaßnahmen statt (wenn sie beispielsweise Wirtschaftswachstum hemmen) als auch Argumentationen zur Ermöglichung von Klimaschutzmaßnahmen (wenn sie sich in einem ökonomischen Handlungsfeld bewegen). Diese Varianten des Topos der Wirtschaftlichkeit stuft ich als ökomodern ein. Deshalb werden Kammermanns Ergebnisse in der Topos-Analyse dieser Arbeit berücksichtigt, indem danach gefragt wird, inwiefern der Topos der Wirtschaftlichkeit im Diskursstrang Klimaschutzpolitik auf den zwei diskursiven Ebenen auftritt und Argumentationen ermöglicht. In diesem Fall wird also deduktiv (von den von Kammermann ermittelten Topos ausgehend) gefragt, ob dieser in den Diskursfragmenten aufzufinden ist.

Während über die deduktive Analyse keine neuen – und möglicherweise nicht-ökomodernen – Topoi ermittelt werden können, ist dies über die induktive Vorgehensweise sehr wohl möglich: hier werden die für den Diskurs zentralen Topoi herausgearbeitet. Damit ist die Methode offen dafür diskursrelevante Topoi festzustellen, die dem ökomodernen Annahmen widersprechen. Dadurch kann der Forschungsfrage nach einer ökomodernen Hegemonie, nach Gemeinsamkeiten und Differenzen der diskursiven Ebenen in Bezug auf ökomoderne Argumentationen nachgegangen werden. Die zu untersuchenden diskursiven Ebenen stehen im Fokus des anschließenden Unterkapitels.

4.3 Untersuchungsfelder

Im Folgenden werden die konkreten Untersuchungsfelder dieser Arbeit vorgestellt. Zudem wird die Auswahl bestimmter Akteur*innen aus den beschriebenen Untersuchungsebenen für die Analyse begründet. Der Forschungsfrage folgend geraten als Untersuchungsfelder auf der einen Seite die gewählten österreichischen politischen Entscheidungsträger*innen, auf der anderen Seite die österreichische Zivilgesellschaft in den Blick.

4.3.1 Untersuchungsfeld politische Entscheidungsträger*innen

In Bezug auf das Untersuchungsfeld der politischen Entscheidungsträger begreift die KDA den „Politikerdiskurs“ (Jäger/Zimmermann 2019: 94) als eine Ebene innerhalb des gesamtgesellschaftlichen Diskurses, der die „gesamten schriftlichen und mündlichen ->Äußerungen im Rahmen politischer Institutionen wie öffentliche Reden, Parlamentsdebatten und Beschlüsse und andere politisch-juristische Texte“ (ebd.: 95) umfasst. Den gesamten „Politikerdiskurs“ im Hinblick auf Klimaschutz zu analysieren, würde den Umfang dieser Arbeit weit übersteigen. Daher wird das Untersuchungsfeld eingegrenzt: ich beschränke mich auf die letzte Bundesregierung Österreichs. Die aktuelle Regierung, die Anfang März 2025 angelobt wurde, eignet sich nicht für die Analyse, da aufgrund der erst kurzen Amtszeit zu wenig Material (Diskursfragmente) zur Verfügung stehen. Die zu analysierende letzte Bundesregierung stellte eine Koalitionsregierung zwischen der ÖVP und den Grünen dar, die am 7. Januar 2020 angelobt wurde und – mit personellen Wechseln – bis 10. Januar 2025 regierte. Die ÖVP ist

eine gesellschaftspolitisch konservative und wirtschaftspolitisch liberale Partei (Thömmes/Thomeczek 2019: 4). Die Grünen vertreten gesellschaftspolitisch progressive Positionen und sozioökonomisch linke Standpunkte (ebd.: 6). Mit der Koalitionsregierung Kurz II waren die Grünen 2020 zum ersten Mal in der Zweiten Republik nicht nur im Nationalrat, sondern auch in der Bundesregierung vertreten (Eberl et al. 2020: 1359). Sie nahmen die Position eines Juniorpartners ein: von den 15 Regierungsmitgliedern stellten die Grünen vier. Die Nationalratswahl von 2019, die zur Bildung der Regierung Kurz II geführt hat, muss im Kontext der verstärkten Präsenz von Klimaschutz und Klimagerechtigkeit in der öffentlichen Debatte gesehen werden. Diese Präsenz war eine Folge der von FFF im Jahr 2018 und 2019 organisierten Klimaproteste (Daniel et al. 2020: 380, Kolb 2023: 26).

Das für diese Arbeit zentrale Ministerium ist das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK). Zuständige Ministerin war die mittlerweile amtierende Bundessprecherin der Grünen Leonore Gewessler. Vom Koalitionspartner wurde ihr für die ersten zwei Regierungsjahre Magnus Brunner (ÖVP) als Staatssekretär an die Seite gestellt. Aufgrund von Korruptionsvorwürfen gegen den damaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz kam es nach fast zwei Jahren Amtszeit im Herbst 2021 zu Rücktritten von Regierungsmitgliedern. Als Reaktion auf Kurz' Rücktritt vom Amt des Bundeskanzlers im Oktober zog sich der damalige Finanzminister Gernot Blümel im Dezember aus der Politik zurück. Nach einer kurzen zweimonatigen Regierungszeit unter Alexander Schallenberg von Mitte Oktober bis Anfang Dezember, wurde der davor im Innenministerium zuständige Karl Nehammer Bundeskanzler der Koalition zwischen ÖVP und Grüne. Nehammer übte das Amt als Kanzler bis zum Ende der Legislaturperiode des Nationalrats im Oktober 2024 aus. Im Zuge dieser personellen Wechsel im Herbst 2021 verließ Brunner das für Klimaschutz zuständige Ministerium, um als Finanzminister tätig zu werden. Erwähnenswert ist, dass mit der Einrichtung des BMK mit der politischen Gewohnheit gebrochen wurde, Klimapolitik in den Kompetenzbereich des für Landwirtschaft zuständigen Ministeriums zu legen. Gewessler bezeichnet sich selbst als erste Klimaschutzministerin Österreichs (Gewessler 01.12.2021). Dieser Umstand kann als Signal für die Bedeutung gewertet werden, die dem Thema Klimaschutz in der Regierung beigemessen wurde. Im Vergleich zu vorgängigen Koalitionsprogrammen nimmt das Thema Klimaschutz in dem der Koalition von ÖVP und Grünen eine prominente Stellung ein (Daniel/Deutschmann 2020, zit. n. Schneider 2022: 15).

Das BMK stellt für das Untersuchungsfeld den zentralen Akteur dar. Dennoch muss berücksichtigt werden, dass das BMK allein nicht vollständig die Klimapolitik der Bundesregierung umfasst. Im Koalitionsprogramm einigten sich die Parteien beispielsweise auf einen Klimacheck, der ressortübergreifend Gesetze und Verordnungen auf ihre Klimaverträglichkeit prüfen sollte. Auch wenn der Klimacheck nicht umgesetzt wurde (Knittelfelder 2024), wird über das gemeinsame Vorhaben deutlich, dass die Bundesregierung Klimapolitik nicht allein auf das BMK beschränkt denkt. Um dem Rechnung zu tragen, wird in der Materialauswahl neben Klimaschutzprojekten des BMK auch das thematisch-passende Kapitel aus der von der gesamten Regierung verfassten Koalitionsvereinbarung

herangezogen. Doch bevor der Untersuchungskorpus diskutiert wird, folgt eine Einführung in das zweite Untersuchungsfeld.

4.3.2 Untersuchungsfeld soziale Bewegungen

Das zweite Untersuchungsfeld stellen die im Bereich Klimaschutz aktiven sozialen Bewegungen in Österreich dar, oder in einem weiteren Sinne die österreichische Zivilgesellschaft. Nach einem kurzen Abriss über die Geschichte der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zu Klimaschutz in Österreich, folgt eine knappe Darstellung zentraler zivilgesellschaftlicher Akteur*innen der Gegenwart. Die Wahl FFF für die Untersuchung wird begründet und die Bewegung FFF kurz vorgestellt.

Zivilgesellschaftliche Proteste und Beteiligungsformen im Bereich Umwelt und Ökologie reichen in Österreich zurück bis in die 1960er (Schneider 2022: 6). Als Reaktion auf die öffentlichkeitswirksamen Proteste in Zwentendorf und der Hainburger Au etablierten sich im Laufe der 1980er Umwelt- und Klimaschutz in der österreichischen Politik: u.a. Gründung von Greenpeace und Global 2000, Einzug einer Grünpartei in den Nationalrat (ebd.: 8). Umweltbezogene Protestformen nahmen in Folge der Institutionalisierung von Umweltschutz ab. Im Dezember 2018 änderte sich das. FFF mobilisierte zahlreiche Menschen zu Straßenprotesten und brachte Fragen von Klimagerechtigkeit in die Mitte der Gesellschaft (Deutschmann 2021 zit. n. Schneider 2022: 9, Kolb 2023: 26). Wie bereits in der Einleitung dieser Arbeit ausgeführt diversifizierte und intensivierte sich darauffolgend die Klimabewegung in Österreich. Die LG, *Extinction Rebellion* (XR), *Lobau bleibt*, *System Change not Climate Change*, *Platz-für-Wien* und weitere Gruppen gründeten sich und wurden über unterschiedliche Protestformen aktiv.

Das Untersuchungsfeld soziale Bewegungen in Österreich im Bereich Klimaschutz ist gegenwärtig weit und reicht von etablierten Organisationen – wie Greenpeace und Global 2000 – zu mehreren neuen sozialen Bewegungen mit unterschiedlichen Aktionsformen und Schwerpunkten. Zwischen den verschiedenen Gruppierungen in Österreich kommt es auch zu Austausch und gegenseitiger Unterstützung: Beispielsweise wurde FFF auch in der *Lobau bleibt* Bewegung aktiv (Schneider 2022: 17). Neben FFF setzten in den letzten Jahren besonders die LG und XR in Österreich immer wieder öffentlichkeitswirksame Aktionen um, weshalb sie kurz vorgestellt werden: Strategisch ähneln sich die LG und XR in ihren Aktionsformen des zivilen Ungehorsams, heißt des gewaltfreien absichtsvollen Brechens von Gesetzen (Rucht 2023: 191). Dazu zählen u.a. Straßenblockaden, Veranstaltungsstörungen, Klebeaktionen. XR setzt stärker als die LG auf künstlerische und performative Elemente des Protests (ebd.: 193). Beide Gruppen nehmen mit ihren Aktionen Inhaftierungen und Geldstrafen in Kauf. Demgegenüber konzentrieren sich die Aktionen von FFF auf Proteste mit großer Beteiligung innerhalb des gesetzlichen Rahmens. In ihren Forderungen und Werten unterscheiden sich FFF, LG und XR jedoch wenig voneinander (Svetnik 2024: 31, 34).

Aus diesem weiten Feld von sozialen Bewegungen im Bereich Klimaschutz hat sich diese Arbeit vor allem aus zwei Gründen dafür entschieden den Akteur FFF für die Untersuchung zu wählen. Der erste Grund ist, dass FFF im Vergleich zu den anderen Gruppierungen eine größere Bandbreite (zivil-)gesellschaftlicher Positionen repräsentiert: FFF stellt eine stark in die Gesellschaft eingebettete Bewegung dar (Daniel et al. 2020: 382). Im Vergleich zur LG oder XR ist sie ein weites und heterogenes Bündnis, das die Unterstützung vieler Untergruppen genießt wie beispielsweise *Religions for Future*, *Scientists for Future* oder *Teachers for Future* (ebd.: 373). Mit 28 Ortsgruppen ist FFF in ganz Österreich vertreten. Die Gruppe hat es „geschafft, sich als Bindeglied zwischen der Klimagerechtigkeitsbewegung und der Gesellschaft zu etablieren“ (ebd.: 382). Der zweite Grund für die Wahl FFF für die Analyse stellt das zur Verfügung stehende Untersuchungsmaterial dar. Im Gegensatz zu XR und der LG veröffentlicht FFF mehr Inhalte in Form von Forderungskatalogen, Stellungnahmen, Interviews, die sich besser für die Analyse eignen. Beispielsweise fokussiert sich die LG in den auf ihrer Website publizierten Pressemitteilungen auf die Bekanntgabe ihrer Proteste und Aktivitäten und damit zusammenhängende Strafen und Gerichtsverfahren (LG 2025). XR verzichtet wiederum explizit darauf konkrete Klimaschutzmaßnahmen zu fordern. Stattdessen verlangen sie u.a. die Einrichtung verbindlicher Bürger*innenrate, die Maßnahmen steuern und überwachen sollen (XR 2024). Vor diesem Hintergrund wird FFF aus der breit aufgestellten zivilgesellschaftlichen Landschaft Österreichs zu Klimapolitik für die Analyse gewählt. Im Folgenden wird die Bewegung kurz vorgestellt.

Nach dem Vorbild der schwedischen Aktivistin Greta Thunberg gründete sich im Dezember 2018 FFF in Österreich (Schneider 2022: 13). Mit der Organisation wöchentlicher Schulstreiks wuchs die Beteiligung an der Bewegung schnell an und ihre Forderungen nach Klimagerechtigkeit und der Einhaltung des Pariser Klimaabkommens erlangten große mediale Aufmerksamkeit (ebd., Kolb 2023: 26). Besonders die Klimaproteste im März und September 2019 in Wien wiesen eine große Mobilisierungskraft auf (Daniel et al. 2020: 372). Ihre gegenwärtigen Aktivitäten konzentrieren sich auf Proteste und Klimastreiks, welche die breite Masse ansprechen (FFFF-A 2025a). Ihren Grundsätzen nach versteht sich FFF in Österreich als eine basisdemokratisch organisierte, parteiunabhängige, auf gewaltfreien Protest fokussierte Bewegung (FFFF-A 2025b). Anhand welcher Diskursfragmente die Bewegung FFF und auch die letzte Bundesregierung untersucht werden sollen, wird nun im nächsten Kapitel beschrieben.

4.4 Materialauswahl

Die Auswahl des Materials für die Strukturanalyse ist in der KDA selbst Teil der Analyse. Im Zuge dessen wurde eine Internetrecherche von verschiedenen Kommunikationsmitteln – Parlamentsbeiträge, Social Media Beiträge, Website, Forderungskataloge, Berichte etc. – durchgeführt. Die Auswahl des Materialkorpus geschah dann unter Berücksichtigung der Forschungsfrage, also im Hinblick auf folgende Fragen: Wo werden die Deutungen und Wirklichkeitskonstruktionen rund um Klimaschutzpolitik

sichtbar? Wo werden Argumentationen zur Klimaschutzpolitik vorgebracht? Vermieden werden damit im Falle der regierenden Entscheidungsträger*innen Diskursfragmente wie Fortschrittsberichte, die Emissionsentwicklungen dokumentieren, Berichte, die das Ziel haben Maßnahmen lediglich im Detail zu präsentieren, anstelle dafür zu argumentieren und dahinterliegende Betrachtungsweisen zu verdeutlichen. Im Falle der sozialen Bewegungen werden Diskursfragmente vermieden, die sich inhaltlich auf Protestplanung oder -aufrufe beschränken. Die Wahl verschiedener Kommunikationsmittel stellt auf beiden diskursiven Ebenen den Versuch dar einen umfassenden Einblick in den jeweiligen Diskursstrang zu Klimaschutz zu erhalten.

4.4.1 Materialauswahl Diskursstrang regierende Entscheidungsträger*innen

Die Materialauswahl des Diskursstrangs Klimaschutzpolitik auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen umfasst mehrere Fragmente: Neben dem Unterkapitel *Klimaschutz & Energie* im Regierungsprogramm der ÖVP und den Grünen, werden mehrere Parlamentsredebeiträge und Social Media Beiträge zu drei ausgewählten Klimaschutzprojekten analysiert. Die drei gewählten Klimaschutzprojekte sind: die ökosoziale Steuerreform, das Klimaticket und das Erneuerbaren Ausbau Gesetz (EAG).⁵ Die Projekte werden herangezogen, da das BMK sie selbst groß herausgestellt hat und ihre Bedeutung betonte. Beispielsweise nennt das BMK im integrierten nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich (NEKP) neben einem hohen Budget für Klimaschutz ebenjene drei Klimaschutzprojekte als wesentliche Schritte zur Erreichung der klimapolitischen Ziele des NEKP von 2019 (BMK 2024). Um die Deutungen und Argumentationen rund um diese drei Klimaschutzprojekte zu analysieren, wurden folgende Diskursfragmente in den Materialkorpus gefügt:

EAG	Klimaticket	Ökosoziale Steuerreform
• Gewessler-Redebeitrag im Nationalrat (07.07.2021) • Brunner-Redebeitrag im Nationalrat (07.07.2021)	• Gewessler-Redebeitrag im Nationalrat (25.03.2021)	• Kogler-Redebeitrag im Nationalrat (20.01.2022) • Gewessler-Redebeitrag im Bundesrat (02.03.2022)
• Gewessler-Facebook 2020 • Brunner-Instagram 2020+2021	• Gewessler-Facebook 2020 • Brunner-Instagram 2020+2021	• Gewessler-Facebook 2020 • Brunner-Instagram 2020+2021

Tabelle 1: Diskursfragmente geordnet zum EAG, Klimaticket und zur ökosozialen Steuerreform

⁵ Das Renaturierungsgesetz, dem Bundesministerin Gewessler 2024 auf EU-Ebene zugestimmt hat, erfuhr große mediale Aufmerksamkeit. Diese Arbeit hat es aus mehreren Gründen dennoch nicht in die Analyse aufgenommen, insbesondere aus dem Grund, dass das Renaturierungsgesetz nicht als Klimaschutzgesetz, sondern als Naturschutzgesetz diskutiert wurde (allen voran von Ministerin Gewessler).

Der Untersuchungszeitraum reicht von Januar 2020 bis Anfang Februar 2022. Die Koalitionsvereinbarung stellt damit den Anfang des Untersuchungszeitraums dar, während der Beschluss der ökosozialen Steuerreform im Bundesrat am 03. Februar 2022 ihr Ende markiert. Die zwei anderen untersuchten Klimaschutzprojekte - das EAG und das Klimaticket – wurden innerhalb dieses Zeitraums verhandelt und parlamentarisch verabschiedet. Die Social Media Beiträge befinden sich ebenfalls innerhalb des Untersuchungszeitraums. Im Folgenden wird die Auswahl der Diskursfragmente begründet und genauer erklärt.

Die Analyse der Koalitionsvereinbarung soll dazu dienen einen allgemeinen Einblick in den Diskurs – die Darstellungen von Klimaschutz, geplante Ziele, Begründungen – zu erhalten. Im Gegensatz zu den anderen Diskursfragmenten ist die Koalitionsvereinbarung ein gemeinschaftlich verfasster Text und steht repräsentativ für die Vorhaben der gesamten Regierung. Koalitionsvereinbarungen richten sich stärker als andere Dokumente – wie beispielsweise der NEKP-Bericht des BMK an die EU – an die breite Öffentlichkeit. Sie verfolgen neben der Übereinkunft mit dem Koalitionspartner auch die Absicht die für die Koalition beschlossenen politische Ziele und Vorhaben vorzustellen und zu begründen, weshalb das Dokument als für die Analyse geeignet betrachtet wird. Konkret wird das Unterkapitel *Klimaschutz & Energie* im dritten Kapitel *Klimaschutz, Infrastruktur, Umwelt und Landwirtschaft* vom Regierungsprogramm untersucht.

Die Analyse der Diskursfragmente rund um die beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen verfolgt das Ziel neben den Deutungen rund um das Thema Klimaschutzpolitik auch die verwendeten Argumentationen einzufangen. Außerdem können dadurch auch mögliche Unterschiede innerhalb der Regierungskoalition sichtbar werden.

Der Nationalrat stellt die zentrale parlamentarische Kammer des österreichischen politischen Systems dar. Deshalb sollen die Redebeiträge im Nationalrat von Gewessler und Brunner am Tag der Beschlussfassung der drei Klimaschutzprojekte untersucht werden. Oben in der Tabelle 1 sieht man, dass sich dieses Vorhaben nicht vollständig realisieren lässt: Da Brunner zum Zeitpunkt des Beschlusses der ökosozialen Steuerreform bereits als Finanzminister und nicht länger als Staatssekretär im BMK fungierte, ist sein Redebeitrag nicht Teil des Korpus. Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) vertrat Gewessler bei ebenjener Nationalratssitzung, wo die ökosoziale Steuerreform beschlossen wurde. Deshalb wurde seine Rede und die von Gewessler im Bundesrat – der zweiten parlamentarischen Kammer in Österreich – in den Korpus integriert. Aus Koglers Redebeitrag wurden jene Textabschnitte nicht in den Korpus integriert, die nicht die klimaschutzpolitischen Aspekte der Steuerreform zum Thema haben. Bei der parlamentarischen Verabschiedung des Klimatickets im Nationalrat äußerte sich Brunner nicht, weshalb diesbezüglich nur der Beitrag von Gewessler im Korpus ist.

Von den Social Media Beiträgen im Korpus werden lediglich geschriebene und gesprochene Worte analysiert. Im Zuge von Posts veröffentlichte Videos werden transkribiert und analysiert, sofern sie eine

Länge von zehn Minuten nicht überschreiten. Bilder als solche werden in der Analyse nicht berücksichtigt, sondern nur darauf gedruckte Worte.

Bezüglich der Social-Media-Kanäle werden jene Plattformen gewählt, auf denen die Politiker*innen am aktivsten – im Sinne von Frequenz der Posts – kommunizierten, das ergab für Gewessler die Plattform Facebook und für Brunner Instagram. Es werden all jene Social Media Beiträge im in der Tabelle angegebenen Zeitraum für den Korpus ausgewählt, die sich thematisch mit den drei genannten Klimaschutzprojekten beschäftigen, heißt konkret: Die Beiträge wurden danach ausgewählt, ob sie folgende direkte Bezüge zu den Klimaschutzprojekten textlich aufweisen: EAG, Erneuerbaren Ausbau Gesetz, Ausbau der Erneuerbaren Energien oder gleichbedeutendes wie erneuerbare Energieträger ausbauen, Klimaticket, 1-2-3 Ticket, ökosoziale Steuerreform, CO2 Bepreisung (als zentrales Element der ökosozialen Steuerreform).

Dieses eher quantitativ und starre Vorgehen (Frequenz der Posts, klare Suchwörter) ist dem Versuch geschuldet, einerseits eine begründete Materialauswahl zu tätigen (indem drei zentrale Klimaschutzprojekte untersucht werden) und andererseits nicht selektiv lediglich die Beiträge auszuwählen, welche die in dieser Arbeit vertretene These einer ökomodernen Hegemonie bestätigen, sondern über durchdachte Suchkriterien den Korpus zu wählen.

Für Brunner ergab das 15 Beiträge über den gesamten Untersuchungszeitraum (Anfang 2020 bis 03.02.2022), wobei 5 Beiträge davon bereits als Finanzminister und nicht länger als Staatssekretär im BMK veröffentlicht wurden. Von diesen 5 Beiträgen hat lediglich einer einen klaren klimapolitischen Bezug. Die anderen beschäftigen sich zwar mit der ökosozialen Steuerreform (und fallen daher in das Suchraster), aber nicht mit den ökologischen Anteilen des Gesetzes. Daher wurden die vier Beiträge aus der Analyse ausgeschieden und nur der eine Beitrag mit klar klimapolitischem Bezug in den Korpus aufgenommen. Insgesamt bedeutet das 11 Instagram Beiträge von Brunner im Korpus.

Für Gewessler ergaben die Suchkriterien 99 Beiträge: 32 im Jahr 2020, 65 im Jahr 2021 und 2 im Jahr 2022. Aufgrund dieser großen Anzahl werden ausschließlich Gewesslers Beiträge aus dem Jahr 2020 untersucht, zumal lediglich einer von den 11 Beiträgen von Brunner aus dem Jahr 2020 stammt. Mit diesem Vorgehen wird der Untersuchungszeitraum abgedeckt und das Material auf eine machbare Größe reduziert; also 32 Facebook-Beiträge von Gewessler im Korpus.

Für die Feinanalyse der KDA wurden im Anschluss an die Strukturanalyse drei Diskursfragmente ausgewählt. Erstens der Facebook Beitrag von Gewessler vom 09. Oktober 2020 zum Ausbau erneuerbarer Energien und den dadurch geschaffenen Arbeitsplätzen (Gewessler 09.10.2020), zweitens der Instagram Beitrag von Brunner vom 05. Oktober 2021 zum Anreizsystem der ökosozialen Steuerreform (Brunner 05.10.2021) und drittens die eineinhalbseitige Einleitung in das Kapitel *Klimaschutz & Energie* im Regierungsprogramm (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72f). Die

Diskursfragmente wurden gewählt, da sie aufgrund der in ihnen vermittelten Inhalte, Themensetzungen und ökomodernen Aussagen bzw. Argumentationen als typische Texte im Untersuchungsmaterial betrachtet werden können. Gleichzeitig decken die drei Fragmente nicht alle zentralen Aussagen des untersuchten Diskursstrangs ab, weshalb die Ergebnispräsentation in Kapitel 5 (neben der Topos-Analyse) genauso auf der Fein- wie der Strukturanalyse basiert.

4.4.2 Materialauswahl Diskursstrang soziale Bewegungen

Die Materialauswahl des Diskursstrangs Klimaschutzpolitik auf Ebene der sozialen Bewegungen umfasst auf der einen Seite Stellungnahmen von FFF zu den drei oben genannten Klimaschutzprojekten der Bundesregierung, um der Forschungsfrage nach Übereinstimmungen und Differenzen der Diskurse auf den Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen nachzugehen. Das sind konkret folgende Diskursfragmente: ein Radiointerview von FM4 mit dem FFF Aktivistin Philipp Steininger zur von der Regierung im Oktober 2021 präsentierten ökosozialen Steuerreform (Steininger 2021), den Forderungstext von FFF zur ökosozialen Steuerreform (FFF-A o. D.B), die Stellungnahme von FFF zum Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes (FFF-A o. D.C).⁶

Auf der anderen Seite umfasst das Material die von FFF auf ihrer Website veröffentlichten Presseaussendungen von Anfang 2020 bis Ende 2021, um einen umfassenden Einblick in die Darstellungsweisen und Argumentationen der Akteur*innen von FFF zu erhalten. Von diesen Presseaussendungen wurden insgesamt fünf nicht in den Korpus aufgenommen, da ihre Inhalte nicht zur Beantwortung der Forschungsfrage dienlich sind: beispielsweise befasst sich ein Artikel mit der Einschränkung vom Versammlungsrecht aufgrund der Pandemie, ein anderer stellt organisatorische Informationen zu einem Klimastreik zur Verfügung. Das ergibt für den Korpus: 13 Presseaussendungen für das Jahr 2020 und 10 für das Jahr 2021. Zudem kommt in den Korpus der offene Brief an die Bundesregierung zum Klimaschutzgesetz, da dies ein immer wiederkehrendes Thema in den Protesten und der Kommunikation von FFF im Untersuchungszeitraum darstellt (FFF-A o. D.A), und zwei offenen Briefe aus 2020: „Corona-Verhandlungen nicht ohne Klimawissenschaftler:innen“ (FFF-A 14.05.2020) und „Rückgrat oder Rückschritt: offener Brief zu Datteln 4“ (FFF-A 30.05.2020). Die zwei letzteren wurden auf Facebook veröffentlicht.

Von den zwei offenen Briefen abgesehen habe ich mich gegen die Analyse von Social Media Beiträgen von FFF entschieden, vor allem aus zwei Gründen: erstens aufgrund der großen Anzahl an Beiträgen (auf Instagram sind es beispielsweise 378 Beiträge für die Jahre 2020 und 2021), zweitens da das Material zur Beantwortung der Forschungsfrage nicht geeignet ist: Fokus auf visuelle Aspekte, Dominanz von

⁶ Zum Klimaticket – dem dritten untersuchten Klimaschutzprojekt der Bundesregierung – hat FFF keine eigene Stellungnahme veröffentlicht.

Erklärungen (z.B. Was ist die COP?) und Protestankündigungen bzw. -aufrufe. Der Materialkorpus für das Untersuchungsfeld umfasst auch ohne eine Analyse von Social Media Beiträgen von FFF ein weites Feld an Textsorten, wie in Tabelle 2 veranschaulicht.

Mit diesem Materialkorpus – Presseaussendungen, offene Briefe, Forderungsstatements, Interview – umfasst der Untersuchungszeitraum die Jahre 2020 und 2021 und deckt sich damit Großteils mit dem Untersuchungszeitraum auf der diskursiven Ebene der Entscheidungsträger*innen. Bei den Diskursfragmenten ohne Datum (siehe Tabelle 2) kann aufgrund der Thematik und des Inhalts davon ausgegangen werden, dass sie sich innerhalb des genannten Untersuchungszeitraums befinden.

Presse- mitteilungen		2020 (13x) 2021 (10x)
Offene Briefe	Corona-Verhandlungen nicht ohne Klimawissenschaftler:innen Rückgrat oder Rückschritt: offener Brief zu Datteln 4 Klimaschutzgesetz – offener Brief an die Bundesregierung	14.05.2020 30.05.2020 Ohne Datum
Forderungs- statements	Forderungen von FFF zur Ökosozialen Steuerreform Stellungnahme zum Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes von FFF	Ohne Datum Ohne Datum
Interview	Aktivist Steininger, FM4, „Wie öko ist die ökosoziale Steuerreform?“	15.10.2021

Tabelle 2: Diskursfragmente im Materialkorpus für FFF

Ausgehend von der durchgeführten Strukturanalyse wurden folgende zwei Diskursfragmente für die Feinanalyse der KDA gewählt: die Presseaussendung „Nein zu Airline Rettungsgelder!“ von FFF vom 10. April 2020 (FFF-A 10.04.2020) und das Interview mit Steininger zur ökosozialen Steuerreform (Steininger 2021). Die gewählten Diskursfragmente werden hinsichtlich der in ihnen vorgebrachten Forderungen, Deutungen und ökomodernen Topoi und Aussagen als für das Material typisch eingeordnet. Ähnlich wie bei der Untersuchungsebene der regierenden Entscheidungsträger*innen sind die Diskursfragmente zwar typisch, aber repräsentieren nicht den gesamten Korpus. Daher beruht auch bei der Ebene der sozialen Bewegungen die Ergebnispräsentation sowohl auf der Topos-, Fein- und Strukturanalyse.

Nach dieser Darstellung der Materialkorpora widmet sich das abschließende Kapitel des Methodenteils der Operationalisierung des ökomodernen Diskurses, um dem Fokus dieser Arbeit nach ökomodernen Argumentationen und Darstellungsweisen in den Diskursen in der empirischen Analyse Rechnung zu tragen.

4.5 Operationalisierung des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung

In diesem Kapitel geht es um die Frage, wie sich der ökomoderne Diskurs in konkreten Diskursfragmenten nachweisen lässt. Woran kann festgemacht werden, dass eine Argumentation oder

Darstellungsweise in einem Diskursfragment dem neoliberalen Diskurs der ökologischen Modernisierung entspricht?

Der KDA folgend lassen sich Diskurse anhand ihrer Aussagen – der inhaltlichen Grundelemente – ermitteln. Aussagen erscheinen nicht an der sprachlichen Oberfläche, sondern liegen als Annahmen und Inhalte den Äußerungen, die getätigt werden, zugrunde. Ergebnis einer KDA ist die Bestimmung der zentralen Aussagen. Daher wird der ökomoderne Diskurs in Form von inhaltlichen Aussagen operationalisiert. Weiter unten werden diese zentralen ökomodernen Aussagen aufgelistet. Dabei unterscheide ich grob zwischen deutenden und normativen Aussagen. Die deutenden Aussagen beziehen sich darauf, wie die Welt im ökomodernen Diskurs wahrgenommen und verstanden wird. Die normativen Aussagen sollen die Handlungsansprüche und -empfehlungen des ökomodernen Diskurses abbilden. Die Unterscheidung ist keineswegs trennscharf wie z.B. die Aussage der wissenschaftlichen Bearbeitung der Klimakrise exemplarisch zeigt: einerseits wird eine wissenschaftliche Bearbeitung der Klimakrise eingefordert, andererseits wird im ökomodernen Diskurs die Deutung vermittelt, dass unter Hinzuziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse eine erfolgreiche Bearbeitung der Krise möglich ist. Außerdem muss erwähnt sein, dass eine scharfe Trennung zwischen deutenden und normativen Aussagen dem theoretischen Diskursverständnis der KDA nicht standhält, denn deutende Aussagen beeinflussen immer auch Verhalten, legen die einen Verhaltensweisen nahe und werten die anderen ab: Wenn Wirtschaftswachstum als Teil der Lösung der ökologischen Krise betrachtet wird, erscheinen wachstumskritische Lösungsansätze als unvernünftig und werden weniger stark umgesetzt. Dementsprechend versteht die KDA Diskurse auch als Verkettungen von Aussagen, die miteinander zusammenhängen. Genauso sind die unten aufgelisteten ökomodernen Aussagen aufeinander bezogen, stützen und bedingen mitunter einander. Diese Liste ist so formuliert, dass sie die ökomodernen Deutungsangebote und Handlungsanweisungen möglichst umfassend abbildet, wenngleich sich dadurch mehrere Aussagen überschneiden:

Deutende Aussagen

- Klimaschutz ist eine Win-Win Situation für alle gesellschaftlich Beteiligten.
- Klimaschutz ist mit Wirtschaftswachstum vereinbar.
- Technologische Innovationen sind die Lösung der Klimakrise.
- Klimaschutzmaßnahmen zahlen sich finanziell aus.
- Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.
- Die Klimakrise kann erfolgreich bearbeitet werden, wenn man politische Entscheidungen auf Grundlage von (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen fällt.

Normative Aussagen

- Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden.
- Klimaschutzmaßnahmen sollen einen ökologischen *und* ökonomischen Nutzen bringen.
 - Stärkung des Wirtschaftsstandorts, der Wettbewerbsfähigkeit, des Wirtschaftswachstums.
- Ökologische Schäden sollen hingenommen werden, wenn dadurch Wirtschaftswachstum oder Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder gestärkt werden können.
- Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden.
- Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.
- Das Kriterium der Kosteneffizienz soll die Wahl von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen.
- Die Natur soll für die Gesellschaft und ihre Institutionen nutzbar gemacht werden.
- Mit kleinen reformerischen Schritten anstelle revolutionärer soll die Klimakrise bearbeitet werden.

Diese Auflistung ökomoderner Aussagen soll es ermöglichen die zu untersuchenden Diskursfragmente nach ihren ökomodernen Darstellungsweisen und Deutungen befragen zu können und vorhandene zu ermitteln. Eine ökomoderne Argumentation tritt dann auf, wenn für eine der aufgereihten ökomodernen Aussagen argumentiert wird. Das Beispiel in Tabelle 3 soll das veranschaulichen:

Diskursfragment/ Äußerung	„Ohne einen hohen CO2-Preis kann es keinen Umbau zur klimafreundlichen Wirtschaft geben. Reiche Menschen und Konzerne tragen zudem den größten Anteil an Emissionen zur Klimakrise bei. Klimazerstörung muss daher einen Preis bekommen, während mit Modellen, wie z. B. Öko-Boni, gleichzeitig Schritte hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit umgesetzt werden können“ (FFF-A 10.03.2021).
Aussagen	• Die Verantwortlichkeit an der Klimakrise ist sozial ungleich verteilt. • Klimaschutz kann und soll zu sozialer Gerechtigkeit beitragen.
Ökomoderne Aussagen	• Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden. • Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden. • Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden. • (Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.)
Ökomoderner Topos	Topos des Klimaschutzes im ökonomischen Handlungsfeld (pragmatische Argumentation): Um wirksamen Klimaschutz zu realisieren, müssen von der Klimakrise verursachte Schäden als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.

Tabelle 3: Beispiel für die Operationalisierung des ökomodernen Diskurses und Analyse ökomoderner Darstellungsweisen und Argumentationen

Im Diskursverständnis der KDA machen Diskurse sowohl Sagbarkeitsfelder für die einen Aussagen auf und Sagbarkeitsfelder für die anderen Aussagen zu. Um den ökomodernen Diskurs umfänglich zu

operationalisieren, werden die zu untersuchenden Diskursfragmente auch dahingehend befragt, ob sie Aussagen aus den Ansätzen und Perspektiven vermitteln, die im ökomodernen Diskurs de-thematisiert, marginalisiert und/oder als unvernünftig dargestellt werden. Das sind folgende:

- Kritische Perspektiven auf Wachstum und Kapitalismus
- Kritische Perspektiven auf Wissenschaft, Fortschritt und Modernität
- Kritische Perspektiven auf das anthropozentrische Naturverständnis
- Revolutionäre Ansätze (anstelle reformerischer)
- Suffizienz-Ansätze
- Gerechtigkeitsperspektiven

Anhand dieser Operationalisierung des ökomodernen Diskurses kann die Forschungsfrage nach ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen und damit die Frage nach einer ökomodernen Hegemonie bearbeitet werden. Die Ergebnisse der Analysen stehen im Mittelpunkt des anschließenden Kapitels.

5 Ergebnispräsentation

Im Folgenden werden die Ergebnisse der durchgeführten KDA und Topos-Analyse vorgestellt. Die Diskursstränge zu Klimaschutz auf den zwei untersuchten diskursiven Ebenen werden anhand der ökomodernen Aussagen diskutiert, um zu verstehen, inwieweit die Akteur*innen auf den Ebenen der regierenden Entscheidungsträger*innen und der sozialen Bewegungen ökomoderne Deutungen vermitteln und ökomoderne Argumentationen verfolgen. Wie bereits im Abschnitt zur Operationalisierung des ökomodernen Diskurses erklärt, überschneiden und stützen sich die ökomodernen Aussagen aufeinander. Das setzt sich in der folgenden Ergebnispräsentation, die sich an den ökomodernen Aussagen orientiert, fort, weshalb es teilweise zu Wiederholungen kommt. Gleichzeitig wird damit dem Ziel, die ökomodernen Deutungen und Handlungsanforderungen möglichst vollständig abzudecken, Rechnung getragen. Die beiden diskursiven Ebenen werden getrennt voneinander behandelt und erst im Abschlusskapitel zusammen diskutiert.

5.1 Ergebnispräsentation: Ökomoderne Deutungen und Argumentationen auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen

Bevor ich die Ergebnisse der KDA und Topos-Analyse für den Diskursstrang Klimaschutzpolitik auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen im Detail anhand der ökomodernen Aussagen vorstelle, wird nun einleitend ein sehr knapper Überblick über die wesentlichen Deutungsangebote des Diskurses gegeben:

Ein zentrales Deutungsangebot, das Akteur*innen auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen vermitteln, ist, dass erfolgreiche und ambitionierte Klimaschutzpolitik gemacht wird, bei der die Menschen mitgenommen werden (Kogler 2022: 135, Brunner 07.07.2021: 125). Von Klimaschutz profitiert die gesamte Gesellschaft, indem die Umwelt geschützt, Arbeitsplätze geschaffen werden und die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleibt, so die Darstellung (Gewessler 12.08.2020). Die Aussage von erfolgreichem Klimaschutz beruht auf der Überzeugung, dass Klimaschutz prinzipiell notwendig ist. Klimaschutz erfordert eine Veränderung, „eine rasche Transformation“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 83) gesellschaftlicher Systeme. Dieser „große Umbau“ (Gewessler 07.07.2021: 116) betrifft vor allem das Energiesystem, die Industrie und den Verkehr. Diese gilt es klimaverträglich umzugestalten. Den Kern der Klimaverträglichkeit stellen die Reduktion des Ausstoßes von Treibhausgasen, allen voran CO₂ Emissionen dar. Im Diskurs beruht diese Transformation auf technologischen Innovationen, (Energie-)Effizienzsteigerungen, kreislaufwirtschaftlichen Elementen und ökonomischen Anreizsetzungen, die sowohl die Reduktion des Ausstoßes von CO₂ als auch die Senkung des Ressourcen- und Energieverbrauchs bewerkstelligen können (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72, 80, 83, Brunner 07.07.2021: 125). Die im Diskurs mit Abstand zentralsten Technologien sind dabei die erneuerbaren Energieträger.

Durch die durchgeführten Analysen bin ich zu der Feststellung gelangt, dass der Diskursstrang Klimaschutzpolitik auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen klar als ökomodern einzustufen ist. Die Äußerungen der Diskursfragmente beruhen zum Großteil auf ökomodernen Wissensformen, Darstellungsweisen und Handlungsempfehlungen. Der ökomoderne Charakter des Diskurses soll nun der Reihe nach anhand der ökomodernen Aussagen und den untersuchten Diskursfragmenten dargestellt werden. Im Zuge dessen werden auch die diskursrelevanten ökomodernen Topoi diskutiert.

5.1.1 Klimaschutz ist eine Win-Win Situation für alle gesellschaftlich Beteiligten.

Im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen wird Klimaschutz klar als etwas dargestellt, das für alle primär positive Auswirkungen hat: auf das Soziale, das Ökonomische und das Ökologische. So schließt Gewessler beispielsweise ihren Redebeitrag im Bundesrat zur ökosozialen Steuerreform damit: „Am Ende gewinnen wir alle“ (Gewessler 03.02.2022: 96). Insbesondere von Gewessler wird diese ökomoderne Aussage bedient und sogar immer wieder der Begriff der „Win-Win“-Situation genutzt (Gewessler 09.10.2020, 14.10.2020). Im Facebook-Beitrag vom 3. Mai 2020 erklärt sie, welche Vorteile ein klimaverträgliches, mit erneuerbaren Energieträgern ausgebautes Energiesystems mit sich bringt: „Der Sektor nutzt heimische Ressourcen, generiert Jobs in der Region, bringt größtenteils heimische Wertschöpfung in Österreich. Ein Win-Win. Deswegen ist der Erneuerbaren-Ausbau gerade jetzt eine politische Priorität“ (Gewessler 03.05.2020). Wie an diesem Beispiel deutlich wird, wird im

Diskurs vom Topos im normativen Kausalschema *Wenn Klimaschutz positive Effekte für alle gesellschaftlichen Beteiligten hat, soll er umgesetzt werden* ausgehend argumentiert.

5.1.2 Klimaschutz ist mit Wirtschaftswachstum vereinbar.

Diese ökomoderne Aussage liegt zahlreichen Äußerungen in den Diskursfragmenten zugrunde. Ganz wie im ökomodernen Diskurs wird im untersuchten Diskurs der Gegensatz zwischen Klimaschutz und Wirtschaftswachstum nicht nur aufgelöst, sondern auch die wirtschaftlichen Chancen von Klimaschutz betont: Steigerung des Wachstums und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und des Standorts (Brunner 07.07.2021: 125). Mehrere Beispiele finden sich dafür u.a. in Gewesslers Social Media Statements im Frühjahr 2020, in denen sie Klimaschutz als Maßnahme zur Stärkung der Konjunktur befürwortet. „Den Kampf gegen die #Wirtschaftskrise müssen wir als Kampf gegen die #Klimakrise führen“ (Gewessler 01.04.2020). „Der Green-Deal der EU wird der Konjunktur guttun“ (Gewessler 17.03.2020). Insbesondere Brunner macht die Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum auch immer wieder explizit. Auf seinem Instagram Account bezeichnet er die ökosoziale Steuerreform mehrmals als „die Brücke zwischen Wirtschaft und Klimaschutz“ (Brunner 5.10.2021, 7.10.2021, 13.11.2021). In einem Post teilt Brunner einen Ausschnitt aus einem Pressestatement zur ökosozialen Steuerreform, wo er das Verhältnis von Wirtschaft und Klimaschutz expliziert: „Das ist glaube ich einer der entscheidenden Punkte, Ansatzpunkte, die wir haben, nämlich, dass sich Klimaschutz, wenn man es intelligent macht, und Wirtschaft und Standort nicht ausschließen, ganz im Gegenteil, das ist eine Chance auch für die Wirtschaft und die Unternehmen sehen das auch als große Chance“ (Brunner 17.12.2021). Im Sinne des ökomodernen Diskurses ist Klimaschutz nicht nur mit Wirtschaftswachstum vereinbar, sondern fungiert sogar als Wirtschaftsmotor. Wie im letzten Zitat sichtbar, wird hier für eine Deutung – anstelle eines normativen Geltungsanspruches – argumentiert. Der zugehörige Topos kann wie folgt im Kausalschema zusammengefasst werden: *Wenn Klimaschutz eine wirtschaftliche Chance darstellt, dann sind Klimaschutz und wirtschaftliche Interessen miteinander vereinbar*. Im Vergleich zum inhaltlich ähnlichen Topos des wirtschaftlichen Nutzens, der weiter unten besprochen wird, ist der hier genannte Topos für das gesamte Untersuchungsmaterial von geringerer Bedeutung.

5.1.3 Technologische Innovationen sind die Lösung der Klimakrise.

Im Diskurs sind technologische Innovationen ein klarer und zentraler Bestandteil zur Erreichung der gesetzten Klimaziele. „Mit den derzeit vorhandenen technologischen Mitteln werden wir uns wahrscheinlich schwertun, die Ziele zu erreichen. Deswegen müssen wir in den nächsten Jahren auch so intensiv auf das Thema Innovation setzen“ (Brunner 07.07.2021: 125). Die angestrebte klimaverträgliche Zukunft und Produktionsweise wird mehrfach mit den Adjektiven innovativ und/oder technologisch beschrieben (ebd., Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 76, Gewessler 07.07.2021: 116). Zur naturverträglichen Umstellung des Energiesystems steht im Regierungsprogramm beispielsweise: „Für

die Industrie und das Gewerbe werden die Weichen in Richtung einer neuen, hoch innovativen, kreislauffähigen und klima-freundlichen Technologie-Ära gestellt“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 73).

Im Diskurs liegt der Fokus klar auf *technologischen* Innovationen, beispielsweise grünes Gas (ebd.: 79, Gewessler 07.07.2021: 117), Wasserstoff (Brunner 07.07.2021: 125), „neue Speichertechnologien“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 82) und „Smart Grids“ (ebd.). *Soziale* Innovationen, wie die durch das EAG ermöglichten Erneuerbaren Energiegemeinschaften, werden auch thematisiert (Gewessler 27.08.2020, 29.08.2020), aber unverkennbar schwächer als die technologischen.

Ein wichtiger Teil der technologischen Innovationen sind im Diskurs Techniken zur Steigerung der Energieeffizienz. Insbesondere im Regierungsprogramm wird ihnen eine zentrale Position im Klimaschutz zugesprochen. Österreich könne dadurch „bis zur Mitte des Jahrhunderts mit deutlich weniger Energieverbrauch auskommen und die Energiewende naturverträglich gelingen“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72). Rebound-Effekte, welche die erstmaligen Verbrauchsreduktionen an anderer Stelle wieder zunichtemachen, werden im Regierungsprogramm nicht thematisiert.

In diesem Zusammenhang wird in Form einer pragmatischen Argumentation der Topos des technologischen Lösungswegs realisiert: *Um die Herausforderung Klimakrise erfolgreich zu bearbeiten, müssen technologische Innovationen entwickelt und ausgebaut werden.* An den meisten Stellen im Diskurs wird jedoch nicht für die ökomoderne Aussage, dass technologische Innovationen die Lösung der Klimakrise sind, argumentiert, heißt, es werden selten Gründe/Prämissen dafür angeführt. Stattdessen fungiert die Aussage als Deutung der sozialen Wirklichkeit.

Im Regierungsprogramm wird auch deutlich gemacht, dass es vor allem die Unternehmen sind, welche Innovationen zur Lösung der Klimakrise entwickeln – eine weitere ökomoderne Deutung. Unter anderem mit der Experimentierklausel (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 82), der Investitionsprämie (Gewessler 12.08.2020) oder dem „Green Supporting Factor“⁷ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 76) schafft die Bundesregierung einen gesetzlichen Rahmen von Anreizen und Unterstützungsmaßnahmen für die Entwicklung und Anwendung ökologischer technologischer Innovationen durch Unternehmen. An anderer Stelle im Regierungsprogramm wird die Rolle von Unternehmen noch deutlicher gemacht: „Im Kampf gegen den Klimawandel werden wir auch den tatkräftigen Beitrag von Start-ups und KMUs brauchen, die jene Innovationen beschleunigen, die uns

⁷ Der „Green Supporting Factor“ sieht auf EU-Ebene vor, „dass Banken für Kredite, die effektiv dazu beitragen, den Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft zu beschleunigen, weniger Eigenkapital hinterlegen müssen“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 76).

ein CO₂-neutrales Leben und Wirtschaften ermöglichen“ (ebd.: 76). Wie in der ökomodernen Theorie von Huber (2011) wird den Unternehmen und dem Markt die Lösung der Klimakrise – wenigstens teilweise – überantwortet.

5.1.4 Klimaschutzmaßnahmen zahlen sich finanziell aus.

Die ökomoderne Aussage, dass sich Klimaschutz wortwörtlich auszahlt, hängt eng mit den ökomodernen Darstellungsweisen einer Win-Win-Konstellation und der wirtschaftlichen Chance von Klimaschutz zusammen. Ersichtlich wird das beispielsweise in Gewesslers Post zur Investitionsprämie, der alle drei Aussagen vermittelt: "Investitionen in den Klimaschutz rechnen sich dreifach: Sie sichern unseren Wirtschaftsstandort, schaffen Jobs der Zukunft - und ermöglichen ein gutes Leben auf unserem Planeten" (Gewessler 12.08.2020).

Die Aussage, dass sich Klimaschutz auszahlt, zielt stärker – gegenüber dem Win-Win-Statement – auf die finanziellen Vorteile von Klimaschutz, die nicht unbedingt, aber auch, Unternehmen zukommen. Beispielsweise ist die Senkung der Mobilitätskosten ein zentrales, immer wiederkehrendes Argument im Diskurs zum Klimaticket (Gewessler 25.03.2021). „Die Menschen sollen leistungsfähig, umweltschonend und sicher an ihr Ziel ankommen. Jetzt stellen wir die Weichen dafür“ (Gewessler 09.06.2020). Auch im Kontext der erneuerbaren Energiegemeinschaften, streicht Gewessler die finanziellen Vorteile von Klimaschutz hervor: „Bereits 2021 können Haushalte und KMUs energie- und kostensparend grünen Strom über eigene Kraftwerke produzieren und nutzen“ (Gewessler 29.08.2020). Und auch der klimaverträgliche Umbau des Energiesystems wird über seine Kostenersparnis legitimiert:

„122 Tage, bis 1. Mai, kann sich Österreich selbst mit erneuerbarer Energie versorgen, den Rest des Jahres sind wir abhängig von Öl-, Kohle- und Erdgas-Importen. Kostenpunkt: 11. Mrd Euro im Jahr 2019. Mein Ziel ist klar: ein klimafittes und krisenfestes Energiesystem.“ (Gewessler 03.05.2020)

In ihrem Redebeitrag im Bundesrat zum Beschluss der ökosozialen Steuerreform macht Gewessler außerdem klar, dass sich Klimaschutz nicht nur auszahlt, sondern auch auszahlen soll.

„Klimaschädliches CO₂ bekommt einen gerechten Preis, und mit dem Klimabonus sorgen wir gleichzeitig dafür, dass sich Klimaschutz auszahlt. Diese zwei Dinge hängen zusammen, sie verstärken sich auch. [...] Sie wirken zusammen und zeigen, dass sich Klimaschutz auszahlt, und zwar für unsere Gesundheit, aber auch im Börsen.“ (Gewessler 03.02.2022: 94)

Mit der Deutung, dass sich Klimaschutz wortwörtlich auszahlt, hängt auch stark der ökomoderne normative Anspruch zusammen, dass das Kriterium der Kosteneffizienz die Wahl von Maßnahmen maßgeblich bestimmen soll. Der in diesem Zusammenhang realisierte Topos der Kosten wird daher erst weiter unten diskutiert.

5.1.5 Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.

Diese ökomoderne Aussage wird in den Diskursfragmenten sehr selten explizit gemacht, aber bildet eine zentrale Grundannahme, von der ausgehend gesprochen wird. Zwar besteht im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen ein Konsens darüber, dass Klimaschutz eine Transformation bestehender Systeme, wie dem Energiesystem, notwendig macht, die zentralen Funktionslogiken der Gesellschaft und ihrer Institutionen – Nutzbarmachung von Natur, Wettbewerbsfähigkeit, Wirtschaftswachstum – werden von diesem Umbau aber nicht tangiert oder in Frage gestellt. Die Transformation, von der im Diskurs die Rede ist, bedeutet also ganz im Sinne des ökomodernen Ansatzes keine Abkehr von der Modernität und dem Kapitalismus, sondern lediglich seine Ökologisierung. Im Diskurs besteht ein Konsens darüber die Klimakrise mit marktbasierten Maßnahmen zu bearbeiten: sowohl die CO₂ Bepreisung, die den zentralen klimapolitischen Baustein in der ökosozialen Steuerreform darstellt, als auch das Klimaticket sind Maßnahmen, die sich in einem ökonomischen Handlungsfeld bewegen. Es wird von Kosten-Nutzen kalkulierenden Marktsubjekten ausgegangen, bzw. werden diese im Sinne Foucaults produziert, deren Verhalten über Preissignale gelenkt werden kann: Wenn die Vermeidung von CO₂ Emissionen kostengünstiger ist als die Extrakosten durch die CO₂ Steuer, werden die Emissionen reduziert, so die Logik. Gleichzeitig wird den Subjekten die Freiheit gegeben, ihr Verhalten an die gesetzten – klimapolitischen – Preisanreize anzupassen oder anderwärtig mit den gestiegenen Kosten von CO₂ umzugehen. Klimaschutz soll über ein ökonomisches Anreizsystem bewerkstelligt werden. Die beschlossene CO₂ Steuer kann zudem in ein Emissionshandelssystem überführt werden, sodass wie bereits auf EU-Ebene ein eigener Markt für Emissionszertifikate geschaffen wird. Auch die über das EAG ermöglichten Bürger*innen-Energie-Gemeinschaften werden als „neuer Marktakteur im Strommarkt“ (Gewessler 29.08.2020) betrachtet, worin sich die diskursive Produktion von Marktsubjekten wiederholt. Die gegebenen gesellschaftlichen Strukturen und die ihnen inhärenten Prinzipien werden also im Diskurs als adäquate Mittel zur Bearbeitung der Klimakrise betrachtet und verwendet. Ganz im Sinne des Neoliberalismus wird der Markt als Regulationsmechanismus für außer-wirtschaftliche, gesellschaftliche Bereiche – in diesem Fall die Klimakrise – herangezogen. Für diese ökomoderne Aussage wird nicht argumentiert, sondern sie liegt den Äußerungen als grundlegende Deutung der Wirklichkeit zugrunde.

5.1.6 Die Klimakrise kann erfolgreich bearbeitet werden, wenn man politische Entscheidungen auf Grundlage von (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen fällt.

Auch diese ökomoderne Aussage ist Bestandteil des Diskurses auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen. Beispielsweise möchte die Bundesregierung zur Erreichung der Klimaneutralität 2040 den „Paris-Pfad einschlagen mit wissenschaftsbasierter Klimapolitik“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 73). In der Struktur- und Feinanalyse wurden über eine eigene

Kategorie auch die Quellen des Wissens vermerkt, auf die sich Diskursteilnehmer*innen berufen. Ergebnis ist, dass besonders die Wissenschaft bzw. Expert*innen ohne konkrete Spezifizierung bezüglich einer Fachrichtung, und die Wirtschaftswissenschaft Autoritäten darstellen, auf deren Erkenntnisse zurückgegriffen wird (Gewessler 03.02.2022). In Koglers Rede im Nationalrat zur ökosozialen Steuerreform – als Vertretung der Ministerin Gewessler – wird das exemplarisch deutlich:

„Dies ist einmalig und führt auch dazu, dass die Verteilungseffekte aus der CO₂-Bepreisung – das muss man sich einmal vorstellen, das so hinzubringen! – tatsächlich für die schwächeren Einkommen einen höheren Nettoeffekt erzeugen als umgekehrt. Das hat nicht nur der Budgetdienst des Hauses – diesen sollten Sie ja akzeptieren –, das haben auch die Wirtschaftsforschungsinstitute anerkannt, der Fiskalrat, und, und, und.“ (Kogler 2022: 133)

In diesem Diskursfragment beruht die Argumentation auf dem – auf einer eher abstrakten Ebene rekonstruierten – Topos der Wissenschaft im Autoritätsschema *Wenn Wissenschaftler*innen bzw. Expert*innen etwas behaupten, dann stimmt es*. Mit Blick auf das gesamte Untersuchungsmaterial wird im Diskurs jedoch wenig über diesen Topos argumentiert.

5.1.7 Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden.

Die Aussage, dass Klimaschutz notwendig ist, liegt den Diskursfragmenten durchwegs implizit zugrunde und wird nur selten explizit geäußert. Beispielsweise im Regierungsprogramm bekennen sich die Politiker*innen zu ihrer „Verantwortung“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72.) Maßnahmen zur Klimawandelbekämpfung und Klimawandelanpassung zu ergreifen. Die Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen wird nur an wenigen Stellen argumentativ begründet. Die Ursache dafür scheint in der Überzeugung der Diskursteilnehmer*innen zu liegen, dass in Politik und Gesellschaft ein Konsens über die Notwendigkeit von Klimaschutz besteht. Angesichts dieses Konsenses besteht kein Anlass die These der Erfordernis von Klimaschutz zu rechtfertigen. Ein Instagram Beitrag von Brunner stützt diese Erklärung. In dem Post spricht er in einem kurzen Video vor dem Nationalrat: „Weil es ist ja beim Klimaschutz längst nicht mehr die Frage, ob etwas geschehen muss, ob wir etwas tun müssen, sondern es geht um die Frage, wie wir das anstellen“ (Brunner 21.11.2021).

An ein paar wenigen Stellen wird jedoch die Handlungsanweisung Klimaschutz umzusetzen argumentativ begründet, indem der menschengemachte Klimawandel und seine negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft als Gründe angeführt werden. In ihrer Argumentation der ökosozialen Steuerreform verweist Gewessler darauf, „dass wir alle die Konsequenzen von klimaschädlichem Verhalten tragen: die schlechte Luft, den wenigen Platz, die extreme Hitze, die Zerstörung der Lebensgrundlagen“ (Gewessler 03.02.2022: 94). Und auch im Regierungsprogramm ist die Rede von der „besorgniserregende[n] Veränderung unseres Klimas“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72). Der davon abgeleitete Topos im normativen Kausalschema *Wenn der Klimawandel zu negativen gesellschaftlichen Auswirkungen führt, sollen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden*

fungiert im Untersuchungsmaterial nur selten als Übergang innerhalb einer Argumentation, sondern liegt als normativer Anspruch den Äußerungen zugrunde.

5.1.8 Klimaschutzmaßnahmen sollen einen ökologischen und ökonomischen Nutzen bringen.

Die „ökomodernere Doppelstrategie der gleichzeitigen Verfolgung ökologischer und ökonomischer Ziele“ (Krüger 2015: 105) ist wesentlicher Bestandteil des Diskurses auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen, besonders in den Diskursfragmenten von Brunner und entsprechenden Kapitel im Regierungsprogramm. Wie bereits bei der ökomodernen Deutung der Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum ausgeführt, wird Klimaschutz im Diskurs als Wachstumschance verstanden. Zudem wird stark die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und ihrer Betriebe thematisiert, welche durch die Klimaschutzmaßnahmen profitieren. In seinem Redebeitrag im Nationalrat zum Budget 2022 und der ökosozialen Steuerreform erklärt Brunner das Ziel von Klimaschutz: „Und natürlich geht es [beim Klimaschutz] auch darum CO2 Emissionen zu reduzieren, aber eben nicht nur, sondern es geht auch darum gleichzeitig den Wirtschaftsstandort nachhaltig zu stärken. Mit Investitionen, mit Innovation, mit Zusammenarbeit insgesamt“ (Brunner 21.11.2020). An anderen Stellen im Diskurs wird Klimaschutz nicht nur als Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit, sondern gar ihr Garant dargestellt. Im Regierungsprogramm heißt es beispielsweise:

„Bund, Bundesländer und Gemeinden arbeiten gemeinsam und abgestimmt an der Erreichung der Klimaziele und treffen Zukunftsentscheidungen, die Planungssicherheit für die Bevölkerung und die Wirtschaft ermöglichen. So sichern wir den Wohlstand der österreichischen Bevölkerung und die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020 72)

Die Überzeugung, dass Klimaschutz die Bedingung von Wettbewerbsfähigkeit ist, gründet auf der Deutung eines internationalen Wettbewerbs um ökologische und CO2 arme Technologien und Produktionsweisen. Der Staat sieht sich klar in der Verantwortung Österreichs Wirtschaft und Standort in diesem Wettbewerb zu unterstützen, Österreich „zum Vorreiter im Klimaschutz“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72) zu machen. Im Regierungsprogramm heißt es dazu: „So sichern wir langfristig diesen wichtigen Sektor am Standort Österreich und sind im Wettbewerb der Zukunft, dem Wettbewerb um die ökologischsten statt billigsten Produktionsweisen, als Vorreiterland positioniert“ (ebd.: 73).

In diesem Zusammenhang kann von einer ökomodernen Argumentation gesprochen werden. Die strittige These (soll die Klimaschutzmaßnahme erlassen werden oder nicht) wird über den Grund/die Prämisse gestützt, dass dadurch eine Stärkung oder Sicherung des Standorts oder der Wettbewerbsfähigkeit gewährleistet wird. Das Argumentationsschema kann als Topos des wirtschaftlichen Nutzens verstanden werden und tritt vor allem im normativen Kausalschema *Wenn eine Klimaschutzmaßnahme die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum oder den Standort unterstützt, soll sie ergriffen werden* als diskursrelevanter Topoi auf.

An anderer Stelle wird der Topos des wirtschaftlichen Nutzens auch über eine pragmatische Argumentation realisiert. Im Kontext eines Zeit-im-Bild 2 Interviews über die ökosoziale Steuerreform postet Brunner auf Instagram: „Die ökosoziale Steuerreform bringt eine gewaltige Entlastung für die Menschen. Um den Standort zu stärken, setze ich auf Ökologisierung und Digitalisierung“ (Brunner 04.12.2021). Den Topoi kann man an dieser Stelle wie folgt rekonstruieren: *Wenn man den Wirtschaftsstandort unterstützen will, muss man Klimaschutz (und Digitalisierung) realisieren.* Klimaschutz ist in dieser Argumentation ein Mittel zum Zweck der gewünschten Standortstärkung.

5.1.9 Ökologische Schäden sollen hingenommen werden, wenn dadurch Wirtschaftswachstum oder Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder gestärkt werden können.

Diese ökomoderne Aussage wird im Diskurs nur implizit vermittelt, indem Klimaschutzmaßnahmen an die Bedingung ihrer wirtschaftlichen Vereinbarkeit geknüpft werden. Klimaschutz, der der Wirtschaft schadet, ist im Diskurs nicht konsensfähig. Anhand meiner Ausführungen zur konstatierten wirtschaftlichen Chance von Klimaschutz sollte das bereits klar geworden sein. Darüber hinaus möchte ich die Regelmäßigkeit erwähnen, mit der Akteur*innen auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen versichern, dass die erfassten Maßnahmen Planungssicherheit garantieren und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen erhalten bleibt (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72, 77, Kogler 2022: 134, Gewessler 03.02.2022: 94). „Wir setzen uns dafür ein, dass Österreich seine Energieziele verfolgen kann, setzen also alles daran, das Ziel Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen, um eben unsere Unternehmen und die BürgerInnen in diesem Umbau des Energiesystems zu unterstützen“ (Gewessler 07.07.2021: 117). Im Zusammenhang mit der ökosozialen Steuerreform wird außerdem deutlich gemacht, dass die Erreichung von Klimazielen der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet wird. Klimaschutz wird aufgrund dessen weniger intensiv betrieben und ökologische Schäden in Folge hingenommen. „Erstens einmal haben ja auch Industriebetriebe und Wirtschaftsbetriebe Teile der CO₂-Bepreisung zu tragen; nicht so viel, weil wir sie ja zum Teil kompensieren, weil wir sie auch wettbewerbsfähig haben wollen, aber es bleibt dort etwas übrig“ (Kogler 2022: 134).

Im Anschluss an diese Ausführungen kann als Gegenstück zum oben genannten Topos des wirtschaftlichen Nutzens folgender ökomoderne Topos des ökonomischen Vorrangs im normativen Kausalschema, formuliert werden: *Wenn Klimaschutzmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, sollen sie nicht ergriffen werden.* Im Vergleich zum Topos des wirtschaftlichen Nutzens nimmt dieses Argumentationsschema jedoch einen geringeren Stellenwert im Diskurs ein.

5.1.10 Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld erfolgen.

Wie bereits bei der ökomodernen Deutung, dass die bestehenden Strukturen die Klimakrise erfolgreich bearbeiten können, ausgeführt, sind im Diskurs der regierenden Entscheidungsträger*innen besonders marktförmige Lösungen konsensfähig. Sowohl der Diskurs als auch die erlassenen Maßnahmen zielen auf die Produktion von ökonomischen Subjekten, die ihr Verhalten an das Ziel der Kostenreduktion anpassen. Indem der Staat über die CO₂ Bepreisung oder das Klimaticket klimaverträglichen Produkten einen Wettbewerbsvorteil und klimaschädlichen einen Wettbewerbsnachteil gibt, soll Klimaschutz verwirklicht werden. Mit dieser ökomodernen Aussage hängt auch eng folgende ökomoderne Aufforderung zusammen:

5.1.11 Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.

Wenn Klimaschutz darüber geschieht, ökologische Schäden als Kosten aufzurechnen, findet er genau im ökonomischen Handlungsfeld statt. Hinter einer CO₂ Bepreisung steht ebenjene Darstellung ökologischer Schäden als Kosten. Indem Kostenwahrheit hergestellt wird, regeln die Marktmechanismen ökologische Problematiken, so die Überlegung. Auch wenn im untersuchten Diskursmaterial der Begriff Kostenwahrheit nicht fällt, ist die dahinterstehende Idee davon in den erlassenen Maßnahmen und Äußerungen impliziert. In ihrer Rede zur ökosozialen Steuerreform erklärt Gewessler: „Wer sich weiterhin bewusst dafür entscheidet, mehr CO₂ auszustoßen, mit dem SUV durch die Innenstadt zu fahren, der wird einen fairen Beitrag dafür leisten“ (Gewessler 03.02.2022: 94).

Auf Grundlage dieser zwei ökomodernen Aussagen (5.1.10. und 5.1.11.) findet im Diskurs der regierenden Entscheidungsträger*innen eine ökomoderne Argumentation statt, die bereits Kammermann im Schweizer Mediendiskurs festgestellt hat und die ich an dieser Stelle übernehmen möchte: der „Topos des ökonomischen Klimaschutzes (pragmatische Argumentation): *Wenn Klimaschutz wirksam und umsetzbar sein soll, dann muss er im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden*“ (Kammermann 2021: 216). Gleichzeitig soll gesagt werden, dass dieser Topos weniger in tatsächlichen Argumentationen eingesetzt wird, sondern stärker als genereller Konsens dem Diskurs als Aussage zugrunde liegt. In einem der Diskursfragmente der Feinanalyse wird der Topos jedoch im Zuge einer Argumentation deutlich. Brunner postet zur ökosozialen Steuerreform: „Ich bin für Anreize statt Verbote. Die ökosoziale Steuerreform folgt genau diesem Ansatz und setzt Anreize für umweltfreundliches Verhalten und stärkt den Wirtschaftsstandort. So machen wir Klimaschutz mit Hausverstand und Praxistauglichkeit“ (Brunner 5.10.2021). Mit den Begriffen Hausverstand und Praxistauglichkeit legt Brunner seine Einschätzung nahe, dass eine Form von Klimaschutz, die nicht auf (ökonomische) Anreize setzt – also im ökonomischen Handlungsfeld stattfindet – und/oder einen wirtschaftlichen und ökologischen Doppelnutzen erzielt, in der Realität bzw. Praxis zum Scheitern verurteilt ist. Damit macht er Klimaschutz im ökonomischen Handlungsfeld zum Muss.

5.1.12 Das Kriterium der Kosteneffizienz soll die Wahl von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen.

Auch diese ökomoderne Aussage steht im Zusammenhang mit bereits diskutierten Aussagen. Die ökomoderne Anforderung eines ökonomischen *und* ökologischen Nutzens von Klimaschutz impliziert beispielsweise bereits, dass die Kosten für Unternehmen geringgehalten werden sollen. Besonders auch im Absatz zur Aussage, dass sich Klimaschutz finanziell auszahlt, wurde gezeigt, dass die Kostenersparnisse von Klimaschutzmaßnahmen ein zentrales Element im Diskurs darstellt. Diese betreffen auf der einen Seite die Bevölkerung und auf der anderen die Unternehmen. In einem kurzen Video auf Facebook rechtfertigt Gewessler die schrittweise Umsetzung der drei Stufen des Klimatickets in ökomoderner Manier:

„Und diese Vorgehensweise, das hat uns auch der Nationalrat bestätigt, ein Beschluss aller Abgeordneten, aller Parteien, aus allen Bundesländer. Das heißt es entstehen den Verkehrsbetrieben, den Bundesländern keine zusätzlichen Kosten und sie haben auch keine Einbußen durch die Einführung des Österreich-Tickets.“ (Gewessler 25.09.2020)

Auch im Regierungsprogramm wird versichert:

„Der klimagerechte Umbau aller Sektoren, insbesondere des Energiesystems und der Infrastruktur, erfolgt unter Berücksichtigung der Kosten für Haushalte und Unternehmen. Soziale Härtefälle werden jedenfalls vermieden und auch Unternehmen werden bei der Transformation und den notwendigen Anpassungsmaßnahmen unterstützt.“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 72)

Im Diskurs wird ausgehend von folgendem ökomodernen Topos der Kosten im Kausalschema argumentiert: *Wenn eine Klimaschutzmaßnahme kosteneffizient ist – Kosten einspart, geringe oder keine Kosten verursacht – soll sie umgesetzt werden.*

Am letzten Zitat aus dem Regierungsprogramm ist jedoch erkenntlich geworden, dass die Einsparung betriebswirtschaftlicher Kosten im Diskurs nicht das einzige Kriterium zur Bewertung einer Klimaschutzmaßnahme ist. Auch der soziale Ausgleich bzw. die soziale Gerechtigkeit sind Gründe, mit denen für Klimaschutzmaßnahmen argumentiert wird. Im Diskurs der regierenden Entscheidungsträger*innen geschieht dies stark im Zusammenhang mit der ökosozialen Steuerreform und dem darin installierten Klimabonus⁸. Gewessler sagt im Bundesrat darüber: „Jede und jeder in diesem Land bekommt den Klimabonus. Das ist eines der stärksten, auch progressiven Elemente dieser Steuerreform – der Verweis auf den Budgetdienst ist schon gefallen –, und deswegen ist es ein Teil davon“ (Gewessler 03.02.2022: 94). Hier scheint auf den ersten Blick der Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen vom ökomodernen Diskurs abzuweichen, da in letzterem soziale Kriterien eine untergeordnete Position in der Bewertung von Maßnahmen einnehmen.

⁸ Der Klimabonus fungierte als ein Mal jährliche finanzielle Rückvergütung der Einnahmen aus der CO₂ Bepreisung an die Bevölkerung. Der Klimabonus ist je nach Region und dem dort vorhandenen Angebot öffentlicher Verkehrsmittel gestaffelt.

Gleichzeitig muss an dieser Stelle die soziale Treffsicherheit der Maßnahme kritisch beleuchtet werden. Der Klimabonus ist schließlich nicht nach sozialen, sondern regionalen Gesichtspunkten gestaffelt, um dem unterschiedlichen Angebot an öffentlichem Verkehr und damit der Möglichkeit CO₂ zu vermeiden Rechnung zu tragen: wer am Land lebt, bekommt einen höheren Klimabonus als wer in der Stadt wohnt. Laut einer Untersuchung von Eurostat ist in Österreich die Armutsgefährdung in Städten jedoch doppelt so groß wie am Land (Huber 2023). Die soziale Treffsicherheit der Maßnahme lässt dementsprechend zu wünschen übrig. Weitere kritische Anmerkungen zur sozialen Ausgleichsfunktion des Klimabonus⁴ finden sich beispielsweise bei Marhold et al. (2022: 112f). Nichtsdestotrotz stellt der Klimabonus ein progressives Element dar, dass im Zusammenhang mit der Klimaschutzmaßnahme installiert wurde und das im Diskursstrang zur ökosozialen Steuerreform eine zentrale Aussage darstellt. Im Vergleich zu den Kriterien der Kostenersparnis und Förderung der Wettbewerbsfähigkeit oder des Wirtschaftswachstums nimmt der soziale Aspekt im gesamten Diskursmaterial der regierenden Entscheidungsträger*innen eine schwächere Position ein. Ein Bruch mit dem ökomodernen Diskurs kann daher hier nicht festgestellt werden.

Ein weiteres Kriterium nach dem Klimaschutzmaßnahmen im Diskurs bewertet werden, ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Insbesondere Gewessler betont regelmäßig die Arbeitsplätze, die durch Klimaschutzprojekte entstehen (Gewessler 17.03.2020, 03.05.2020, 09.10.2020, 07.07.2020). „Thermische Sanierung, erneuerbare Energien, Ausbau öffentlicher Infrastruktur – das alles schafft Arbeitsplätze, die nachhaltig sind. Und wir schützen damit unser Klima.“ (Gewessler 01.04.2020). Ihre Argumentationen beruhen in diesem Kontext auf dem Topos der Schaffung von Arbeitsplätzen, der als normatives Kausalschema darstellbar ist: *Wenn Klimaschutz Arbeitsplätze schafft, soll er umgesetzt werden*. Die Herstellung von Vollbeschäftigung ist im neoliberalen Staatsverständnis kein – oder wenn dann nur ein untergeordnetes – politisches Ziel. An dieser Stelle wird also eine leichte Abweichung vom ökomodernen Diskurs festgestellt, da im untersuchten Diskurs neben der Kosteneffizienz auch die Generierung von Arbeitsplätzen ein wichtiges Argument für Klimaschutzmaßnahmen darstellt.

5.1.13 Die Natur soll für die Gesellschaft und ihre Institutionen nutzbar gemacht werden.

Im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen besteht ein Konsens darüber Natur primär über ihre Funktionen und ihren Nutzen für den Menschen, die Gesellschaft und ihre Institutionen zu betrachten, Stichwort Ökosystemdienstleistungen. Die Natur gilt beispielsweise als Mittel zur Herstellung von Versorgungssicherheit (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 81) und der Gewährleistung von Importunabhängigkeit aus dem Ausland (ebd.: 83). Unter anderem in der im Regierungsprogramm vorgestellten Bioökonomie-Strategie wird die ökonomische Perspektive auf Natur sichtbar. Der Fokus der Bioökonomie-Strategie liegt klar auf der marktbasierten Verwertbarkeit von Natur: erneuerbare Rohstoffe sollen stärker in den Wirtschaftssektoren zur Anwendung kommen (ebd.). Die Produktentwicklung aus biogenen Roh- und Reststoffen soll forciert werden, die

Rahmenbedingungen dafür angepasst. Zudem soll eine Imagekampagne, kombiniert mit der Weiterentwicklung von Labels, den Verkauf der bioökonomiebasierten Produkte steigern (ebd.: 84).

Auch auf sprachlicher Ebene wird das Naturverständnis im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen deutlich: Im Untersuchungsmaterial wird Natur fast durchwegs über den Begriff der Umwelt adressiert, was eine Trennung zwischen dem Menschen und der ihn umgebenden anorganischen und organischen Welt aufmacht. Das Mensch-Natur-Verhältnis wird als ein hierarchisches Ausbeutungsverhältnis interpretiert. Deutungen, in denen das Mensch-Natur-Verhältnis als Kontinuität und Interdependenz gefasst wird, kommen im untersuchten Diskursmaterial nicht vor. Im Diskurs dominiert also die ökomoderne Vorstellung von Natur als in Wert gesetzte Umwelt.

5.1.14 Mit kleinen reformerischen Schritten anstelle revolutionärer soll die Klimakrise bearbeitet werden.

Im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen besteht ein Konsens über leicht in die bestehenden Strukturen integrierbaren Klimaschutzmaßnahmen und eine *schrittweise* klimaverträgliche Umgestaltung gesellschaftlicher Systeme, um Menschen und Unternehmen beim Klimaschutz mitzunehmen (Brunner 07.07.2021: 125). Die kontinuierliche Steigerung des CO₂ Preises wird in diesem Sinne gerechtfertigt: „Es braucht Planbarkeit, es braucht Vorhersehbarkeit für die Menschen in unserem Land, für die Unternehmen, die umsteigen können und so Zeit haben auf bessere, auf klimafreundlichere Alternativen zu setzen“ (Gewessler 03.02.2022: 94). Anschaulich wird die ökomoderne Aussage einer schrittweisen Bearbeitung der Klimakrise auch im Regierungsprogramm. Bereits im Namen verweist der „Phase-Out-Plan für fossile Energieträger“ (Bundesregierung Schwarz-Grün 2020: 77) auf einen kontinuierlichen Abbau. Die Strategie sieht vor: „Im Dialog mit den Bundesländern, Energieversorgern und Gasnetzbetreibern ist ein Fahrplan zur *stufenweisen* Entflechtung der Wärmenetze zu entwickeln“ (ebd., Hervorhebung L.J.H.). Ebenfalls mit einem Stufenplan soll die Raumwärme im Gebäudesektor unabhängig von Öl, Gas und Kohle werden (ebd.: 77f).

Der in diesem Zusammenhang relevante Topos wird in Form einer pragmatischen Argumentation rekonstruiert: *Um die Planungssicherheit für Unternehmen und Haushalte zu gewährleisten, müssen Klimaschutzmaßnahmen schrittweise umgesetzt werden.* Dieser Topos kann zusammen mit dem bereits diskutierten Argumentationsschema *Wenn Klimaschutzmaßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit gefährden, sollen sie nicht ergriffen werden* einem gemeinsamen Topos zugeordnet werden; der Topos des wirtschaftlichen Vorrangs. Von dem ausgehend wird im Diskurs für die Unterordnung ökologischer Ziele unter ökonomische argumentiert.

Den einzigen Kontrast zur ökomodernen Herangehensweise durch Reform passiert auf sprachlicher Ebene in Gewesslers Äußerungen zum Klimaticket, das von ihr mehrfach als „Revolution“ (Gewessler

17.09.2020, 25.09.2020) im öffentlichen Verkehr bezeichnet wird. Gewessler verwendet den Ausdruck vor dem Hintergrund, dass das Klimaticket bereits seit 2006 in unterschiedlichen Regierungsprogrammen enthalten war, ohne politisch umgesetzt worden zu sein. Diesen historischen Hintergrund bringt sie selbst zur Sprache. Angesichts der realen Ausmaße des Klimatickets – ein freiwilliges Angebot – verweist das Wort Revolution in diesem Fall jedoch nicht auf eine abrupte radikale gesellschaftliche Veränderung, sondern scheint in Gewesslers Äußerungen eher als Formulierung zu dienen, um den Erfolg der eigenen Regierungsarbeit im Klimaschutz zu bekräftigen. Als grüne Ministerin für Klimaschutz ist diese Vorgehensweise auch nicht überraschend. Demgegenüber äußert sich Brunner, Mitglied der ÖVP, zum Klimaticket in einer klassisch ökomodernen Deutung: „Das Klimaticket ist der nächste Schritt zur nachhaltigen Mobilität“ (Brunner 26.03.2021).

Nach dieser Diskussion des Diskursstrangs Klimapolitik auf der Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen entlang der ökomodernen Aussagen sollte deutlich geworden sein, dass die Akteur*innen zentrale Betrachtungsweisen und Wissensformen des ökomodernen Diskurses reproduzieren.

5.2 Ergebnispräsentation: Ökomoderne Deutungen und Argumentationen auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen

Im Folgenden wird ein kurzer Überblick über zentrale Aussagen und ihrer Verkettungen des Diskursstrangs Klimaschutzpolitik auf Ebene der sozialen Bewegungen gegeben, um einen ersten einleitenden Einblick von den Deutungen sozialer Wirklichkeit zu erhalten. Anschließend folgt eine detaillierte Ergebnispräsentation in Form einer Auseinandersetzung mit den ökomodernen Deutungen und Argumentationen, die im Diskurs präsent sind.

Eine zentrale Deutung der Akteur*innen von FFF ist, dass der von politischen Entscheidungsträger*innen realisierte Klimaschutz unzureichend die Klimakrise bearbeitet. Sei das auf Ebene der Stadt Wien, der österreichischen Bundesregierung oder der EU, die Klimaschutzmaßnahmen der Politiker*innen führen weder zu ausreichenden Senkungen der Treibhausgas-Emissionen noch zu Klimagerechtigkeit, so die Darstellung (FFF-A 28.05.2021, 10.03.2021, 21.07.2020). Klimaschutzprojekte wie das Klimaticket oder das EAG bewertet FFF zwar als Erfolg (FFF-A 21.12.2021), doch der Fokus im Diskurs liegt ganz klar auf der Deutung der staatlichen Klimapolitik als ungenügend. Dazu kommt die Einschätzung, dass staatliche Politiken die Klimakrise vorantreiben, wie beispielsweise die Vergabe der Wirtschaftshilfen an die AUA im Kontext der Corona-Pandemie oder der geplante Bau einer Stadtautobahn in Wien (FFF-A 10.04.2020, 28.05.2021).

Ausgehend von der Deutung einer ungenügenden Klimaschutzpolitik wird die Notwendigkeit von politischem Protest und zivilgesellschaftlichem Druck auf Entscheidungsträger*innen abgeleitet. „Wer

soll unser Recht auf eine lebenswerte Zukunft einfordern, wenn nicht wir? [...] Es ist unsere Pflicht als privilegiertes Land, unser Demonstrationsrecht zu nutzen, wenn wir können“ (FFF-A 25.09.2020). Das zentrale Anliegen im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen ist die Erreichung der Pariser Klimaziele. Dementsprechend werden im Diskurs allen voran Maßnahmen zur Senkung der CO₂ Emissionen und zur Realisierung von Klimagerechtigkeit gefordert (FFF-A 25.09.2020, 07.10. 2020). Der Begriff Klimagerechtigkeit nimmt im Diskurs eine besondere Stellung ein. Er wird einerseits mit unterschiedlichen Bedeutungsinhalten aufgeladen und andererseits oft ohne Konkretisierung eingefordert. Immer wieder wird damit die Forderung nach sozialem Ausgleich, also der Unterstützung niedriger Einkommensschichten in Österreich verknüpft (FFF-A o. D.B: 2, Steininger 2021). An anderen Stellen rekurriert der Begriff auf die historische Verantwortung der industriellen Staaten gegenüber den Staaten und Menschen, die nun von den negativen Folgen des Klimawandels am stärksten betroffen sind, aber ungleich weniger zur Klimaerwärmung beigetragen haben. In diesem Zusammenhang wird mit dem Begriff Klimagerechtigkeit auf die Pflicht Österreichs verwiesen, vor diesem historischen Hintergrund nun noch stärker die Emissionen von Treibhausgasen zu reduzieren (FFF-A o. D.A, 07.10.2020). Auf einer generalisierten Ebene wird über Klimagerechtigkeit auch gefordert: „Die Kosten der Klimakrise sollen von jenen getragen werden, die sie verursachen“ (FFF o. D.C: 1).

Auffallend im Diskurs der sozialen Bewegungen ist außerdem die Darstellung der negativen Folgen der Klimakrise, also die Konsequenzen von erfolgloser Klimapolitik (FFF-A 07.10.2020). „Meine Generation und alle kommenden müssen später für das Desaster bezahlen, das heutige europäische Regierungschefs mitverursachen“ (FFF-A 21.07.2020). Von den negativen Auswirkungen des Klimawandels wird die Notwendigkeit und auch Dringlichkeit zu Handeln und Klimaschutz umzusetzen abgeleitet, die ebenfalls zentrale Aussagen im Diskursstrang auf Ebene der sozialen Bewegungen bilden (FFF-A 11.09.2020, 17.11.2020). Die geforderte Transformation von Wirtschafts- und Sozialsystem wird im Diskurs als alternativlos und wirtschaftlich notwendig dargestellt und es wird die Einschätzung vertreten, dass die für die Transformation notwendigen Lösungen Großteils bereits vorhanden sind, beispielsweise in Form von erneuerbaren Energieträgern oder energieeffizienten Technologien (FFF-A 24.11.2020, 17.11.2020.) Die Politik ist in der Verantwortung diese Lösungen aufzugreifen und ein Ende fossiler Energieträger einzuläuten (FFF-A o. D.B: 1, 04.02.2021).

Nach diesem knappen Einblick werden die Ergebnisse der Analyse im Detail präsentiert. Die Untersuchung hat mich zu der Feststellung geführt, dass der Diskurs von FFF zu einem Großteil auf ökomodernen Deutungen beruht und diese reproduziert. Anhand der ökomodernen Aussagen mache ich das im Folgenden sichtbar. Im Zuge dessen werden die aus dem Untersuchungsmaterial herausgearbeiteten diskursrelevanten ökomodernen Topoi vorgestellt, die den zentralen Argumentationen zugrunde liegen.

5.2.1 Klimaschutz ist eine Win-Win Situation für alle gesellschaftlich Beteiligten.

Diese positive Deutung von Klimaschutz nimmt im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen eine untergeordnete Rolle ein, da im Diskurs die alarmierende Darstellung der Notwendigkeit zu Handeln vor dem Hintergrund negativer Folgen bei Nicht-Handeln dominiert. Nichtsdestotrotz wird die ökomoderne Darstellung einer Win-Win Situation in manchen Diskursfragmenten vermittelt, wie beispielsweise im Kontext der Wahlen in Wien 2020, wo die FFF Aktivistin Anna Khoudokormova eine klimafreundliche Verkehrspolitik fordert: „Nur ungefähr ein Drittel der Wienerinnen und Wiener besitzt überhaupt ein Auto. Mit Pop-up Radwegen und verkehrsberuhigten Zonen wird also nicht nur der Umwelt und dem Klima, sondern auch dem Großteil der Bevölkerung Wiens geholfen“ (FFF-A 08.06.2020B). Doch nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft hat Klimaschutz positive Auswirkungen, so eine zentrale Deutung. Bei einem gemeinsamen Projekt zwischen FFF und der Gewerkschaft Bau-Holz zitiert FFF in ihren Pressemitteilungen den Vorsitzenden Beppo Muchitsch: „Die Sanierungsrate anzuheben ist in Wahrheit ein dreifacher Jackpot – für ein besseres Klima, für mehr Arbeitsplätze und für mehr Aufträge für die Wirtschaft“ (FFF-A 04.02.2021).

5.2.2 Klimaschutz ist mit Wirtschaftswachstum vereinbar.

Im letzten Zitat ist bereits sichtbar geworden, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen nicht als Widerspruch gedacht werden. Auch die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen wird durch Klimaschutz nicht eingeschränkt, so die Deutung. Das macht FFF beispielsweise in ihren Forderungen zum EAG deutlich, wo sie eine verbrauchsabhängige Umlage zur Finanzierung des EAG vorschlagen und im Zuge dessen erklären: „Eine Belastung in dieser Höhe stellt auch für energieintensive exportorientierte Unternehmen kein Problem dar, weil ein Strompreisverfall durch die Fördermaßnahmen in ähnlicher Höhe erwartet werden kann“ (FFF o. D.C: 4). Doch Klimaschutz und Wirtschaftswachstum – und damit verbunden die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen – werden nicht nur als vereinbar dargestellt. Mehr noch nimmt die Deutung von Klimaschutz als Voraussetzung für eine funktionierende, stabile und wettbewerbsfähige Wirtschaft im Diskurs eine zentrale Stellung ein. Diese Betrachtungsweise wird insbesondere in der Pressemitteilung ersichtlich, welche die Gespräche zwischen FFF Aktivist*innen und Mitgliedern der Bundesregierung zu den Konjunkturmaßnahmen und Wirtschaftshilfen nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 reflektiert: „Bundeskanzler Sebastian Kurz habe kaum Wissen über die Klimakrise und erkenne die wirtschaftlichen Risiken einer zögerlichen Klimapolitik nicht, kritisieren die Klimaaktivist*innen“ (FFF-A 05.06.2020). Die Klimakrise wird als Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Standort gedeutet: „Weite Teile der ÖVP nehmen die Warnungen angesehener Ökonom*innen und Finanzexpert*innen nicht ernst, denken Wirtschaft zu rückschrittlich und riskieren dadurch, den österreichischen Wirtschaftsstandort in eine Sackgasse zu fahren“ (ebd.). Folglich wird Klimaschutz zur ökonomischen Notwendigkeit. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Reaktion von FFF auf die

geplanten staatlichen Wirtschaftsgelder an die AUA Fluggesellschaft: „Auch wirtschaftspolitisch ist das AUA-Rettungspaket ausschließlich kurzfristig sinnvoll: Eine klimaneutrale Transformation der AUA ist dringend notwendig, um die Wirtschaftlichkeit und somit die Arbeitsplätze des Flugkonzerns langfristig zu sichern.“ (FFF-A 08.06.2020A).

Im Diskurs wird jedoch eine Opposition zwischen *fossilen*-wirtschaftlichen Interessen und Klimaschutzziele aufgemacht, wie folgende Beispiele veranschaulichen:

„Gasheizungen sind ein veraltetes System, das heutzutage kaum jemand mehr bräuchte. Aber mit schmutzigen Tricks werden wir von der Gaslobby abhängig gehalten. Die politisch Verantwortlichen müssen Menschen und eine lebenswerte Zukunft vor die Interessen von Lobbys und Konzernen stellen.“ (FFF-A 02.09.2020)

„Bei jedem kleinen Radweg wird uns vorgerechnet, wie teuer das nicht ist, aber für eine vierspurige Straße ist anscheinend genug Geld da. Für wen wird hier Politik gemacht? Für den Profit von Baukonzernen, aber sicher nicht für die breite Bevölkerung. Sozialdemokratie in Zeiten der Klimakrise muss anders gehen!“ (FFF-A 28.05.2021)

Diesbezüglich wird im Diskurs zwischen den „oft fortschrittlichen und an Nachhaltigkeit orientierten Klein- und Mittelunternehmen“ (FFF-A 02.03.2020) und den „großen klimaschädlichen Konzernen“ (ebd.) unterschieden. Die Konzerne, die über die Verarbeitung fossiler Brennstoffe Profite generieren, werden als Hauptverursacher der Klimakrise bezeichnet (FFF-A 08.07.2020, 02.03.2020). Erfolgreicher Klimaschutz und die Fortführung einer *fossilen* Industrie schließen einander aus, so die Deutung. Was auf einen ersten flüchtigen Blick wie ein Bruch mit dem ökomodernen Diskurs aussehen mag, fügt sich jedoch genau in die ökomoderne Forderung einer ökologischen Weiterentwicklung der modernen Strukturen und Systeme. Denn das ökomoderne Projekt konstruiert ein zu verwerfendes Außen, das als „Verfolgung von Interessen einer umweltschädigenden Wirtschafts- und Lebensweise [...], die keine Rücksicht auf das Gemeinwohl nehme“ (Krüger 2015: 114) verstanden wird und Klimaschutz prinzipiell ablehne. Auf der untersuchten diskursiven Ebene wird genau im Sinne der ökologischen Modernisierung argumentiert, dass insbesondere die fossilen Konzerne eine klimafreundliche Transformationsstrategie brauchen, um wirtschaftlich rentabel zu bleiben. Diese Argumentation wird sowohl im Kontext der AUA Fluggesellschaft als auch der OMV vorgebracht, wie bereits oben zitiert (FFF-A 08.06.2020A, 08.07.2020). Der Widerspruch, der zwischen fossilen Wirtschaftszweigen und Klimaschutz verortet wird, führt also nicht zur Darstellung einer generellen Opposition zwischen Wirtschaft und Klimaschutz, sondern mündet in der ökomodernen Befürwortung von grünem Wirtschaften und Wachstum. Der hier realisierte Topos in Form einer pragmatischen Argumentation *Wenn die Wirtschaft stabil und wettbewerbsfähig sein soll, muss Klimaschutz realisiert werden* wird bei der ökomodernen Aussage zum ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens noch genauer diskutiert, sei aber an dieser Stelle bereits erwähnt.

5.2.3 Technologische Innovationen sind die Lösung der Klimakrise.

Die ökomoderne Aussage von der Relevanz technologischer Innovationen ist in zahlreichen Diskursfragmenten impliziert. Eine zentrale Darstellungsweise im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen ist in diesem Zusammenhang, dass technische Lösungen und Alternativen zu klimaschädlichen Technologien bereits vorhanden sind und es lediglich an der Umsetzung durch die Politik mangelt (FFF-A 02.09.2020, 17.11.2020, 24.11.2020). „Obwohl mittlerweile ausreichend erneuerbare Energieträger als Alternativen zur Verfügung stehen (1), sehen die Pläne der Stadt vor, dass im Neubau bis 2025 Gasheizungen verwendet werden“ (FFF-A 11.09.2020). FFF sieht die politischen Entscheidungsträger*innen in der Verantwortung die Anschaffung der neuen Technologien leistbar zu machen und die nötige Infrastruktur, wie beispielsweise das Fernwärmenetz, auszubauen (FFF-A 04.02.2021).

Im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen wird zudem das von der Bundesregierung geschnürte EAG als Errungenschaft gewertet:

„Einige Erfolge kann sich die österreichische Klimabewegung aber dennoch auf die Fahnen schreiben, meint auch Anika Dafert aus Salzburg: „Ohne Fridays For Future wäre der Klimaschutz in Österreich wie in den letzten Jahren hinten angestellt worden. Der Stopp des Lobau-Tunnels, das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, das Klimaticket, Klimaneutralität 2040, all das hätte es wahrscheinlich nicht gegeben!“ (FFF-A 21.12.2021)

Wenngleich FFF eine Stellungnahme mit Forderungen zum EAG an die Bundesregierung versendet hat, begrüßen sie insgesamt das Gesetzespaket. Die Vorschläge in der Stellungnahme zielen darauf die Wirksamkeit der Maßnahmen zu steigern (FFF-A o. D.C: 1). Auch in der Befürwortung des EAG äußert sich also die ökomoderne Annahme, dass technologische Innovationen ein Schlüsselement zur Bearbeitung der Klimakrise darstellen. Die Argumentationen in diesem Zusammenhang, die für den Diskurs relevant sind, lassen sich dem Topos des techno-innovativen Lösungswegs zuordnen und können im normativen Kausalschema dargestellt werden: *Wenn es alternative ökologische Technologien für fossile Energiequellen gibt, sollen diese angewandt werden.*

5.2.4 Klimaschutzmaßnahmen zahlen sich finanziell aus.

Diese ökomoderne Aussage wird im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen nur implizit über das konstatierte Bedingungsverhältnis von Wirtschaft und Klimaschutz vermittelt: Wenn erfolgreicher Klimaschutz notwendig für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft ist, zahlt sich Klimaschutz ökonomisch und finanziell aus. Zur Veranschaulichung dient folgende Pressemitteilung von FFF anlässlich eines neuen Photovoltaik-Projekts der OMV: „Das fossile Zeitalter ist vorüber und mittel- bis langfristig wird sich das Geschäft mit fossilen [sic] Öl und Gas auch wirtschaftlich nicht mehr rechnen. Mit ihrer Expertise und ihrer Infrastruktur hat die OMV großes Potenzial in vielen alternativen Geschäftsfeldern“ (FFF-A

08.07.2020). Der damit in Verbindung stehende Topos wird beim ökologisch-ökonomischen Nutzen von Klimaschutz expliziert.

5.2.5 Die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten.

Wie bereits weiter oben ausgeführt stellt die Deutung, dass politische Entscheidungsträger*innen die Klimakrise nicht angemessen bearbeiten, eine Kernaussage der Akteur*innen auf Ebene der sozialen Bewegungen dar. Die Frage, ob im Diskurs die ökomoderne Annahme vermittelt wird, dass die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen die Klimakrise erfolgreich bearbeiten *können*, ist damit jedoch noch nicht beantwortet.

Im Diskurs herrscht ein Konsens darüber, dass vor allem die politischen Entscheidungsträger*innen in der Pflicht stehen auf die Klimakrise zu reagieren. Auch Konzerne tragen Verantwortung ihre Produktionen klimafreundlich zu gestalten. Eine Transformation des Wirtschaftssystems wird dementsprechend als alternativlos dargestellt. Mit zentralen Funktionslogiken und Leitzielen gesellschaftlicher Strukturen und Institutionen soll im Zuge der geforderten Transformation aber nicht gebrochen werden. Fortschritt bleibt beispielsweise ein deklariertes Ziel und wird mit Klimaschutz zusammengedacht. Anschaulich wird das beispielsweise in einer Pressemitteilung von FFF Wien über die neue Stadt-Regierung: „Rot-Pink muss sich als echte, fortschrittliche und mutige Klimakoalition erst beweisen“ (FFF-A 24.11.2020). Auch die kapitalistische Wachstumslogik wird im Diskurs nicht grundlegend in Frage gestellt. Dies zeigt sich exemplarisch an folgendem Diskursfragment, wo FFF Aktivist Aaron Wölfling einen Wechsel des Kerngeschäfts der OMV fordert:

„Speziell im Bereich der erneuerbaren Energie, in dem es ein Wachstum braucht, oder der Petrochemie auf der Basis nachwachsender - und eben nicht fossiler - Rohstoffe, gibt es für den Konzern eine Zukunft. Aktuell mangelt es nur am Willen und am Mut zur Veränderung.“ (FFF-A 08.07.2020)

Zudem stellen marktbasierte Instrumente, allen voran die CO₂ Bepreisung, zentrale Forderungen im Diskurs dar (Steininger 2021, FFF-A o. D.B, 09.03.2021, 10.03.2021). Der Forderung nach einer ökosozialen Steuerreform liegt die Annahme zugrunde, dass über ein ökonomisches Anreizsystem die Klimakrise erfolgreich bearbeitet werden kann. Wie bereits beim Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen ausgeführt, werden die Menschen als ökonomische Subjekte, die ihr Verhalten am Ziel der Kostensenkung ausrichten, konstruiert. Der Markt – als zentraler Mechanismus der bestehenden Strukturen – wird im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen als geeignet zur Bearbeitung der Klimakrise betrachtet und eingefordert. Die ökomoderne Deutung, dass die bestehenden Strukturen und Institutionen die Klimakrise erfolgreich bearbeiten können, wird reproduziert. Argumentationen, die in diesen Zusammenhang stehen, richten sich auf die Einforderung

von Klimaschutz im ökonomischen Handlungsfeld. Der zugehörige Topos wird bei der diesbezüglichen ökomodernen Aussage weiter unten diskutiert.

5.2.6 Die Klimakrise kann erfolgreich bearbeitet werden, wenn man politische Entscheidungen auf Grundlage von (natur-)wissenschaftlichen Erkenntnissen fällt.

Die Wissenschaft fungiert im untersuchten Diskurs als bedeutende diskursive Autorität. Politische Maßnahmen werden unter Hinzuziehung wissenschaftlicher Einsichten kritisiert und die eigenen Positionen unter Berufung auf Wissenschaftler*innen argumentiert (FFF-A 07.10.2020, 21.12.2021, Steininger 2021). Dabei wird im Großteil von der Wissenschaft im Generellen und an manchen Stellen von Klima- und Wirtschaftswissenschaftler*innen im Spezifischen gesprochen (FFF-A 05.06.2020, 14.05.2020). Die ökomoderne Annahme, wonach eine wissenschaftsbasierte Klimapolitik zu erfolgreichem Klimaschutz führt, und der damit zusammenhängende Topos der Wissenschaft müssen als zentral für den Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen gewertet werden. Das folgende Zitat aus einem offenen Brief an die Bundesregierung von FFF Austria veranschaulicht das exemplarisch:

„Wir fordern die permanente Einbeziehung von unabhängigen Wissenschaftler*innen mit klimarelevanter Expertise in alle Gremien, die Entscheidungen über die Konjunkturmaßnahmen treffen, um das 1.5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens erreichen zu können und nachhaltige, krisensichere Arbeitsplätze zu schaffen.“ (FFF-A 14.05.2020)

Wie in diesem Zitat ersichtlich wird im untersuchten Diskurs über den Topos der Wissenschaft in Form einer pragmatischen Argumentation argumentiert: *Wenn Klimaschutz erfolgreich sein soll, müssen die Maßnahmen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen.* Über den Topos der Wissenschaft wird auch im Autoritätsschema *Wenn Wissenschaftler*innen etwas zu Klimaschutzmaßnahmen behaupten, dann stimmt es* argumentiert, wie folgendes Zitat von Steininger zur ökosozialen Steuerreform beispielhaft zeigt: „Der Preis ist ganz klar zu niedrig, weil - wie Wissenschaftler*innen wie Verena Winiwarter oder Gottfried Kirchengast gesagt haben - der Preis einfach zu niedrig ist, um spürbare Veränderungen zu bewirken“ (Steininger 2021).

5.2.7 Es sollen Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden.

Die ökomoderne Annahme der Notwendigkeit von Klimaschutz kann als die grundlegendste Aussage im untersuchten Diskurs verstanden werden. Die Feststellung einer unzureichenden staatlichen Klimaschutzpolitik, die immer wieder vermittelt wird, gründet auf ebenjener Überzeugung, dass Klimaschutzmaßnahmen erlassen werden sollen. Sowohl implizit als auch explizit wird diese Aussage von FFF vermittelt und auch dafür argumentiert (FFF-A 25.09.2020, 11.09.2020, 10.04.2020, o. D.A, Steininger 2021 und weitere). Im offenen Brief zur geplanten Inbetriebnahme des Steinkohlekraftwerks Datteln4 fordern die Aktivist*innen die zuständigen finnischen Regierungsmitglieder auf: “Step up, and show that in times where ecological tipping points are no longer speculation, but are at our very

doorstep, there are government leaders willing to do what is necessary to protect the future of their children.” (FFF-A 30.05.2020). Die Argumentationen im Diskurs basieren in diesem Zusammenhang auf folgendem Topos in Form einer pragmatischen Argumentation: *Um die negativen Auswirkungen der Klimakrise abzuwenden, müssen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden.*

5.2.8 Klimaschutzmaßnahmen sollen einen ökologischen und ökonomischen Nutzen bringen.

Auch diese ökomoderne Aussage ist Teil des erforschten Diskurses. In den untersuchten Diskursfragmenten werden Klimaschutzmaßnahmen zwar zuallererst daran gemessen und kritisiert, ob und wie effektiv sie zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen – also einen ökologischen Nutzen erzielen. Wie bereits bei der ökomodernen Annahme zur Vereinbarkeit von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum erläutert, wird Klimaschutz jedoch als Bedingung einer stabilen Wirtschaft betrachtet. Folgendes Zitat veranschaulicht das exemplarisch: „Um ein stabiles Wirtschaftssystem und eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in Österreich sicherzustellen, braucht es gerade jetzt eine Ökologisierung!“ (FFF-A 10.04.2020). Auf Grundlage des angenommenen Dependenzverhältnis von Klimaschutz und Wirtschaft argumentieren Aktivist*innen für Klimaschutzmaßnahmen. Folgender Topos des wirtschaftlichen Nutzens kann in Form einer pragmatischen Argumentation im Diskurs festgestellt werden: *Wenn die Wirtschaft stabil und wettbewerbsfähig sein soll, muss Klimaschutz realisiert werden.* (Die strittige Frage ist bei diesem Topos nicht, welche Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden sollen, sondern wie das gewünschte Ziel – wirtschaftliche Performance – erreicht werden kann.)

Dieser Deutung folgend bringen Klimaschutzmaßnahmen automatisch einen ökonomischen Nutzen, da sie die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen des Nicht-Handelns abwehren. In der oben zitierten Pressemitteilung heißt es außerdem: „Die Förderung von Kreislaufwirtschaft, erneuerbaren Energien und regionalen Produkten hilft nicht nur beim Klimaschutz, sondern macht unsere Wirtschaft widerstandsfähiger und weniger abhängig von Öl- und Gasimporten aus dem Ausland“ (FFF-A 10.04.2020). Klimaschutz wird als doppelter Gewinn verstanden - ökologisch und ökonomisch. Auch diese ökomoderne Annahme wird im Diskurs transportiert. Im Zuge dieser Argumentationen wird an manchen Stellen auch ein neoliberales Staatsverständnis sichtbar, wonach der Staat die Wirtschaft im internationalen Wettbewerb erfolgreich zu positionieren hat. Das folgende Beispiel veranschaulicht das. Nach den Gesprächen mit Bundeskanzler Kurz und Vizekanzler Kogler kritisieren die Aktivist*innen von FFF die Regierungsmitglieder für ihre unambitionierte Klimapolitik: „Europa befindet sich mitten in der Energiewende und will klimaneutral werden. Wenn die österreichische Wirtschaft nicht schnell nachhaltig wird, müssen unsere Unternehmen mit erheblichen Wettbewerbsnachteilen rechnen“ (FFF-A 05.06.2020).

5.2.9 Ökologische Schäden sollen hingenommen werden, wenn dadurch Wirtschaftswachstum oder Wettbewerbsfähigkeit erhalten oder gestärkt werden können.

Diese ökomoderne Aussage findet sich in den untersuchten Diskursfragmenten nicht. Die bewusste Hinnahme ökologischer Schäden ist im von FFF geführten Diskurs nicht konsensfähig. Darüber hinaus dominiert die Vorstellung, dass Klimaschutz die Voraussetzung zum Erhalt von Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit darstellt, die Betrachtung vom Verhältnis Ökologie und Ökonomie (FFF-A 10.04.2020, 08.06.2020A, 08.07.2020).

5.2.10 Klimaschutz soll im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden.

Im untersuchten Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen herrscht ein Konsens darüber die Klimakrise allen voran mit marktbasierten Instrumenten zu bearbeiten. FFF fordert beispielsweise das EAG über eine verbrauchsabhängige anstelle einer verbrauchsunabhängigen Umlage zu finanzieren, um ein ökonomisches Anreizsystem zur Reduktion des Energieverbrauchs zu installieren (FFF-A o. D.C: 1,4). Besonders aber die Bepreisung von CO₂ stellt eine zentrale und immer wiederkehrende Forderung der Akteur*innen dar (FFF-A 10.03.2021, 17.03.2021, 8.10.2021). Eine CO₂ Steuer wird als notwendige Maßnahme zur Erreichung der Klimaziele betrachtet (FFF-A 09.03.2021). „Eine ökosoziale Reformierung des Steuersystems ist unumgänglich. CO₂-Steuern senken Emissionen und stellen ein wichtiges Markinstrument für die Dekarbonisierung mehrerer Sektoren (v.a. Gebäude und Verkehr) dar“ (FFF-A o. D.B: 1). Es kann also festgehalten werden, dass im Diskurs ausgehend vom Topos des ökonomischen Klimaschutzes, den Kammermann in ihrer Dissertation herausgearbeitet hat, gesprochen und argumentiert wird. Der Topos lässt sich in Form der pragmatischen Argumentation wie folgt formulieren: *„Wenn Klimaschutz wirksam und umsetzbar sein soll, dann muss er im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden“* (Kammermann 2021: 216). Klimaschutzmaßnahmen in Form von Verboten stellen im Diskurs dagegen Randphänomene dar, wie die Forderung eines Verbots von Gasheizungen in Wien (FFF-A 24.11.2020).

5.2.11 Ökologische Schäden sollen als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.

Die Bepreisung ökologischer Schäden stellt eine Konkretisierung des gerade diskutierten Topos des ökonomischen Klimaschutzes dar. Im untersuchten Diskurs besteht ein Konsens darüber, dass ökologische Schäden bzw. ökologisch schädliches Verhalten als ökonomische Kosten aufgerechnet werden sollen. „Ohne einen hohen CO₂-Preis kann es keinen Umbau zur klimafreundlichen Wirtschaft geben. Reiche Menschen und Konzerne tragen zudem den größten Anteil an Emissionen zur Klimakrise bei. Klimazerstörung muss daher einen Preis bekommen“ (FFF-A 10.03.2021). Die Kostenwahrheit fungiert in diesem Zusammenhang als zentraler Begriff. Marktinstrumente wie die CO₂ Steuer sollen einerseits Verhalten lenken, also CO₂ Emissionen senken, und andererseits Kostenwahrheit realisieren.

Im Interview mit FM4 kritisiert FFF Aktivist Steininger die Höhe des CO₂ Preises, der nach Einschätzung von FFF weder Lenkungseffekte erzielt noch Kostenwahrheit herstellt (FFF-A 08.10.2021):

„Das Deutsche Umweltbundesamt hat berechnet, dass für dieses Jahr die Kosten, die durch eine Tonne CO₂ entstehen, bei 200 Euro liegen. Und wir sind bei 30 Euro! Da kann man sich vorstellen, dass wir - also die Allgemeinheit - vor allem aber auch die zukünftigen Generationen immer noch die übrigen 170 Euro draufzahlen. Das ist eine riesige Hypothek für die zukünftige Generation.“ (Steininger 2021)

Wie an den zwei Beispielen sichtbar wurde, wird Kostenwahrheit im Diskurs als Forderung von Gerechtigkeit verhandelt, sowohl für die gegenwärtige soziale Situation als auch für zukünftige Generationen. Kostenwahrheit bedeutet im untersuchten Diskurs jedoch nicht nur ökologische Schäden als ökonomische Kosten aufzurechnen, sondern generell die durch die Klimakrise verursachten Schäden, wie soziale und gesundheitliche. „Wir haben jetzt auch schon Kosten, die anfallen, durch jede Tonne, durch jedes Gramm CO₂, das ausgestoßen wird. [...] Die Folgen der Klimakrise, die Hitzetoten...“ (ebd.).

Die Idee von Kostenwahrheit verbunden mit der Vorstellung von Gerechtigkeit nimmt in den Argumentationen eine wichtige Rolle ein. Vor diesem Hintergrund ergänze ich den Topos des ökonomischen Klimaschutzes noch durch einen spezifizierten Topos, ebenfalls als pragmatische Argumentation: *Wenn Klimaschutz wirksam sein soll, müssen die Schäden der Klimakrise als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.*

5.2.12 Das Kriterium der Kosteneffizienz soll die Wahl von Klimaschutzmaßnahmen bestimmen.

Wie bereits öfter erwähnt stellt im untersuchten Diskurs die Reduktion von CO₂ Emissionen das zentrale Entscheidungskriterium für Klimaschutzmaßnahmen dar. Daneben wird auch die Kosteneffizienz als Kriterium ins Spiel gebracht, wie beispielweise in der Einleitung der Stellungnahme zum EAG: „Wenn alle Vorschläge in dieser Stellungnahme umgesetzt werden, erhöht sich die CO₂-Vermeidung auf ca. 55 Mio. Tonnen bis 2030. Das ist eine um 60 % bessere Wirksamkeit bei gleichen Kosten!“ (FFF o. D.C: 1). Das EAG stellt eines der wenigen untersuchten Diskursfragmente dar, das *im Detail* für und gegen Aspekte einer Klimaschutzmaßnahme argumentiert. Hier wird an mehreren Stellen die Kosteneffizienz als Grund innerhalb einer Argumentation angeführt. FFF fordert beispielsweise eine Begrenzung der Förderung von Biomasse, da sich diese ökonomisch nicht auszahlt: „Der Entwurf sieht den weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus Biomasse vor, obwohl sich diese Technologie nicht bewährt hat. Die reinen Brennstoffkosten sind höher als die am Strommarkt erzielbaren Erlöse. Daher ist ein ewiger Förderbedarf gegeben“ (ebd.: 2). An anderer Stelle schlägt FFF eine Ergänzung des Gesetzestextes vor: Wenn die Erreichung des Ziels – bis 2030 100% Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen – gefährdet ist, „sind die Ausschreibungsvolumen und Fördermittel für die wirtschaftlichsten Technologien unter Berücksichtigung von Netzstabilität, Versorgungssicherheit und zeitnaher Umsetzbarkeit zu erhöhen“ (ebd.). Im nächsten Absatz des Statements wird deutlich, dass FFF unter

wirtschaftlichsten Technologien die kostengünstigsten versteht (ebd.). In diesem Diskursfragment wird also ausgehend vom ökomodernen Topos im normativen Kausalschema *Wenn eine Klimaschutzmaßnahme kosteneffizient ist – Kosten einspart, geringe oder keine Kosten verursacht – soll sie umgesetzt werden* argumentiert.

Es gilt festzuhalten, dass dieser Variante des Topos der Kosten mit Blick auf das gesamte untersuchte Material jedoch nur eine geringe Bedeutung im Diskurs zukommt. Im Diskurs wird selten die eine Klimaschutzmaßnahme gegen die andere abgewogen und im Anschluss für eine der beiden argumentiert. An mehreren Stellen wird jedoch die Kostenersparnis von Klimaschutz gegenüber keinem oder unzureichendem Klimaschutz hervorgehoben. Im Sommer 2020 fordert FFF eine Umgestaltung der Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit, denn ansonsten werden „EU-Strafzahlungen für zu hohe Emissionen [...] ein großes Loch in den Staatshaushalt reißen“ (FFF-A 5.6.2020). Ein Jahr später wird das gleiche Argument wieder aufgegriffen: „Die Emissionen in Österreich sind seit 1990 nicht gesunken! Wenn wir die Klimaziele verfehlen, drohen Milliardenzahlungen an die EU“ (FFF-A 12.05.2021). Im Diskurs werden aber nicht nur potenzielle Strafzahlungen an die EU angeführt, um für die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu argumentieren, sondern auch die Entstehung anderer Kosten: „Verfehlen wir das 1,5-Grad-Limit, so wird die Klimakrise mit jedem weiteren Zehntel Grad mehr menschliches Leid fordern und noch höhere Folgekosten für Anpassungsmaßnahmen und das Begleichen von Katastrophenschäden verursachen“ (FFF-A o. D.A). Diesen Argumentationen liegt folgende Variante des Topos der Kosten im normativen Kausalschema zugrunde: *Wenn der Mangel an Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen Kosten verursacht, sollen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden*. Dieser Topos entspricht der ökomodernen Logik Kosten zu vermeiden. Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen kann festgehalten werden, dass der Topos der Kosten in verschiedenen Spielarten ein zentrales Argumentationsschema im untersuchten Diskurs darstellt.

5.2.13 Die Natur soll für die Gesellschaft und ihre Institutionen nutzbar gemacht werden.

Diese ökomoderne Aussage wird im untersuchten Material nicht explizit gemacht, aber die Forderungen und Deutungen der FFF Aktivist*innen basieren implizit darauf. Die Wirtschaft soll weiterhin wachsen und Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben, anstelle via fossiler Energiequellen jedoch via erneuerbarer (FFF-A 08.06.2020A, 08.07.2020). Klimaschutz wird allen voran als Schutz des Menschen anstelle der Natur gedacht. Das wird im Folgenden näher ausgeführt:

FFF versteht sich als Klima- und Umweltschutzbewegung (FFF-A 21.12.2021). Wie an früherer Stelle erwähnt werden im Diskurs die negativen Auswirkungen der Klimakrise stark thematisiert und vor ihrem Hintergrund Klimaschutz gefordert. Dabei liegt der Fokus im Diskurs klar auf den negativen Auswirkungen, welche die Klimakrise auf den *Menschen* und nicht die Natur hat: in Gefahr ist „das Wohlergehen der österreichischen Bevölkerung“ (FFF-A 10.04.2020), die „Menschenrechte“ (FFF-A

25.09.2020), die „zukünftigen Generationen“ (FFF-A 17.03.2021), „das Recht auf Wasser und Nahrung von Millionen von Menschen“ (FFF-A 11.12.2021), die „soziale Gerechtigkeit“ (FFF-A 24.11.2020). Bei Nicht-Handeln kommt es zu „Hitzetoten“ (Steininger 2021) und „hunderte Millionen Menschen [werden] ihre Heimat verlassen müssen“ (FFF-A 07.10.2020). Es besteht im Diskurs ein solider Konsens darüber, dass Klimaschutz zur Verhinderung *menschlichen* Leids notwendig ist. Der Schutz des Klimas dient dem Schutz des Menschen. Der Schutz der Natur stellt im Diskurs keinen Selbstzweck dar. Der Begriff Natur kommt im Untersuchungsmaterial auch so gut wie nicht vor. Stattdessen wird von Umwelt, Klima oder Grünflächen gesprochen, also tendenziell Begriffe, die bereits den Nutzen der Natur für den Menschen herausstreichen (Grünfläche) oder eine Trennung zwischen Mensch und Natur aufmachen (Umwelt). Die Naturbeherrschung wird nicht als Ursache der gegenwärtigen Klimakrise und damit zusammenhängend der sozialen Probleme gedeutet. Es wird zwar unmissverständlich ein neues klimaverträgliches Wirtschafts- und Sozialsystem gefordert. In dieser Zukunftsvision wird das Prinzip der menschlichen Naturbeherrschung und Nutzbarmachung von Natur jedoch nicht in Frage gestellt. Die dominante Darstellung im Diskurs heißt vielmehr: Es muss jetzt gehandelt werden, bevor sich das „Zeitfenster“ (FFF-A 10.03.21) schließt, „Kipppunkte“ (FFF-A 17.11.21) erreicht werden und unumkehrbare ökologische Entwicklungen einsetzen, über die der Mensch keine Kontrolle hat. Die Natur soll dementsprechend kontrollierbar und für menschliche Zwecke nutzbar bleiben. Die hier diskutierte ökomoderne Aussage ist im Diskurs nicht Gegenstand von Argumentationen, sondern liegt den Äußerungen als Deutung zugrunde.

5.2.14 Mit kleinen reformerischen Schritten anstelle revolutionärer soll die Klimakrise bearbeitet werden.

Auf den ersten Blick scheinen die im Diskurs vermittelten Deutungen im Widerspruch mit diesem ökomodernen Anspruch, über Reformen und kleine Schritte die Klimakrise zu bearbeiten, zu stehen. Denn im Diskurs wird im Zusammenhang mit der Klimakrise immer wieder auf die „Dringlichkeit der Lage“ (FFF-A 17.11.2020) verwiesen, welche die rasche Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen notwendig macht (FFF-A 10.04.2020). Exemplarisch seien folgende Pressemitteilungen zitiert: „Ankündigungen reichen nicht! Es muss jetzt gehandelt werden, damit Wien auch in Zukunft eine lebenswerte Stadt sein kann“ (FFF-A 11.09.2020). Auch auf EU-Ebene wird diese Forderung geäußert: „Das Problem ist, dass ein Emissionsrückgang um -60% nicht ausreicht, um die Erderhitzung auf 1.5°C zu beschränken. Die EU müsste aufgrund ihrer historischen Emissionen noch viel rascher dekarbonisieren“ (FFF-A 07.10.2020). Im Diskurs besteht ein Konsens über die Forderung nach „schnellen und effektiven Maßnahmen“ (FFF-A 24.11.2020).

Die *schnelle* Umsetzung von wirksamen Klimaschutzmaßnahmen steht jedoch nicht im Widerspruch zur ökomodernen reformerischen Herangehensweise an Klimaschutz. Die Forderungen von FFF sind nämlich nicht von revolutionären, die Strukturen verändernden Charakter, sondern fügen sich in die

bestehenden gesellschaftlichen Marktlogiken.⁹ Der ökomoderne Lösungsansatz eines Schritt-für-Schritt-Klimaschutzes wird auch daran sichtbar, wie FFF in ihren Forderungen die Planungssicherheit im Blick behält. Eine Besteuerung von CO₂ ist laut FFF einem Emissionshandel vorzuziehen, da diese – neben anderen Vorteilen – Planungssicherheit für Unternehmen gewährleistet (FFF-A o. D.B: 2). In diesem Sinne schreibt FFF im Kontext der CO₂ Bepreisung: „Die Definition eines Preiskorridors ist wichtig für die Planungssicherheit.“ (ebd.). Ohne einem Klimaschutzgesetz „fehlt der Wirtschaft die notwendige Sicherheit, um richtungsweisende Änderungen durchzuführen“ (FFF-A o. D.A), die es für einen „klimagerechten Umbau der Wirtschaft“ (FFF-A 21.07.2020) braucht. In einer Pressemitteilung heißt es dazu: „Um all dies [Ökologisierung, lebenswerte Zukunft, stabiles Wirtschaftssystem] umzusetzen, muss die Regierung Planungssicherheit für Unternehmen gewährleisten. Dazu gehören klare Rahmenbedingungen für die *kontinuierliche* Senkung der Treibhausgasemissionen“ (FFF-A 10.04.2020, Hervorhebung L.J.H.).

Zusammenfassend kann zu der hier diskutierten ökomodernen Aussage gesagt werden, dass es zwei ambivalente Tendenzen im untersuchten Diskurs gibt. Auf der einen Seite die Forderung nach einer schnellen Umsetzung von Klimaschutz mit Blick auf den Zeitdruck der Klimakrise, auf der anderen Seite strukturkonforme Klimaschutzmaßnahmen, die eine planbare, kontinuierliche Treibhausgasreduktion vorbereiten und Unternehmen Zeit geben eine klimafreundliche Transformation umzusetzen. Auch wenn in manchen Diskursfragmenten für die hier erörterte ökomoderne Deutung argumentiert wird, wird der darin verwirklichte Topos nicht als diskursrelevant betrachtet und daher nun nicht diskutiert. Für die erste Tendenz lässt sich aber folgender Topos in Form einer pragmatischen Argumentation rekonstruieren *Wenn Klimaschutz erfolgreich sein soll, müssen Maßnahmen schnell umgesetzt werden*, der als zentrales Argumentationsschema im Diskurs betrachtet werden muss.

Anhand der Ausführungen in diesem Kapitel ist sichtbar geworden, wie ökomoderne Deutungen und Lösungsansätze im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen produziert werden und Akteur*innen von FFF ökomoderne Argumentationen verfolgen. Das nun anschließende Diskussionskapitel stellt die beiden untersuchten diskursiven Ebenen einander gegenüber.

⁹ Das wurde u.a. bereits bei der ökomodernen Aussage *Die bestehenden Strukturen und Institutionen können die Klimakrise erfolgreich bearbeiten* diskutiert.

6 Diskussion

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die ökomodernen Deutungen und Argumentationen auf den zwei untersuchten diskursiven Ebenen getrennt voneinander vorgestellt wurden, ist die Grundlage gelegt, um nun abschließend die Forschungsfrage zu diskutieren.

Inwieweit verwenden die Akteur*innen in Österreich auf den Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen im Themenfeld Klimaschutzpolitik die gleichen ökomodernen/neoliberalen Argumentationen und Darstellungsweisen?

Im Folgenden werden in einem ersten Schritt die Überschneidungen und Differenzen bezüglich der ökomodernen Argumentationen und Deutungen auf den zwei diskursiven Ebenen dargelegt. Daran anschließend diskutiere ich die Stellen in den untersuchten Diskursen, wo Brüche und Spannungen mit dem ökomodernen Projekt sichtbar werden. Das berücksichtigend folgt am Ende eine zusammenfassende Diskussion der Forschungsfrage, innerhalb derer die Ergebnisse im Forschungsstand verortet werden:

6.1 Ökomoderne Argumentationen und Darstellungsweisen auf den diskursiven Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen: Überschneidungen und Differenzen

Die folgende Diskussion der Übereinstimmungen und Differenzen auf den zwei Untersuchungsebenen orientiert sich wie bereits bei der Ergebnispräsentation an den vierzehn ökomodernen Aussagen:

Die ökomoderne Darstellungsweise von Klimaschutz als Win-Win-Situation wird von den untersuchten Akteur*innen unterschiedlich stark vertreten. Auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen dominiert eine klar positive Deutung von Klimaschutz, indem seine vielfältigen Vorteile betont werden. Auch auf Ebene der sozialen Bewegungen wird Klimaschutz als etwas dargestellt, was der Bevölkerung, der Umwelt und der Wirtschaft zugutekommt. Diese Deutung nimmt auf dieser Ebene jedoch einen geringeren Stellenwert ein. Der Fokus liegt stärker auf der Notwendigkeit Klimaschutz angesichts beunruhigender Zukunftsaussichten umzusetzen. Eine der ökomodernen Win-Win Deutung entgegengesetzte Betrachtung von Klimaschutz wird jedoch nicht artikuliert, sodass ich hier eine Gemeinsamkeit zwischen den Untersuchungsebenen feststelle.

Eine klare Überschneidung zwischen den zwei diskursiven Ebenen gibt es hinsichtlich der Deutung, dass Klimaschutz und Wirtschaftswachstum vereinbar sind – eine der grundlegendsten Annahmen und Hegemoniestrategien im ökomodernen Diskurs. Klimaschutz wird als Bedingung für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und die Erhaltung des Wirtschaftsstandorts dargestellt. Auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen geschieht dies vor allem vor dem Hintergrund eines europäischen Wettbewerbs um ökologische Produktionsweisen und Technologien, während auf Ebene

der sozialen Bewegungen klimaschädliche (besonders fossile) Energieträger und Produktionen als auf lange Sicht ökonomisch unrentabel betrachtet werden. Der kapitalistische Wachstumsimperativ wird von den Akteur*innen auf den zwei Ebenen nicht in Frage gestellt, sondern innerhalb der Vision einer Wirtschaft, die sich auf Bioökonomie, Kreislaufwirtschaft, erneuerbare Energieträger und regionale Produkte fokussiert, reproduziert.

In der angestrebten Transformation des Wirtschaftssystems wird bereits eine weitere ökomoderne Darstellungsweise sichtbar, die von Akteur*innen beider diskursiver Ebenen vermittelt wird: Technologische Innovationen werden als wichtiger Bestandteil der Lösung der Klimakrise betrachtet. Die offensichtlichste Übereinstimmung zwischen den zwei untersuchten Diskursebenen findet sich diesbezüglich in der beidseitigen Befürwortung des EAG, das als Klimaschutzpolitischer Erfolg gewertet wird. Der Ausbau erneuerbarer Energieträger und die Umsetzung kreislaufwirtschaftlicher Elemente wird auf beiden Ebenen gefordert. Auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen wird stärker die Anwendung bereits entwickelter alternativer Technologien eingefordert. Demgegenüber wird auf der Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen gleichermaßen der Ausbau der bereits vorhandenen als auch die Weiterentwicklung der alternativen Technologien als Lösungsweg dargestellt. Auf beiden diskursiven Ebenen artikulieren Akteur*innen Argumentationen vom Topos des techno-innovativen Lösungswegs aus:

Im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen lautet dieser im normativen Kausalschema: *Wenn es alternative ökologische Technologien für fossile Energiequellen gibt, sollen diese angewandt werden.* In pragmatischer Form wird auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen argumentiert: *Um die Herausforderung Klimakrise erfolgreich zu bearbeiten, müssen technologische Innovationen entwickelt und ausgebaut werden.* Auf dieser Ebene fungiert der Topos jedoch weniger oft als Teil von Argumentationen, sondern stark als Darstellung sozialer Wirklichkeit. Sowohl was die Darstellungsweise als auch die Argumentation betrifft konstatiere ich hier eine Überschneidung zwischen den Untersuchungsebenen.

Weiters fordern sowohl Akteur*innen von FFF als auch der Schwarz-Grünen Koalitionsregierung eine Bearbeitung der Klimakrise über die bestehenden Strukturen. Auch das entspricht der ökomodernen Deutung, dass die bestehenden Strukturen und Institutionen die Klimakrise erfolgreich bewältigen können. Das zeigt sich besonders in der starken Befürwortung marktbasierter Instrumente. Ein ökonomisches Anreizsystem soll dafür sorgen, dass CO₂ Emissionen gesenkt werden und so Klimaschutz realisiert wird. In diesem Zusammenhang wird auf beiden diskursiven Ebenen vom selben Topos ausgehend argumentiert; der von Kammermann bereits für den Schweizer Mediendiskurs herausgearbeitete Topos des ökonomischen Klimaschutzes: *„Wenn Klimaschutz wirksam und umsetzbar sein soll, dann muss er im ökonomischen Handlungsfeld stattfinden“* (Kammermann 2021: 216).

Mit diesem Topos eng verbunden besteht in beiden Diskursen ein Konsens darüber, dass mit der Klimakrise zusammenhängende Schäden als ökonomische Kosten aufgerechnet werden sollen – ganz im Sinne des ökomodernen Anspruches. CO₂ soll einen Preis bekommen, um Kostenwahrheit herzustellen. Besonders auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen stellt die Herstellung von Kostenwahrheit ein wichtiges Element der eingeforderten Klimagerechtigkeit dar. Auch auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen wird die CO₂ Bepreisung als Frage der Gerechtigkeit verstanden. Als Konkretisierung des Topos des ökonomischen Klimaschutzes von Kammermann wird folgender Topos formuliert, von dem ausgehend in beiden Diskursen argumentiert wird: *Wenn Klimaschutz wirksam sein soll, müssen die Schäden der Klimakrise als ökonomische Kosten aufgerechnet werden.* Zwischen den diskursiven Ebenen besteht also Einigkeit über die Frage, dass Klimaschutz im ökonomischen Handlungsfeld realisiert werden soll. Sowohl hinsichtlich der Darstellungsweisen als auch der Argumentationen überschneiden sich hier die Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen und die der sozialen Bewegungen.

Damit zusammenhängt auch der ökomoderne reformerische Lösungsansatz, der ebenfalls auf beiden diskursiven Ebenen verfolgt wird. Anstelle revolutionärer Maßnahmen werden leicht in die bestehenden Strukturen integrierbare Lösungen vorgeschlagen: marktbasierte Instrumente wie eine CO₂ Bepreisung und ein Klimaticket oder auch der geforderte Ausbau des öffentlichen Verkehrs und der Umstieg auf erneuerbare Energieträger erfüllen den ökomodernen Anspruch die modernen Strukturen und Funktionslogiken der Gesellschaft in einer ökologischen Weise zu reproduzieren. Eine Differenz wird dort deutlich, wo es um die Intensität der Maßnahmen (z.B. Höhe des CO₂ Preises) und den Zeitpunkt ihrer Umsetzung geht: FFF fordert einen schnelleren und effektiveren Klimaschutz. Dementsprechend wurde für die diskursive Ebene der sozialen Bewegungen der Topos in Form einer pragmatischen Argumentation rekonstruiert: *Wenn Klimaschutz erfolgreich sein soll, müssen Maßnahmen schnell umgesetzt werden.* Dieser Topos der Dringlichkeit zu Handeln nimmt auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen nur eine untergeordnete Rolle ein. Trotz dieser Differenz überwiegen dennoch die Gemeinsamkeiten zwischen den untersuchten Ebenen und die Verfolgung eines ökomodernen reformerischen und strukturkonformen Lösungsansatzes.

Zwischen den diskursiven Ebenen gibt es auch klare Überschneidungen bezüglich der Quellen des Wissens, auf die sich Diskursteilnehmer*innen beziehen. Innerhalb beider Diskurse besteht ein ökomoderner Konsens darüber die Klimakrise auf Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu bearbeiten. Dabei werden sowohl wirtschafts- als auch klimawissenschaftliche Quellen herangezogen, um die eigenen Maßnahmen/Forderungen zu untermauern. Es wird vom Topos der Wissenschaft im Autoritätsschema ausgehend argumentiert: *Wenn Wissenschaftler*innen bzw. Expert*innen etwas zum Klimaschutz behaupten, dann stimmt es.* Von den Aktivist*innen wird stärker noch als von den Entscheidungsträger*innen der Topos der Wissenschaft auch in Form einer pragmatischen Argumentation realisiert: *Wenn Klimaschutz erfolgreich sein soll, müssen die Maßnahmen auf*

wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen. In den Äußerungen der FFF-Aktivist*innen wird die Wissenschaft ungleich stärker als diskursive Autorität herangezogen als von den Akteur*innen auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen.

In beiden Diskursen besteht ein Konsens darüber, dass Klimaschutzmaßnahmen ergriffen werden müssen, um die negativen – humanitären, wirtschaftlichen, sozialen – Folgen der Klimakrise zu verhindern. Während die regierenden Entscheidungsträger*innen stärker im Sinne eines normativen Kausalschemas argumentieren, *Wenn der Klimawandel zu negativen gesellschaftlichen Auswirkungen führt, sollen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden*, nimmt auf Ebene der sozialen Bewegungen der Topos die Form einer pragmatischen Argumentation an *Um die negativen Auswirkungen der Klimakrise abzuwenden, müssen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden*. Auf beiden Ebenen wird jedoch für die Deutung einer Notwendigkeit von Klimaschutz über den Topos der negativen Folgen argumentiert.

Eine weitere zentrale ökomoderne Anforderung ist die Erzielung eines ökonomischen und ökologischen Nutzens durch den Erlass von Klimaschutzmaßnahmen. Auch in diesem Kontext muss eine Überschneidung zwischen den Untersuchungsebenen konstatiert werden. Auf der diskursiven Ebene der Entscheidungsträger*innen wird genau im Sinne dieses ökomodernen Anspruches argumentiert und die wirtschaftlichen Vorteile von Klimaschutzmaßnahmen als Gründe für ihre Umsetzung angeführt. Der Topos des wirtschaftlichen Nutzens wird wie folgt im normativen Kausalschema rekonstruiert: *Wenn eine Klimaschutzmaßnahme die Wettbewerbsfähigkeit, das Wirtschaftswachstum oder den Standort unterstützt, soll sie ergriffen werden*. Auch im Diskurs der sozialen Bewegungen wird Klimaschutz gefordert, um neben der Stabilisierung des Klimas eine widerstandsfähige Wirtschaft zu erzielen. Hier hat die Deutung einen anderen Akzent. Da Klimaschutz als Voraussetzung für die Wirtschaft betrachtet wird, wird im Diskurs davon ausgegangen, dass Klimaschutz zwangsläufig einen ökonomischen Nutzen erzielt. Aufgrund der anderen Ausrichtung der Argumentationen von FFF wird der Topos in Form einer pragmatischen Argumentation rekonstruiert: *Wenn die Wirtschaft stabil und wettbewerbsfähig sein soll, muss Klimaschutz realisiert werden*. Dieser Topos, der das Dependenzverhältnis von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum argumentativ zusammenfasst, ist auch Ausgangspunkt von Argumentationen im Diskurs auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen: *Wenn man den Wirtschaftsstandort unterstützen will, muss man Klimaschutz realisieren*. In beiden Diskurssträngen stellt der Topos des wirtschaftlichen Nutzens eine zentrale Argumentationsgrundlage dar, sodass Klimaschutz als ökonomisch und ökologisch vorteilhaft dargestellt wird.

Eine Differenz zwischen den zwei Untersuchungsebenen kann bezüglich des Topos des wirtschaftlichen Vorrangs festgestellt werden, von dem ausgehend Akteur*innen der Schwarz-Grünen Bundesregierung für eine Schwächung klimapolitischer Maßnahmen zu Gunsten ökonomischer Planungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit argumentieren. Die Inkaufnahme der Zuspitzung der Klimakrise ist

demgegenüber im Diskurs auf Ebene der sozialen Bewegungen nicht konsensfähig. In den Äußerungen der FFF-Aktivist*innen dominiert stattdessen die Vorstellung einer Abhängigkeit der Wirtschaft und der Unternehmen von erfolgreichem Klimaschutz. Diese Deutung wird zwar auch im Diskurs der regierenden Entscheidungsträger*innen vermittelt. Gleichzeitig werden dort klimapolitische Ziele dem Erhalt wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit über den Topos des wirtschaftlichen Vorrangs untergeordnet.

Das Kriterium der Kosteneffizienz ist auf beiden diskursiven Ebenen ein immer wieder kehrendes diskursives Element – wenngleich auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen ausgeprägter. In mehreren Spielarten argumentieren Aktivist*innen von FFF vom Topos der Kosten ausgehend. Beispielsweise werden Klimaschutzmaßnahmen vor dem Hintergrund gefordert, dass bei Nicht-Handeln oder Verfehlen der Klimaziele Strafzahlungen und Anpassungskosten anfallen. Folgender Topos wurde im normativen Kausalschema rekonstruiert: *Wenn der Mangel an Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen Kosten verursacht, sollen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden.* Die regierenden Entscheidungsträger*innen bedienen die ökomoderne Aussage, wonach sich Klimaschutz finanziell auszahlt und rechtfertigen ihre Gesetzesakte damit, dass Kosten für Unternehmen und Haushalte klein gehalten oder vermieden werden. Der zugehörige Topos lautet: *Wenn eine Klimaschutzmaßnahme kosteneffizient ist – Kosten einspart, geringe oder keine Kosten verursacht – soll sie umgesetzt werden.* Mit unterschiedlichen Akzentsetzungen argumentieren die Akteur*innen auf den zwei diskursiven Ebenen vom gleichen ökomodernen Topos der Kosten ausgehend, der auf einer abstrakten Ebene wie folgt zusammengefasst werden kann: *Wenn Klimaschutz Kosten einspart, soll er umgesetzt werden.*

Auf beiden diskursiven Ebenen ist im Sinne des ökomodernen Diskurses eine anthropozentrische Perspektive auf Natur vorherrschend. Die Natur ist deshalb schützenswert, weil ihr Erhalt für den Menschen einen Nutzen darstellt: Klimaschutz sichert Menschenrechte, stellt Versorgungssicherheit her, verhindert die Entstehung von Fluchtursachen und minimiert die Importabhängigkeit – um nur ein paar Beispiele zu nennen. Auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen wird stärker und expliziter als auf Ebene der sozialen Bewegungen in neoliberaler Manier eine ökonomische Perspektive auf Natur vertreten. Ein Eigenwert wird der Natur auf keiner Untersuchungsebene zuerkannt. Die moderne destruktive Form menschlicher Naturaneignung wird reproduziert.

Nach dieser Gegenüberstellung ist deutlich geworden, dass es starke Überschneidungen der ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen auf der Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen und der sozialen Bewegungen gibt. Bevor ich abschließend die Forschungsfrage diskutiere, möchte ich im nächsten Abschnitt die Stellen in den untersuchten Diskursen genauer betrachten, in denen ökomoderne Deutungen und Lösungsansätze herausgefordert werden.

6.2 Risse im ökomodernen Konsens?

Die vorangegangene Gegenüberstellung hat bereits gezeigt, dass auf den untersuchten diskursiven Ebenen ökomoderne Deutungen vermittelt und ökomoderne Argumentationen verfolgt werden. Im folgenden Abschnitt diskutiere ich die Ansatzpunkte in den Diskursen, wo ebenjener ökomoderne Konsens in Frage gestellt wird, um meiner These einer ökomodernen Hegemonie in der österreichischen Klimaschutzpolitik weiter auf den Grund zu gehen.

Ansätze der Suffizienz oder des Verzichts sind der ökomodernen Bearbeitung der Klimakrise fremd. Auf der diskursiven Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen werden diese nicht thematisiert. Anders verhält es sich auf Ebene der sozialen Bewegungen: Im Sinne des ökomodernen Ansatzes werden technologische Innovationen als Teil der Lösung betrachtet und eingefordert. An wenigen Stellen kommt es auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen jedoch zu einer Konfrontation mit der zentralen ökomodernen Annahme einer technologischen Überwindung der Klimakrise. Im Kontext der Wirtschaftshilfen für die AUA-Fluggesellschaft heißt es in einer Pressemitteilung: „Was uns hier als Ökologisierung verkauft wird, ist eine Frechheit: Der Bau neuer Flugzeuge zur angeblichen Effizienzsteigerung wird am Ende zu noch mehr Emissionen und Ressourcenverbrauch führen“ (FFF-A 08.06.2020). Die im ökomodernen Diskurs marginalisierten Rebound-Effekte von Effizienzsteigerungen werden hier zur Sprache gebracht und gegen das ökomoderne Technologieversprechen in Stellung gebracht. In einem ähnlichen Sinne wird in einer weiteren Pressemitteilung gegen den Einbau von Gaskesseln argumentiert:

„In Wahrheit ist grünes Gas viel zu wertvoll und teuer, um damit zu heizen. Wir werden für Gas-LKW und -Busse, in der Industrie etc. mehr grünes Methan brauchen als Österreich jemals produzieren kann. Man braucht nur auf Wikipedia schauen und ein paar Schlussrechnungen machen, wie man sie in der 4. Klasse Volksschule lernt, um zu sehen, dass sich das einfach nicht ausgeht.“ (FFF-A 02.09.2020)

Der Glaube an die technologische Innovationskraft, auf dem der ökomoderne Diskurs gründet, wird an diesen Stellen kritisch hinterfragt. Technologische Innovationen allein führen zu keiner erfolgreichen Bearbeitung der Klimakrise, so die Darstellungsweise: „Es braucht endlich eine deutliche Reduktion des Flugverkehrs anstelle einer Standortgarantie, die das Gegenteil zur Folge haben wird“ (FFF-A 08.06.2020A). Auch im Kontext der Wien-Wahl heißt es: „Wenn es darum geht, Städte zukunftsfit sowie klima- und umweltfreundlich zu gestalten, kommt man nicht daran vorbei, den Autoverkehr schrittweise zu reduzieren“ (FFF-A 08.06.2020B). Im Diskurs von FFF ist Konsumreduktion also durchaus Thema. Die Forderungen von FFF zielen auf eine Verlagerung des Konsums weg von fossilen, klimaschädlichen Angeboten wie dem motorisierten Individualverkehr hin zu klimaschonenden Alternativen wie dem öffentlichen Verkehr oder dem Fahrrad. Entgegen dem ökomodernen Versprechen eines Weiter-wie-bisher unter ökologischen Vorzeichen wird eine Reduktion des Konsums gegenwärtiger Mobilitätsmöglichkeiten als notwendig zur Erreichung der Klimaziele erachtet. Von diesen Forderungen

ausgehend könnte die soziale Bewegung zu einer kritischen Betrachtung der konsum- und verbrauchsbasierten Gesellschafts- und Produktionsweise gelangen und den Wachstums- und Fortschrittsimperativ zugunsten eines Ansatzes der Suffizienz aufgeben. Im untersuchten Diskurs bleibt es jedoch bei den oben genannten Forderungen nach Konsumreduktion, ohne weiterführende alternative Deutungsangebote von gesellschaftlichem Wohlstand zu etablieren oder die kapitalistische Wachstumslogik zu hinterfragen. Auch die kritische Betrachtung von Effizienzsteigerung und Innovationskraft bleibt im Diskurs ein Randphänomen.

Ein weiterer potenzieller Riss des ökomodernen Konsenses zeichnet sich um den Begriff der Gerechtigkeit ab. Fragen der Gerechtigkeit werden im ökomodernen Diskurs de-thematisiert. Auf beiden untersuchten Ebenen wird die soziale Gerechtigkeit jedoch immer wieder zur Sprache gebracht. Auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen wird im Sinne einer erweiterten ökomodernen Win-Win-Situation Klimaschutz als etwas dargestellt, das nicht nur ökologische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Vorteile bringt, sondern auch soziale Gerechtigkeit realisiert – diese Deutung wird insbesondere im Kontext der ökosozialen Steuerreform verbreitet. Im Vergleich zu dem ökomodernen Anspruch eines ökologisch-ökonomischen Doppelnutzens von Klimaschutz nehmen Kriterien der sozialen Gerechtigkeit jedoch eine untergeordnete Rolle im erforschten Diskurs ein, sodass man von einer Herausforderung des ökomodernen Diskurses hier weit entfernt ist. Nichtsdestotrotz zeigt sich hier ein Ansatzpunkt für eine potenzielle Bruchstelle.

Unter dem Begriff der Klimagerechtigkeit formulieren FFF Aktivist*innen Forderungen und Deutungen, die im ökomodernen Diskurs marginalisiert werden. Auf der einen Seite fordern sie die Unterstützung niedriger Einkommensschichten über Klimaschutz zu realisieren, auf der anderen thematisieren sie die global ungleich verteilten Verantwortlichkeiten und Betroffenheiten im Zusammenhang mit der Klimakrise:

„Österreich emittiert seit der Industrialisierung CO₂ und hat mit den anderen Ländern des Globalen Nordens 92 % des seit 1850 ausgestoßenen CO₂ verursacht. Es ist daher in unserer Verantwortung, dass ein wirksames Klimaschutzgesetz verabschiedet wird, nicht zuletzt auch um Regionen, die weniger Treibhausgase ausgestoßen haben, aber überproportional von den Folgen der Klimakrise betroffen sind, zu schützen.“ (FFF-A o. D.A)

Die ökomoderne Deutung – Klimaschutz als wirtschaftliche Chance/Notwendigkeit – wird an diesen Stellen im Diskurs von einer alternativen Betrachtungsweise – Klimaschutz als historische Pflicht – mit einem moralischen Gerechtigkeitsanspruch ergänzt, der dem ökomodernen Diskurs fremd ist. Im Zusammenhang mit dem Begriff Klimagerechtigkeit wird vom Topos der Klimagerechtigkeit ausgehend argumentiert. Dieser tritt in verschiedenen Spielarten auf. Zum einen im normativen Vergleichsschema *Wenn ein Land in der Vergangenheit mehr CO₂ ausgestoßen hat als ein anderes, soll das Land, das früher mehr emittiert hat, jetzt stärker den CO₂ Ausstoß reduzieren wie das andere Land.* Zum anderen im

normativen Kausalschema *Wenn jemand CO2 emittiert, soll er dafür finanziell zahlen*. Während im ersten Schema eine alternative Handlungsanweisung zur Sprache gebracht wird, fügt sich die zweite Spielart des Topos der Klimagerechtigkeit in den ökomodernen Ansatz des marktbasierten Klimaschutzes. Die mit dem Begriff der Klimagerechtigkeit aufgemachte Thematik wird im Diskurs nicht vertieft: eine Kritik an der internationalen Arbeitsteilung, in der ökologische Schäden vom Globalen Norden in den Globalen Süden externalisiert werden, wird nicht ausformuliert. Von der könnte eine Infragestellung des kapitalistischen destruktiven Zugriffs auf Natur abgeleitet werden und damit das ökomoderne Projekt herausgefordert. Der ökomodernen Perspektive auf Natur unter dem Blickwinkel menschlicher und ökonomischer Verwertbarkeit wird jedoch kein alternatives Modell gesellschaftlicher Naturverhältnisse entgegengesetzt. Das kritische Potenzial, das mit der Einführung von globaler und sozialer Gerechtigkeit in den technokratischen ökomodernen Diskurs aufgemacht wird, wird von den Aktivist*innen von FFF nicht ausgeschöpft.

Mit dieser Darstellung der potenziellen Risse des sich abzeichnenden ökomodernen Konsens wurde sichtbar, dass es besonders auf Ebene der sozialen Bewegungen mögliche Ausgangspunkte für eine Infragestellung des ökomodernen Projekts gibt, aber dieses kritische Potenzial nicht genutzt wird und keine gegen-hegemonialen Deutungen artikuliert werden. Vor diesem Hintergrund wird im folgenden Kapitel abschließend die Forschungsfrage beantwortet.

6.3 Beantwortung der Forschungsfrage: Ökomoderne Hegemonie

Bereits die Gegenüberstellung hat weitgehende Überschneidungen der ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen auf der Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen und der sozialen Bewegungen sichtbar gemacht. Im letzten Abschnitt wurde zudem deutlich, dass sich auch an den Stellen, wo alternative Deutungsangebote formuliert werden, kein antagonistischer Diskurs abzeichnet. Die Forschungsfrage kann zusammenfassend beantwortet werden mit: die Akteur*innen von beiden Untersuchungsebenen (re-)produzieren die gleichen ökomodernen Deutungsangebote von Klimaschutz, Naturverhältnissen, Technologie und Wirtschaft und argumentieren von diesen ausgehend für Klimaschutz(-maßnahmen). Ergebnis der hier durchgeführten KDA und Topos-Analyse ist die Feststellung eines ökomodernen Konsenses in der österreichischen Klimaschutzpolitik, in dem alternative Lösungsansätze und Deutungsangebote, die die ökomodernen herausfordern, weitgehend fehlen. Die Forderungen und Betrachtungsweisen von FFF verbleiben im hegemonial sag- und denkbaren ökomodernen Diskurs und zielen nicht auf eine grundlegende Verschiebung gesellschaftlicher Machtverhältnisse oder Herausforderung der modernen Strukturen. Von der Artikulation eines antagonistischen Projekts mit alternativen Wissensformen kann keine Rede sein.

Auch wenn die untersuchten Diskurse einen unterschiedlichen Fokus haben – (während die regierenden Entscheidungsträger*innen vor allem ihre Klimaschutzprojekte als klimapolitischen Erfolg darstellen, die

gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Benefits ihrer Maßnahmen hervorstreichen, liegt der Fokus bei FFF auf der Kritik der gegenwärtigen Klimapolitik, staatlicher fossiler Subventionen, Wirtschaftshilfen und Bauprojekten, dem Aufzeigen negativer Konsequenzen und dem Einfordern einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik) – *basieren sie auf den gleichen ökomodernen Wissensformen*. Es besteht weitgehende Einigkeit zwischen den diskursiven Ebenen darüber, wie die Klimakrise gedeutet, mit welchen Instrumenten sie bearbeitet und wie die gesellschaftlichen Strukturen ökologisch modernisiert werden sollen. Uneinigkeit besteht über die Intensität und die Geschwindigkeit der Maßnahmen: z.B. über die Höhe des CO₂ Preises oder die schnellere Erzielung der Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern. Das entspricht genau Krügers pointierter Beschreibung ökomoderner Hegemonie: „Von einer Dominanz des ökomodernen Projekts zu sprechen meint, dass es die Deutungsmuster vorgibt, innerhalb dessen um die richtige Antwort auf die ökologische Krise gerungen wird“ (Krüger 2015: 117).

Dieses Ergebnis einer ökomodernen Hegemonie in der österreichischen Klimaschutzpolitik deckt sich mit den zahlreichen wissenschaftlichen Feststellungen einer ökomodernen Hegemonie auf internationaler Ebene (Bedall 2014, Krüger 2015, Oels 2010, Brunnengräber et al. 2008, Rest 2011). Auch Brand und Preisers These, wonach das ökomoderne Projekt der dominante Bearbeitungsmodus der Klimakrise der Staaten des Globalen Nordens ist, wird von den hier gewonnenen Erkenntnissen für Österreich bekräftigt (Brand/Preiser 2023: 63). Während Tronner Anfang des 21. Jahrhunderts für die österreichische Klimaschutzpolitik noch von einem diskursiven Trend hin zum ökomodernen Diskurs gesprochen hat, kann mit dieser Arbeit von einem ökomodernen Konsens ausgegangen werden. Im Anschluss an Krüger und Oels kann daher angenommen werden, dass mit der Hegemonialisierung des ökomodernen Diskurses der Handlungsspielraum zur erfolgreichen Bearbeitung der Klimakrise in Österreich verkleinert wurde (Oels 2010: 183, Krüger 2015: 111). Gleichzeitig darf Unmüßigs Untersuchung folgend nicht von einer Homogenität von Zivilgesellschaft in Österreich ausgegangen werden (Unmüßig 2011). Um ein umfassenderes Bild von der Frage ökomoderner Hegemonie im österreichischen Kontext zu erlangen, könnten zukünftige Forschungen auf der einen Seite weitere im Bereich Klimaschutz aktive soziale Bewegungen (z.B. LG, XR, Greenpeace oder Global 2000) und ihre Betrachtungsweisen in den Blick nehmen. Auf der anderen Seite kann eine Untersuchung der in Österreich politisch erstarkten rechtspopulistischen Kräfte¹⁰ und ihrer Deutungen von Klimaschutz diesbezüglich aufschlussreich sein. Seit ein paar Jahren beschäftigen sich (Sozial-)Wissenschaftler*innen intensiv mit dem Zusammenhang von Rechtspopulismus und Klima- bzw. Umweltschutz (Sommer et al. 2022, Lockwood 2018, Huber 2025). Die zentralen Positionen rechtspopulistischer Politiker*innen reichen von der Betrachtung von Klimaschutz als undemokratischem Elitenprojekt über eine Infragestellung des wissenschaftlichen Konsenses zum anthropogen verursachten Klimawandel bis zur

¹⁰ Die rechtspopulistische FPÖ ist bei der letzten Nationalratswahl 2024 zum ersten Mal in der Geschichte der zweiten Republik stimmenstärkste Partei geworden (Parlament Österreich 2024).

Deutung von Klimaschutz als Gefahr für die heimische Wirtschaft (Sommer et al. 2022: 67, 57, 70). Diese Ergebnisse berücksichtigend können sich zukünftige Forschungen die Frage stellen, ob der in dieser Arbeit festgestellte ökomoderne Konsens in der österreichischen Klimaschutzpolitik, wenn nicht von Seiten sozialer Bewegungen, von rechtspopulistischen Kräften mit alternativen Deutungen und Lösungsansätzen herausgefordert wird.

7 Fazit und Ausblick

Diese Arbeit ist der Frage nach der Hegemonie des Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimaschutzpolitik nachgegangen. Das Forschungsinteresse entstand vor dem Hintergrund von zwei historischen Entwicklungen in Österreich: auf der einen Seite die Politisierung der Klimakrise durch die Proteste der neu gebildeten sozialen Bewegungen, allen voran die Massenproteste von FFF, aber auch die öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen von der LG, XR oder *Lobau bleibt*, auf der anderen Seite die ins 20. Jahrhundert zurückgehende Neoliberalisierung der österreichischen Parteien, politischen Maßnahmen und Ziele, Bildungsinstitutionen und öffentlichen Debatten, kurz: der österreichischen Gesellschaft.

Während die Etablierung einer Klimagerechtigkeitsbewegungen den Eindruck vermitteln mag, dass Klimaschutz ein politisch umkämpftes Feld ist, legt die Neoliberalisierung der österreichischen Gesellschaft die These nach der Hegemonie des neoliberalen Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimaschutzpolitik nahe, die in dieser Arbeit aufgestellt wurde. Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen haben bereits eine ökomoderne Hegemonie im internationalen politischen Setting diagnostiziert. Ausgehend von Foucaults Machtanalytik der Gouvernamentalität bin ich davon ausgegangen, dass soziale Bewegungen ihre Forderungen innerhalb des hegemonialen Diskurses formulieren und argumentieren. Hegemonie wurde in Anschluss an Gramsci als Konsens zwischen widerstrebenden zivilgesellschaftlichen Positionen und staatlichen Interessen begriffen, der auf Kompromissen und Zugeständnissen beruht und gleichzeitig der Sicherung bestimmter Machtverhältnisse und Interessen dient. Die These einer ökomodernen Hegemonie in der österreichischen Klimaschutzpolitik wurde vor diesem dreifachen Hintergrund aufgestellt: die wissenschaftliche Feststellung einer internationalen ökomoderne Hegemonie, die mit dem Neoliberalismus zusammenhängt, die neoliberalen Vertiefungen in Österreich und Foucaults Diskurs- und Machttheorie. Die Arbeit hat daher folgende Forschungsfrage verfolgt:

Inwieweit verwenden die Akteur*innen in Österreich auf den Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen im Themenfeld Klimaschutzpolitik die gleichen ökomodernen/neoliberalen Argumentationen und Darstellungsweisen?

In dieser Arbeit wurde nach der Darstellung des Forschungsstands in die Macht- und Diskurstheorie von Foucault eingeführt, sodass Neoliberalismus als Gouvernamentalität, Diskurs als Träger von Wissen und Produzent von sozialer Wirklichkeit und Subjektivität verständlich wurden. Gramsci und Foucault zusammendenkend habe ich den Begriff diskursive Hegemonie definiert. Im Anschluss daran wurden die zentralen Deutungsangebote des ökomodernen Diskurses vorgestellt und seine neoliberalen Dimensionen herausgearbeitet. Zur Bearbeitung der Forschungsfrage wurden die KDA nach S. und M. Jäger und eine Topos-Analyse angelehnt an die argumentationstheoretischen Vorgehensweisen von Kammermann und Wengeler durchgeführt, um die Diskursstränge zu Klimaschutz auf den Ebenen der regierenden Entscheidungsträger*innen und sozialen Bewegungen zu untersuchen. Im Kapitel zur Methode habe ich die konkrete Vorgehensweise der Analyse transparent gemacht, die Untersuchungsfelder abgesteckt und den Materialkorpus präsentiert. Zur Operationalisierung des ökomodernen Diskurses wurden vierzehn zentrale ökomoderne Aussagen – deutende und normative – formuliert.

Ausgehend von der durchgeführten KDA und der Analyse zentraler Topoi des Diskurses konstatiere ich einen ökomodernen Konsens in der österreichischen Klimaschutzpolitik, in dem alternative Lösungsansätze und Deutungsangebote, die die ökomodernen herausfordern und in Frage stellen, weitgehend fehlen. Die Forschungsfrage wird wie folgt beantwortet: Auf den untersuchten Ebenen gibt es zentrale Überschneidungen zwischen den ökomodernen Darstellungsweisen und Argumentationen. Der konstatierte ökomoderne Konsens lässt sich wie folgt zusammenfassen: Von der Feststellung eines anthropogen verursachten Klimawandels, der zu negativen gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen führen wird/führt, wird die Notwendigkeit abgeleitet Klimaschutz zu realisieren. Der zentralen ökomodernen Grundannahme folgend, besteht auf beiden diskursiven Ebenen ein Konsens darüber Klimaschutz und Wirtschaftswachstum als miteinander vereinbar zu betrachten. Die Deutungen reichen von Klimaschutz als wirtschaftliche Chance über Klimaschutz als Wettbewerbsvorteil bis zu Klimaschutz als wirtschaftliche Notwendigkeit. Zwischen den Akteur*innen auf den untersuchten diskursiven Ebenen – regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen – herrscht Einigkeit darüber die Klimakrise über marktförmige Lösungen zu bearbeiten, ganz im Sinne der neoliberalen Gouvernamentalität, innerhalb derer der Markt als Regulationsmechanismus in der Gesellschaft verallgemeinert wird. Diskursrelevante Topoi sind in diesem Zusammenhang besonders der Topos des wirtschaftlichen Nutzens, der Topos des ökonomischen Klimaschutzes und der Topos der Kosten. Die Forderungen von FFF und die Klimaschutzprojekte der schwarz-grünen Bundesregierung reproduzieren die gesellschaftlichen Strukturen und Funktionslogiken der Moderne: allen voran über technologische Innovationen, den Ausbau öffentlichen Verkehrs, die Errichtung einer Radinfrastruktur und den Einsatz erneuerbarer Energiequellen sollen die Gesellschaft und ihre Institutionen ökologisch modernisiert werden. Über den Topos des techno-innovativen Lösungswegs wird von beiden diskursiven Ebenen ausgehend argumentiert. Eine Abkehr von der gegenwärtigen kapitalistischen Produktions- und

Konsumweise ist damit nicht verbunden. Stattdessen sollen grünes Wachstum über die Entwicklung emissionsarmer Technologien und Produktionsweisen die österreichische Wirtschaft, den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen garantieren. Die große Sorge des Staates gilt in neoliberaler Manier der Wirtschaft und nicht dem Schutz von Klima und Natur. Dieses neoliberale Staatsverständnis wird besondere von den untersuchten Akteur*innen auf Ebene der regierenden Entscheidungsträger*innen vermittelt. Dem kapitalistischen, destruktiven Zugriff auf Natur wird auf beiden diskursiven Ebenen kein alternatives Angebot gesellschaftlicher Naturverhältnisse entgegengesetzt. In anthropozentrischer Manier gilt es die Natur für die menschlichen Bedürfnisse nutzbar zu machen.

Nur an wenigen Stellen wird auf der diskursiven Ebene der sozialen Bewegungen das politisiert, was im ökomodernen Diskurs als selbstverständlich gilt. Alternative Deutungen und Argumentationen werden zu folgenden Themen artikuliert: Über den Begriff der Klimagerechtigkeit geraten die globalen Ungleichheiten hinsichtlich Verantwortlichkeiten an und Betroffenheit von der Klimakrise in den Blick. Das kritische Potenzial, das der Begriff Klimagerechtigkeit und die an seltenen Stellen geforderte Konsumreduktion und Infragestellung des ökomodernen Technologieversprechens birgt, wird im untersuchten Diskurs jedoch nicht ausgeschöpft. Kritisch meint, dass davon ausgehend alternative Deutungen und Herangehensweisen an Klimaschutzpolitik formuliert und eingefordert werden könnten, die das ökomoderne Projekt in seinen grundlegenden Annahmen herausfordern. Im Anschluss an die ökomoderne Hegemonie konstatiere ich also, dass FFF keine gegen-hegemoniale Alternative zum ökomodernen Projekt artikuliert.

Der untersuchte Diskurs von FFF deckt sich jedoch nicht mit allen Forderungen und Deutungen anderer sozialer Bewegungen, die in Österreich Proteste und Aktionen mit klimapolitischem Bezug organisieren. Hier können zukünftige wissenschaftliche Untersuchungen ansetzen und in Anbetracht der Heterogenität von Zivilgesellschaft danach fragen, ob soziale Bewegungen wie die LG oder XR mit ihren Forderungen und Deutungsangeboten den ökomodernen Konsens herausfordern. Im Angesicht der Nationalratswahlen von 2024 können Forschungen auch die These aufstellen und prüfen, dass der ökomoderne Konsens in der österreichischen Klimaschutzpolitik von der rechtspopulistischen FPÖ herausgefordert wird. Wie am Ende von Kapitel 6.3. erläutert, liefert die bisherige Forschung zu den klimapolitischen Positionen und Narrativen rechtspopulistischer Parteien Anhaltspunkte für diese These, da rechtspopulistische Deutungen von Klimaschutz grundlegende ökomoderne Vorstellungen, wie der Vereinbarkeit von wirtschaftlicher Performance und Klimaschutz, in Zweifel ziehen.

8 Quellenverzeichnis

8.1 Literaturverzeichnis

- Adler, Frank 2014: Öko-effiziente technologische Innovationen – Der Ausweg aus der Öko-Krise? Kritische Anmerkungen zum Geltungsanspruch des Konzepts „Ökologische Modernisierung“, in: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/von Detten, Rodrich (Hrsg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main, 161-179.
- Adolphs, Stephan/Karakayali, Serhat 2007: Die Aktivierung der Subalternen- Gegenhegemonie und passive Revolution, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Band 11 Staatsverständnisse. 1. Auflage. Nomos Verlag: Baden-Baden.
- Bauriedl, Sybille (Hrsg.) 2016: Wörterbuch Klimadebatte. transcript Verlag: Bielefeld.
- Bedall, Philip 2014: Climate Justice vs. Klimaneoliberalismus? Klimadiskurse im Spannungsfeld von Hegemonie und Gegen-Hegemonie. transcript Verlag: Bielefeld.
- Bemann, Martin et al. 2011: Einleitung, in: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/von Detten, Rodrich (Hrsg.) Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main, 7-34.
- Biebricher, Thomas 2018: The political theory of neoliberalism. Stanford University Press: Stanford.
- Biebricher, Thomas 2022: Neoliberalismus zur Einführung. Vierte Auflage. Junius Verlag: Hamburg.
- Bischof, Karin 2015: Global Player EU? Eine ideologiekritische Metaphernanalyse. transcript Verlag: Bielefeld.
- Blüml, Marc 2023: Hegemoniale Ablehnung der kritischen Kunstsoziologie Adornos: Kritische Diskursanalyse der Nutzung des Kulturindustrie-Konzepts im deutschsprachigen soziologischen Diskurs. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich. Soziologiemagazin, Vol.16 (1), 16-40.
- Bohl, Clemens Emanuel 2023: Die Klimagerechtigkeitsbewegung in Uganda: Eine Analyse der Akteur*innen, ihrer Aktionsrepertoires und ihres Framings der Klimakrise. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Bourdieu, Pierre 1998: Gegenfeuer: Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion. 2. Auflage. Universitäts-Verlag Konstanz: Konstanz.

- Brand, Ulrich/Preiser, Anna 2023: Umkämpfte Zukunft in Anbetracht der Klimakrise. Politische Bildung über und gegen die imperiale Lebensweise?, in: L. Kierot et al. (Hrsg.): Solidarität in Zeiten multipler Krisen, Citizenship. Studien zur Politischen Bildung. Springer Verlag: Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3658-40794-0_5
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2014: Ökologische Modernisierung zu Beginn des 21. Jahrhunderts: Green Economy und Konturen eines grünen Kapitalismus, in: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/von Detten, Rodrich (Hrsg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main, 135-159.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. Oekom Verlag: München.
- Brown, Wendy 2019: In the ruins of neoliberalism: the rise of antidemocratic politics in the West. Columbia University Press: New York.
- Brown, Wendy 2020: Neoliberalism's Scorpion Tail, in: Callison, William/Manfredy, Zachari (Hrsg.): Mutant Neoliberalism: Market Rule and Political Rupture. Fordham University Press: New York, 39-60.
- Brown, Wendy 2021: Die schleichende Revolution. Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört. Suhrkamp Verlag: Berlin.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas 2000: Gouvernamentalität der Gegenwart: Studien zur Ökonomisierung des Sozialen. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.
- Brunnengräber, Achim/Dietz, Kristina/Wolf, Simon 2008: Klima-Kapitalismus der EU: Klimaschutz als Wettbewerbspolitik. Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik, 2008, Vol.28 (54), 41-52.
- Brunnengräber, Achim (Hrsg.) 2011: Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-531-92840-1>
- Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas 2007: Einleitung, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Band 11 Staatsverständnisse. 1. Auflage. Nomos Verlag: Baden-Baden.
- Butterwege, Christoph 2007: Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-) Politik, in: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf 2007: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Cayla, David 2021: Populism and neoliberalism. Routledge: London.
- Crouch, Colin 2008: Postdemokratie. Suhrkamp Verlag: Frankfurt am Main.
- Crouch, Colin 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Crouch, Colin 2021: Postdemokratie revisited. Suhrkamp Verlag: Berlin.
- Daniel, Antje/ Deutschmann, Anna/Buzogány, Aron/Scherhauser, Patrick 2020: Die Klimakrise deuten und Veränderungen einfordern. Eine Framing Analyse der Fridays for Future, in: SWS Rundschau Vol. 60 (4), 265-284.
- Dean, Mitchell 2003: Gouvernamentalität. Power and Rule in modern society. SAGE Publications: London.
- Demirovic, Alex 2007: Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Band 11 Staatsverständnisse. 1. Auflage. Nomos Verlag: Baden-Baden.
- Dingler, Johannes 2003: Postmoderne und Nachhaltigkeit: eine diskurstheoretische Analyse der sozialen Konstruktionen von nachhaltiger Entwicklung. Ökom Verlag: München Vol. 7.
- Eberl, Jakob-Moritz/Huber, Lena Maria/Plescia, Carolina 2020: A Tale of Firsts: the 2019 Austrian Snap Election, in: West European politics, Vol. 43 (6), 1350-1363.
- Fellner, Wolfgang/ Grisold, Andrea 2010: Verteilung im Zeitalter des Neoliberalismus. Die Entwicklung traditioneller Wohlfahrtsstaaten anhand ausgewählter Makrodaten, in: Grisold, Andrea/Maderthaner, Wolfgang/Penz, Otto: Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Böhlau Verlag: Wien, Köln, Weimar, 63-110.
- Frank, Elisabeth 2024: Verortung von Fridays for Future Austria in der Klimagerechtigkeitsbewegung. Eine Framing-Analyse der Jahre 2019 bis 2024. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Foucault, Michel 1977: Die Machtverhältnisse gehen in das Innere der Körper über, in: Defert, Daniel/Ewald, Francois (Hrsg.) 2021: Analytik der Macht. 9. Auflage. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M., 126-136.
- Foucault, Michel 1978: Die „Gouvernementalität“. Vorlesung am Collège de France im Studienjahr 1977-1978. 4. Sitzung der Vorlesungsreihe „Sicherheit, Territorium und Bevölkerung“, in: Defert, Daniel/ Ewald, Francois (Hrsg.) 2021: Analytik der Macht. 9. Auflage. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M., 148-174.

- Foucault, Michel 1979: „Omnes et singulatim“: zu einer Kritik der politischen Vernunft, in: Defert, Daniel/ Ewald, Francois (Hrsg.) 2021: *Analytik der Macht*. 9. Auflage. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M., 188-219.
- Foucault, Michel 1982: Subjekt und Macht, in: Defert, Daniel/ Ewald, Francois (Hrsg.) 2021: *Analytik der Macht*. 9. Auflage. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M., 240-264.
- Foucault, Michel 2018: *Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Vorlesungen am Collège de France 1978-1979*. 6. Auflage. Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2020: *Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit Teil I*. 23. Auflage Suhrkamp Verlag: Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2021: *Die Ordnung des Diskurses. Mit einem Essay von Ralf Konersmann*. 16. Auflage. Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt a. M.
- Gramsci, Antonio 1992: *Gefängnishefte Band 4. Hefte 6-7*. Argumentverlag: Hamburg, 713-931.
- Hajer, Maarten 1995: *The politics of environmental discourse: ecological modernization and the policy process*. Clarendon Press: Oxford. Oxford University Press: New York.
- Hamp, Andrea 2017: *Der praktische Sinn in wissenschaftlichen Diskussionen. Toposanalyse einer soziologischen Theoriendebatte*. Springer VS: Wiesbaden.
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-17736-2>
- Hannken-Illjes, Kati 2018: *Argumentation. Einführung in die Theorie und Analyse der Argumentation*. Narr Franke Attempto Verlag: Tübingen.
- Hall, Stuart 2011: The neoliberal revolution, in: *Soundings*. Vol. 48, 9-27.
<https://doi.org/10.3898/136266211797146828>
- Hopfer, Reinhard 2016: Globalisierung und die neoliberale Sprach-Concierge, in: Burkhardt, Armin/ Pollmann, Kornelia (Hrsg.): *Globalisierung: Sprache - Medien – Politik*. Hempen Verlag: Bremen, 59-76.
- Huber, Joseph 1986: *Die verlorene Unschuld der Ökologie. Neue Technologien und superindustrielle Entwicklung*. Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt a. M.
- Huber, Joseph 2011: Ökologische Modernisierung und Umweltinnovation, in: Groß, Matthias (Hrsg.): *Handbuch Umweltsoziologie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 279–302. DOI: 10.1007/978-3-531-93097-8_14

- Huber, Sylvia 2025: Der Rechtspopulismus und die Klimakrise. Analyse der Kommunikation der rechtspopulistischen Parteien Freiheitliche Partei Österreichs und Alternative für Deutschland hinsichtlich des Klimas, der Klimakrise und der Klimapolitik. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Huffschnid, Jörg 2006: Ökonomische Analyse der Standortkonkurrenz, in: attac (Hrsg.): Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Analysen und Alternativen zum Standortwettbewerb. Mandelbaum Verlag: Wien, 22-34.
- Jäger, Siegfried 2008: Wie kritisch ist die Kritische Diskursanalyse? 1. Auflage. Edition DISS Bd. 20. UNRAST-Verlag: Münster
- Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete 2007: Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden.
- Jäger, Siegfried 2012: Kritische Diskursanalyse - Eine Einführung. 6. vollständig überarbeitete Auflage. Edition DISS Bd. 3. UNRAST-Verlag: Münster.
- Jäger, Siegfried/Zimmermann, Jens 2019: Lexikon Kritische Diskursanalyse - Eine Werkzeugkiste. 2. Auflage. Edition DISS Bd. 26. UNRAST-Verlag: Münster.
- Jänicke, Martin 1984: Umweltpolitische Prävention als ökologische Modernisierung und Strukturpolitik, in: Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) (Hrsg.): IUUG discussion papers. Vol. 84 (1).
- Jänicke, Martin 1988: Ökologische Modernisierung. Optionen und Restriktionen präventiver Umweltpolitik, in: Simonis, Udo Ernst (Hrsg.): Präventive Umweltpolitik. Campus: Frankfurt a. M., 13-26.
- Jänicke, Martin 2012: Megatrend Umweltinnovation – zur ökologischen Modernisierung von Wirtschaft und Staat. Oekom Verlag: München.
- Lemke, Thomas 2014: Gouvernementalität. Begriffe und Konzepte, in: Kammler, Clemens/Parr, Rolf/Schneider, Ulrich-Johannes (Hrsg.): Foucault Handbuch. Leben – Werk – Wirkung. J.B. Metzler: Stuttgart, 260-263.
- Marhold, Veronika/ Schranz, Lisa/ Weinberger, Lisa 2022: Klimagerechtigkeit in Österreich, in: *Juridicum Zeitschrift für Kritik Recht Gesellschaft*, Vol. 2022 (1), 106-115.
<https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.33196/juridikum202201010601>
- Mathis, Helena/Shams, Daniel 2024: Engagement In der Stadtentwicklung engagieren – Perspektiven zu Grenzen und Möglichkeiten, in: Peer, Christian/Semlitsch, Emanuela/Güntner, Simon/ Haas,

- Mara/ Bernögger, Andreas (Hrsg.): Urbane Transformation durch soziale Innovation: Schlüsselbegriffe und Perspektiven. TU Wien Academic Press.
<https://doi.org/10.34727/2024/isbn.978-3-85448-064-833-40>.
- Müller, Robert 2013: Neoliberalismus- Demokratie- Hochschulpolitik. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Kammermann, Nadine 2021: Das Klima in Schweizer Medien wandelt sich: Argumentationen in der deutschsprachigen Berichterstattung über den Klimawandel, in: Reisigl, Martin (Hrsg.): Klima in der Krise: Kontroversen, Widersprüche und Herausforderungen in Diskursen über Klimawandel. Universitätsverlag Rhein-Ruhr: Duisburg, 197-236.
- Kammermann, Nadine 2022: Argumentationen über den Klimawandel in Schweizer Medien. Entwicklung einer sektoralen Argumentationstheorie und -typologie für den Diskurs über Klimawandel zwischen 2007 und 2014. De Gruyter: Berlin/Boston.
<https://doi.org/10.1515/9783110760804-200>
- Kolb, Petra 2023: Der Kampf ist noch nicht verloren. Klimaproteste als radikaldemokratische Praxis, in: Berliner Debatte Initial 34 Vol. 4, 24-35.
- Korte, Mareike 2011: Der Köder muss dem Fisch schmecken und nicht dem Angler, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 178-207.
- Krüger, Timmo 2015: Das Hegemonieprojekt der ökologischen Modernisierung. Transcript Verlag: Bielefeld.
- Kumkar, C. Nils 2022: Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung. Zum Diskurs über die Letzte Generation, in: Soziopolis: Gesellschaft beobachten.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-83240-7>
- Landwehr, Achim 2018: Historische Diskursanalyse. 2. aktualisierte Auflage. Campus Verlag: Frankfurt a. M.
- Lockwood, Matthew 2018: Right-wing populism and the climate change agenda: exploring the linkages, in: Environmental politics Vol.27 (4), 712-732.
- Lösch, Bettina 2007: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf 2007: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

- Oels, Angela 2010: die Gouvernamentalität der internationalen Klimapolitik: Biomacht oder fortgeschritten liberales Regieren?, in: Voss, Martin (Hrsg.): Der Klimawandel. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Germany, 171-186.
- Overbeek, Henk (Hrsg.) 1993: Restructuring hegemony in the global political economy: the rise of transnational neo-liberalism in the 1980s. Routledge: London.
- Patzner, Gerhard (2005): Re/Formierung des österreichischen Pflichtschulwesens im Kontext neoliberaler Gouvernamentalität, in: ÖZS 30, 29-67.
- Penz, Otto 2010: Vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsbeziehungen und politische Regulation in Österreich, in: Grisold, Andrea/Maderthaler, Wolfgang/Penz, Otto: Neoliberalismus und die Krise des Sozialen. Böhlau Verlag: Wien, Köln, Weimar, 139-178.
- Ptak, Ralf 2007: Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 13-78.
- Pühringer, Stephan/Stelzer-Orthofer, Christine (2016): Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen, ICAE Working Paper Series – Nr. 44: Johannes Kepler Universität Linz.
- Prinz, Sophia 2020: Zwischen Selbst- und Fremdführung. Die Praxis der Freiheit bei Michel Foucault und Maurice Merleau-Ponty, in: Kadi, Ulrike/Unterthurner, Gerhard (Hrsg.): Macht, Knoten, Fleisch. Abhandlungen zur Philosophie. J.B. Metzler: Stuttgart, 27-48.
https://doi.org/10.1007/978-3-476-04957-5_3
- Raffnsøe, Sverre/Gudmand-Høyer, Marius/Sørensen Thaning, Morten 2011: Foucault Studienhandbuch. Fink Verlag: München.
- Reinke, Rouven 2022: Über die Zukunft des Terminus Neoliberalismus: Eine kritische Auseinandersetzung. Momentum Quarterly, Vol. 11 (3), 173-188.
<https://doi.org/10.15203/momentumquarterly.vol11.no3.p173-188>
- Rest, Jonas 2011: Von der NGOisierung zur bewegten Mobilisierung, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 85-105.
- Rucht, Dieter 2023: Die Letzte Generation. Eine kritische Zwischenbilanz, in: Forschungsjournal soziale Bewegungen, Vol. 36 (2), 186-204.
- Schaffartzik, Anke 2019: Globale ökologische Ungleichheit, in: Fischer, Karin/Grandner, Margarete (Hrsg.): Globale Ungleichheit: über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen

- und Naturverbrauch. Gesellschaft – Entwicklung – Politik, Band 19. Mandelbaum Verlag: Wien, 301–320.
- Schneider, Nora 2022: Beteiligungsmotive von Umweltaktivist*innen in Österreich an den Fallbeispielen Besetzung der Hainburger Au 1984 und Fridays for Future Austria. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Snow, David A./Benford, Robert D. 1988: Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization, in: International Social Movement Research, 1, 197-217.
- Sommer, Bernd/Schad, Miriam/Kadelke, Philipp/Humbert, Franziska/Möstl, Christian 2022: Rechtspopulismus vs. Klimaschutz? Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze. Transformationen Band 9. Oekom Verlag: München.
- Svetnik, Sabrina 2024: Der Kampf gegen die Klimakrise. Motive und Einstellungen von Klimaaktivist*innen der Klimabewegungen Fridays for Future und Letzte Generation in Österreich. Masterarbeit: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Schulmeister, Stephan/ Walther, Herbert/Nowotny, Ewald/Rosner, Peter/Proske, Dieter/Rothschild, Kurt W. 1997: Wirtschaftspolitische Alternativen zur globalen Hegemonie des Neoliberalismus. Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes: Wien.
- Toke, Dave 2001: Ecological modernisation: A reformist review, in: New Political Economy, Vol. 6 (2), 279-291. <https://doi.org/10.1080/13563460120060652>
- Thömmes, Adrian Léon/ Thomeczek, Jan Philipp 2019: Wo stehen die Parteien in Österreich? Eine Analyse der Parteiprogramme zur Nationalratswahl 2019. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse, Oktober 2019: Berlin.
<https://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/15698.pdf>
- Tronner, Roman 2004: Klimaschutz: Apokalypse, Frischzellenkultur für die Wirtschaft oder Bürde? Eine diskursanalytische Untersuchung der Implementation des Klimaschutzes in Österreich. Dissertation: Universität Wien, Fakultät für Sozialwissenschaften.
- Unmüßig, Barbara 2011: NGOs in der Klimakrise, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): Zivilisierung des Klimaregimes: NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden, 45-57.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich 2022: Emanzipatorische Perspektiven im „Anthropozän“. Über die Grenzen des grünen Kapitalismus und die Notwendigkeit einer radikalen Alternative. PROKLA 52, Nr. 2, 263–281. <https://doi.org/10.32387/prokla.v52i207.1992>.

Wolf, Stephan 2014: Ökologische Modernisierung und ökonomische Wachstumslogik – Kommentar, in: Bemann, Martin/Metzger, Birgit/von Detten, Rodrich (Hrsg.): Ökologische Modernisierung. Zur Geschichte und Gegenwart eines Konzepts in Umweltpolitik und Sozialwissenschaften. Campus Verlag: Frankfurt am Main, 181-198.

8.2 Internetquellen

BMK (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie) 2024: Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich (NEKP), in: [bmimi.gv.at](https://www.bmimi.gv.at), abgerufen unter: https://www.bmimi.gv.at/themen/klima_umwelt/klimaschutz/nat_klimapolitik/energie_klimaplan.html, letzter Zugriff: 28. April 2025

Brunner, Magnus 2021, 26. März: Ein Ticket für den öffentlichen Verkehr in ganz Österreich - das ist unser Ziel... [Bild enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: <https://www.instagram.com/p/CM4e005JLQ7/?hl=de>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Brunner, Magnus 2021, 7. Juli Redebeitrag zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Stenographisches Protokoll der 115. Plenarsitzung des Nationalrats, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/115/fname_1032818.pdf, letzter Zugriff: 01.07.2025.

Brunner, Magnus 2021, 05. Oktober: Ich bin für Anreize statt Verbote... [Bild enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: https://www.instagram.com/brunner_magnus/p/CUooXj_sbZu/?hl=de, letzter Zugriff: 03.07.2025

Brunner, Magnus 2021, 07. Oktober: Die ökosoziale Steuerreform ist mit 18 Mrd. Euro das größte Entlastungspaket, das es je in Österreich gegeben hat... [Video enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: https://www.instagram.com/brunner_magnus/reel/CUurmigiRCo/?hl=de, letzter Zugriff: 03.07.2025

Brunner, Magnus 2021, 13. November: Mit einem Plus von 1,7 Milliarden Euro stehen für das kommende Jahr 2,4 Milliarden Euro für Klima, Umwelt und Energie zur Verfügung... [Bild enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: https://www.instagram.com/brunner_magnus/p/CWNWXl6MlvX/?hl=de, letzter Zugriff: 03.07.2025

Brunner, Magnus 2021, 21. November: Mit dem Budget 2022 und der Ökosozialen Steuerreform setzen wir Maßnahmen für den Klimaschutz und stärken den Wirtschaftsstandort nachhaltig... [Video enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: https://www.instagram.com/reel/CWjKWA1jolJ/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFIZA%3D%3D, letzter Zugriff: 11.06.2025

Brunner, Magnus 2021, 04. Dezember: In der ZIB-2 habe ich klargestellt... [Video enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: <https://www.instagram.com/p/CXEhgXnDHff/?hl=de>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Brunner, Magnus 2021, 17. Dezember: Als Bundesregierung haben wir die größte Transformation des Steuersystems der Zweiten Republik eingeleitet... [Video enthalten], in: Instagram, abgerufen unter: https://www.instagram.com/brunner_magnus/reel/CXk0Ca0Dilm/?hl=de, letzter Zugriff: 03.07.2025

Bundesregierung Schwarz-Grün 2020, Januar: Aus Verantwortung für Österreich. Regierungsprogramm 2020 – 2024, in: dievolkspartei.at, abgerufen unter: https://www.dievolkspartei.at/Download/Regierungsprogramm_2020.pdf, letzter Zugriff: 01.07.2025.

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 02. März: Wirtschaftskammer AGAINST Future: Zeitschrift von WKO-Fachverband leugnet die Klimakrise, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/wirtschaftskammer-against-future-zeitschrift-von-wko-fachverband-leugnet-die-klimakrise>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 10. April: Klimainvestitionen in lebenswerte Zukunft Nein zu Airline-Rettungsgeldern! Fridays for Future fordert Investitionen in eine klimagerechte Zukunft, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/klimainvestitionen-in-lebenswerte-zukunft>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 14. Mai: Corona-Verhandlungen nicht ohne Klimawissenschaftler*innen. Offener Brief: Einbindung von Klimawissenschaft in Konjunkturverhandlungen, in: Facebook, abgerufen unter: https://www.facebook.com/notes/1191932197843529?locale=de_DE, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 30. Mai: RÜCKGRAT ODER RÜCKSCHRITT? OFFENER BRIEF ZU DATTELN4, in: Facebook, abgerufen unter: https://www.facebook.com/notes/342427076869747?locale=de_DE, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 05. Juni: Fridays for Future trifft österreichische Regierungschefs: Konjunkturpakete als Chance für Klimaschutz, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-trifft-osterreichische-regierungschefs-konjunkturpakete-als-chance-fur-klimaschutz>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 08. Juni A: Fridays for Future: „AUA-Rettung ist klimapolitischer Absturz“, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-uaa-rettung-ist-klimapolitischer-absturz>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 08. Juni B: Fridays for Future Wien: Pop-up Radwege nur als Anfang - Wien-Wahl muss im Zeichen einer klimagerechten Mobilitätswende stehen!, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-pop-up-radwege-nur-als-anfang-wien-wahl-muss-im-zeichen-einer-klimagerechten-mobilitatswende-stehen), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-pop-up-radwege-nur-als-anfang-wien-wahl-muss-im-zeichen-einer-klimagerechten-mobilitatswende-stehen>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 21. Juli: EU-Gipfel: Die nächste Generation zahlt drauf - dank kurzsichtiger Sparsamkeit, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/eu-gipfel-die-nachste-generation-zahlt-drauf-dank-kurzsichtiger-sparsamkeit), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/eu-gipfel-die-nachste-generation-zahlt-drauf-dank-kurzsichtiger-sparsamkeit>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 02. September: Fridays for Future Wien erhebt schwere Vorwürfe gegen die Wiener Baupolizei MA37, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-erhebt-schwere-vorwurfe-gegen-die-wiener-baupolizei-ma37), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-wien-erhebt-schwere-vorwurfe-gegen-die-wiener-baupolizei-ma37>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 11. September: Fridays For Future Vienna präsentiert Forderungen an Stadt Wien und Parteien der Wien Wahl, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-vienna-prasentiert-forderungen-an-stadt-wien-und-parteien-der-wien-wahl), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-vienna-prasentiert-forderungen-an-stadt-wien-und-parteien-der-wien-wahl>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 25. September: Starkes Zeichen für Klimagerechtigkeit: Tausende Menschen bei Klimastreiks in ganz Österreich - „Masken rauf, Emissionen runter!“, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/starkes-zeichen-fur-klimagerechtigkeit-tausende-menschen-bei-klimastreiks-in-ganz-osterreich-masken-rauf-emissionen-runter), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/starkes-zeichen-fur-klimagerechtigkeit-tausende-menschen-bei-klimastreiks-in-ganz-osterreich-masken-rauf-emissionen-runter>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 07. Oktober 2020: Fridays For Future zur EU-Parlamentsabstimmung über das EU-Klimagesetz: „EU stimmt gegen das 1,5-Grad Ziel und Klimagerechtigkeit!“, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zur-eu-parlamentsabstimmung-uber-das-eu-klimagesetz), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zur-eu-parlamentsabstimmung-uber-das-eu-klimagesetz>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 17. November: Fridays For Future zum rot-pinken Wiener Regierungsprogramm: Eine „Fortschrittskoalition“ gegen die Klimakrise sieht anders aus!, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-rot-pinken-wiener-regierungsprogramm), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-rot-pinken-wiener-regierungsprogramm>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 24. November: Wahlversprechen alleine reichen nicht, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/wahlversprechen-alleine-reichen-nicht), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/wahlversprechen-alleine-reichen-nicht>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 04. Februar: Fridays For Future und Gewerkschaft: Mehr Klimaschutz im Gebäudesektor!, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/gbh-treffen), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/gbh-treffen>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 09. März: Fridays For Future zum Klimavolksbegehren-Antrag, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-klimavolksbegehren-antrag), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/fridays-for-future-zum-klimavolksbegehren-antrag>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 10. März: Weltweiter Klimastreik am 19. März: Fridays For Future Aktionen in ganz Österreich, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-am-19-marz-fridays-for-future-aktionen-in-ganz-osterreich), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/weltweiter-klimastreik-am-19-marz-fridays-for-future-aktionen-in-ganz-osterreich>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 17. März: AVISO: Weltweiter Streik von Fridays for Future am 19. März, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/aviso-weltweiter-streik-von-fridays-for-future-am-19-marz), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/aviso-weltweiter-streik-von-fridays-for-future-am-19-marz>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 12. Mai: WKO Against Future - Österreichweite Klimastreiks vor Zentralen der Wirtschaftskammer angekündigt, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/wko-against-future-osterreichweite-klimastreiks), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/wko-against-future-osterreichweite-klimastreiks>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 28. Mai: Keine neuen Autobahnen im Jahr 2021: Klimastreik gegen Autolobby und für Mobilitätswende!, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/keine-neuen-autobahnen-im-jahr-2021-klimastreik-gegen-autolobby-und-fur-mobilitatswende), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/keine-neuen-autobahnen-im-jahr-2021-klimastreik-gegen-autolobby-und-fur-mobilitatswende>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 08. Oktober: Protestaktion gegen Steuerreform. Fridays For Future ruft österreichweit zu Protesten gegen die Steuerreform auf: „Weder öko, noch sozial – ist euch unsere Zukunft egal?!“, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/protestaktion-gegen-steuerreform), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/protestaktion-gegen-steuerreform>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 11. Dezember: Stadt Wien will Fridays For Future Wien verklagen, in: [fridaysforfuture.at](https://fridaysforfuture.at/presse/stadt-wien-will-fridays-for-future-wien-verklagen), abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/stadt-wien-will-fridays-for-future-wien-verklagen>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2021, 21. Dezember: Drei Jahre Klimastreik in Österreich, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/drei-jahre-klimastreik-in-osterreich>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2020, 14. Mai: Corona-Verhandlungen nicht ohne Klimawissenschaftler*innen. Offener Brief: Einbindung von Klimawissenschaft in Konjunkturverhandlungen, in: Facebook, abgerufen unter: https://www.facebook.com/notes/1191932197843529?locale=de_DE, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2025a: Statement zur letzten Generation, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/themen/statement-zur-letzten-generation>, letzter Zugriff: 30. April 2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) 2025b: 8 Grundsätze von Fridays for Future, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/ueber-uns>, letzter Zugriff: 01.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) o. D.A: Klimaschutzgesetz: Offener Brief an die Bundesregierung, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/presse/klimaschutzgesetz-offener-brief-an-die-bundesregierung>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) o. D.B: Forderungen von Fridays For Future Austria zur Ökosozialen Steuerreform, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: <https://fridaysforfuture.at/media/pages/forderungen-zur-okosozialen-steuerreform/99dbdf1087-1627808871/forderungen-von-fridays-for-future-austria-zur-okosozialen-steuerreform-1.pdf>, letzter Zugriff: 02.07.2025

FFF-A (Fridays for Future Austria) o. D.C: Stellungnahme zum Entwurf des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes von Fridays For Future Austria, in: fridaysforfuture.at, abgerufen unter: https://fridaysforfuture.at/media/pages/stellungnahmen/fb8308b56b-1603893569/eag_fff_stellungnahme_final2.pdf, letzter Zugriff: 06.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 17. März: Wo wir uns alle einig sind: Der Kampf gegen den Coronavirus hat jetzt oberste Priorität..., in: Facebook, abgerufen unter: <https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid0dMfyigLDmvSiHib7VMCjAAd9aL6m75ru1trwQqvtMg75wa2s7UegwkWa8KosyR63l>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 01. April: Thermische Sanierung, erneuerbare Energien, Ausbau öffentlicher Infrastruktur – das alles schafft Arbeitsplätze, die nachhaltig sind... [Bild enthalten], in: Facebook, abgerufen unter: <https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid02r5AgL5A7dGc6Ht4NawW1EgVTQB6gyUxxjyuQFv vkEboEFq5qh6KtKGTp5hCA4afal>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 3. Mai: Heute ist der Tag der Sonne... [Bild enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid02C92AM8GUh1oozYiPheSuoWZBYN1sHDhbiaggYPXx96ttxn1FR38DpATdYbY3QBmRI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 09. Juni: Die Österreich-Stufe des 1-2-3-Tickets kommt 2021.in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid05XUZQaY9gsrNp5oEv6e271BujMBHDErHdeM6QUxVsJZ2HEehsSM1EghwCF5CDmAzI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 07. Juli: Meine Motivation in die Politik zu gehen... [Foto enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid05Hc7nqgmVJh2Z2zPXRneXGH6xYtdCktoiy2QR4n61h3arPMemkTFMjnd7SS8VLI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 12. August: Investitionen in den Klimaschutz rechnen sich dreifach... [Bild enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid027EkJLPdZaFyLvC3EBnQ5jACXEjqzT7tqf3KtM4F68PUtko7Q4h3ycAFkt2xemdYI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 27. August: Mit dem eigenen Kraftwerk sauberen Strom produzieren... [Bild enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid026jG3YruyVCaBpEVEDhhdAHWCNbemktuE8Bbbds92ZpZHeS5N5PYDoWnBRyp2KC8tI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 29. August: Bereits 2021 können Haushalte und KMUs energie- und kostensparend grünen Strom über eigene Kraftwerke produzieren und nutzen... [Bild enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid0PKjHgCHvdxWbiDZQCUErstqJzebRxPPFJ9axHjSWaxWtPdggMys7Ai18LwpLueBxI>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 17. September: Genug gewartet... [Video enthalten], in: Facebook, abgerufen unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=383207422675992>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 25. September: Bald sorgen wir für eine Revolution bei den Öffi-Fahrkarten... [Video enthalten], in: Facebook, abgerufen unter: <https://www.facebook.com/watch/?v=755477655046258>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 09. Oktober: Klimaschutz schafft Arbeitsplätze..., in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid02YUpNnYfmsDu4Y6gBoYUEcE3XCSidNMjn9qmexatsEp4DP2FWLREf4E6iqJXt336el>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2020, 15. Oktober: Wir bauen unser Land um... [Bilder enthalten], in: Facebook, abgerufen unter:

<https://www.facebook.com/Gewessler/posts/pfbid036JuTiSi52VJW6rtH1R1MgqoF4LFTpRTZXhPcGg5QLWvp7sZLhjypf4hiAS6z78Rfl>, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2021, 25. März: Redebeitrag zum Klimaticket. Stenographisches Protokoll der 91. Sitzung des Nationalrats, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/91/fname_989395.pdf, letzter Zugriff: 03.07.2025

Gewessler, Leonore 2021, 7. Juli: Redebeitrag zum Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz. Stenographisches Protokoll der 115. Plenarsitzung des Nationalrats, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/115/fname_1032818.pdf, letzter Zugriff: 01.07.2025.

Gewessler, Leonore 2021, 1. Dezember: Ergebnisse des Klimachecks mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, in: Facebook, abgerufen unter: https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=390225836229150&rdid=5UmhvKLQCKKSEUfs, letzter Zugriff: 11.06.2025

Gewessler, Leonore 2022, 03. Februar: Redebeitrag im Bundesrat zur ökosozialen Steuerreform. Stenographisches Protokoll der 937. Plenarsitzung des Bundesrats, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/BR/BRsITZ/937/fname_1438643.pdf, letzter Zugriff: 01.07.2025

Huber, Johannes 2023, 29. Oktober: Soziales Stadt-Land-Gefälle, in: diesubstanz.at, abgerufen unter: https://diesubstanz.at/soziales-pensionen/soziales-stadt-land-gefaelle/?utm_source=chatgpt.com, letzter Zugriff: 01.07.2025

Knittelfelder, Klaus 2024, 3. September: Klima-Check, Pensionen: Türkise-grüne Versprechen an Brüssel versandeten, in: Die Presse, abgerufen unter: <https://www.diepresse.com/18824609/klima-check-pensionen-tuerkise-gruene-versprechen-an-bruessel-versandeten>, letzter Zugriff: 28. April 2025

Kogler, Werner 2022, 20. Januar: Redebeitrag im Nationalrat zur ökosozialen Steuerreform. Stenographisches Protokoll der 139. Plenarsitzung des Nationalrats, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: https://www.parlament.gv.at/dokument/XXVII/NRSITZ/139/fname_1463126.pdf, letzter Zugriff: 01.07.2025

LG (Letzte Generation) 2025: Pressemitteilungen, in: letztegeneration.at, abgerufen unter: <https://letztegeneration.at/presse>, letzter Zugriff: 28. April 2025

Parlament Österreich 2024, 04. Oktober: Wahl 2024: Endergebnis liegt vor, in: [parlament.gv.at](https://www.parlament.gv.at), abgerufen unter: <https://www.parlament.gv.at/aktuelles/news/Wahl-2024-Endergebnis-liegt-vor>, letzter Zugriff: 01.07.2025.

Steininger, Philipp 2021, 15. Oktober: Wie öko ist die ökosoziale Steuerreform? Studiogespräch zum Nachlesen. Moderation: Ali Cem Deniz, Alexandra Augustin. Gäste: Philipp Steininger, Jakob Schwarz, in: fm4.orf.at, abgerufen unter: <https://fm4.orf.at/stories/3018799/>, letzter Zugriff: 07. Juli 2025

UNEP (United Nations Environmental Program) 2011: Towards a Green Economy: Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication. A Synthesis for Policy Makers, in: sustainabledevelopment.un.org, abgerufen unter: https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/126GER_synthesis_en.pdf, letzter Zugriff: 11. Juli 2025

Weltkommission für Umwelt und Entwicklung 1987: Unsere gemeinsame Zukunft (Brundtland Bericht), in: sustainabledevelopment.un.org, abgerufen unter: <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/5987our-common-future.pdf>, letzter Zugriff: 10. Juli 2025

Wengeler, Martin 2003: Topos und Diskurs: Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960-1985). De Gruyter: Tübingen. <https://research-ebsco-com.uaccess.univie.ac.at/linkprocessor/plink?id=d7b12472-adab-3a58-8d75-f46abbd8ba4a>, letzter Zugriff: 13. Juli 2025

XR (Extinction Rebellion) 2024: 3 Forderungen – Drei Schritte ins Handeln, in: xrebellion.at, abgerufen unter: <https://xrebellion.at/ueber-uns/unsere-forderungen/>, letzter Zugriff: 28. April 2025

9 Abkürzungsverzeichnis

BMK Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

EAG Erneuerbaren Ausbau Gesetz

EU Europäische Union

FFF Fridays for Future

FPÖ	Freiheitliche Partei Österreich
KDA	Kritische Diskursanalyse
LG	Letzte Generation
NEKP	Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich
NGO	Non-gouvernemental Organisation
ÖVP	Österreichische Volkspartei
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreich
WKO	Wirtschaftskammer Österreich
XR	Extinction Rebellion

Abstract

Im Zentrum der Masterarbeit steht die These der Hegemonie des Diskurses der ökologischen Modernisierung in der österreichischen Klimapolitik. Die These wird erstens aufgestellt, aufgrund der von Wissenschaftler*innen konstatierten internationalen ökomodernen Hegemonie in der Klimapolitik und der Feststellung eines Zusammenhangs zwischen ökomodernen Diskurs und Neoliberalismus, zweitens angesichts der stetigen Neoliberalisierung der österreichischen Gesellschaft seit den 1980ern und drittens vor dem Hintergrund von Michel Foucaults Theorie zu Gouvernementalität, Macht und Diskurs, der folgend ich annehme, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen ihre klimapolitischen Forderungen innerhalb des vorherrschenden Diskurses formulieren, der vorgibt, was als vernünftig und realistisch gilt. Um die aufgestellte These einer ökomodernen Hegemonie in der österreichischen Klimapolitik zu untersuchen, wird in der Masterarbeit nach den Überschneidungen und Differenzen bezüglich ökomoderner Argumentationen und Darstellungsweisen der Akteur*innen auf den Ebenen regierende Entscheidungsträger*innen und soziale Bewegungen gefragt. Hegemonie wird in Anschluss an Antonio Gramsci verstanden. Mit der Methode der Kritischen Diskursanalyse nach Siegfried und Margarete Jäger und einer Topos-Analyse in Anlehnung an die historische Diskursanalyse werden die Deutungen, Lösungsansätze und Topoi zum Thema Klimaschutz von Akteur*innen der letzten Schwarz-Grünen Bundesregierung und von Fridays for Future Austria (FFF) im Zeitraum 2020 bis Anfang 2022 untersucht. Das zentrale Ergebnis der Analysen ist die Feststellung eines ökomodernen Konsenses. Die zwei untersuchten Diskurse basieren auf den gleichen ökomodernen Grundannahmen über Klimaschutz, Ökonomie, Technologie, Natur und Modernität. Akteur*innen von FFF und der Schwarz-Grünen Koalitionsregierung argumentieren beide von den ökomodernen Topoi des wirtschaftlichen Nutzens, des ökonomischen Klimaschutzes, der Kosten und des techno-innovativen Lösungswegs aus. Alternative Darstellungsweisen und Topoi, die ökomoderne Annahmen in Frage stellen, stellen auf beiden Ebenen Randphänomene dar.